



Vertheilung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Vertheilung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 145. Morgen-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonabend, den 27. Februar 1886.

Aus der Assimilirungsgeschichte der Provinz Posen.

III.
(Flottwell.)

Die Revolution des Jahres 1830, welche, von Russisch-Polen ausgehend, auch die polnischen Bewohner der Provinz Posen ergriff und sogar die Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt Posen notwendig machte, brachte einen Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise über die in der Provinz zu erfüllenden Aufgaben hervor. Die Zerbonschen Grundsätze, denen zufolge die Loyalität der „Nation“ als selbstverständliches Ergebnis aus ihrer materiellen Hebung hervorgehen sollte, erschieden durch die Thatfachen selbst widerlegt. An die Stelle des Oberpräsidenten v. Baumann (1825—1830), welcher der Nachfolger und Nachfolger Zerbons gewesen war, trat nunmehr der Oberpräsident Eduard Flottwell.

Er trat sein Amt im December 1830 als ein Mann von 44 Jahren an und hat es ein volles Jahrzehnt, bis Januar 1841, verwaltet. Als er es niederlegte, um die Verwaltung der Provinz Sachsen zu übernehmen, hat er die von ihm befolgten Grundsätze in der Behandlung der Provinz in einer kurzen Denkschrift niedergelegt, deren Inhalt auch heute noch von einem mehr als nur historischen Interesse ist und besonders in Rücksicht auf die jetzigen Verhandlungen im preussischen Landtage die vollste Beachtung verdient.

Gleich im Eingange der Schrift zeigt sich der totale Unterschied in der Denkweise Flottwells und der seiner Vorgänger. „Während meiner Wirksamkeit — so beginnt er — habe ich die der Verwaltung dieser Provinz gestellte Aufgabe dahin verstehen zu müssen geglaubt, ihre innige Verbindung mit dem preussischen Staat dadurch zu fördern und zu befestigen, daß die ihren polnischen Einwohnern eigenthümlichen Richtungen, Gewohnheiten, Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstehen, allmählig beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihr verbreitet, damit endlich die gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten als der Schluß dieser Aufgabe durch das entschiedene Hervortreten deutscher Cultur erlangt werden möge.“ Er giebt hierbei freilich von vornherein zu, daß durch die Verfolgung dieses Zieles, die Erinnerungen und Gefühle eines Theiles der polnischen Einwohner verletzt werden könnten, aber er findet die Beruhigung hierüber in der Ueberzeugung, „daß die Provinz dabei in allgemein menschlicher Hinsicht gewinnt und daß die Geschichte allmählig alle Wölfer aus den Schranken früherer und noch bestehender Trennungen solchen Umwandlungen und neuen Gestaltungen entgegenführt“; überdies aber spricht er für die sorgfältige Schonung derjenigen Eigenthümlichkeiten des polnischen Volkes, welche an sich achtungswerth sind, und betont, daß der ganze Ausgleichungsproceß zwischen der deutschen und polnischen Nationalität „ohne Eingriffe ungerechter Willkür“ zu erfolgen habe.

Flottwells Wirksamkeit hat zwei Seiten, von denen die eine in vielen Beziehungen mit den Zerbonschen Vorschlägen übereinstimmt, die andere aber wesentlich von denselben abweicht. Die Zerbons meint auch er, daß die Regierung den Hauptnachdruck auf die Förderung der materiellen Interessen der Provinz legen müsse. „Die Entfesselung der Bauern und der kleinen Städte von der gutsherrlichen Gewalt, die freigegebene Entwicklung des Gewerbetriebs und die Erleichterung und Vermehrung eines allseitigen Verkehrs werden von den verschiedensten Klassen der Einwohner als Wohlthaten der preussischen Regierung zum Theil sehr dankbar erkannt. Ebenso erkennen alle den hohen Werth der vertrauensvollen Sicherheit, welche

*) Siehe Nr. 115 u. Nr. 136 der Bresl. Ztg.

die Ueberzeugung von einer unparteiischen Gerechtigkeit der Gerichtsbehörden und von der Gewissenhaftigkeit der Verwaltung auch dem Geringsten gewährt.“ In diesem Sinne erfolgte auf das Gesetz vom 8. April 1823, welches die Aufhebung der Dienste der Bauern und die Regulirung ihrer Besitzverhältnisse betraf, unter seiner Amtsführung die Cabinetsordre vom 15. Mai 1833, wodurch die Ablösung der persönlichen und gewerblichen Abgaben der Mediastädte angeordnet wurde. Er suchte ferner die Heranbildung eines achtbaren Mittelstandes vorzubereiten durch die Einführung der Städteordnung und durch die Errichtung leistungsfähiger Schulanstalten. Er unterstützte ferner die Industrie und besonders die Tuchmanufactur, er ordnete die Verhältnisse der Zudenschaft neu durch das Gesetz vom 1. Juni 1833, richtete ein besonderes Augenmerk auf die Anlage von Chauffeen und Wasserstraßen und förderte mit Energie die Einrichtung wohlthätiger Anstalten und die Entwicklung gemeinnütziger Vereine.

Während er nun so Zerbons Ideen zum großen Theil zur Wirklichkeit führte, verschloß er sein Auge der von diesem verkanteten Thatsache nicht, daß hierdurch die Träger des polnischen Nationalitätsgedanken nicht für die preussische Regierung gewonnen werden würden. Seine Meinung war, „daß den unzufriedenen Theil der Einwohner keine Zugeständnisse oder Vergünstigungen befriedigen, weil eine vollkommene unbeschränkte nationale und politische Selbstständigkeit der Polen verlangt wird“.

Das Mittel zur allmählichen nationalen Umgestaltung der Provinz aber fand Flottwell in der Hervorhebung der deutschen Elemente in derselben. Nach seiner Ansicht müsse dieses Element allmählig alle Verhältnisse der Provinz durchdringen, sie müsse aufhören den Einwohnern des preussischen Staates als ein Verbannungsort zu erscheinen, vielmehr sei es „des Gouvernements würdig und deshalb angemessen, offen den Grundlag auszusprechen und zu befolgen, daß die Provinz dem deutschen Element keineswegs verschlossen, daß sie vielmehr ihm, als dem Lebenselemente des Staates und schon eines guten Dritttheils der Provinz selbst, geöffnet, und daß seine Ausgleitung mit den Polnischen dem Entwicklungs-Proceß der Geschichte überlassen werden soll“.

Von diesem Standpunkte aus skizzirt Flottwell vor Allem die gegen den katholischen Clerus und den polnischen Adel zu ergreifenden Maßregeln. Trotz der klaren Erkenntnis über die Stellung der katholischen Geistlichkeit gegen die Regierung wußte Flottwell kein anderes Mittel gegen dieselbe als das schon im Princip von Zerbons vorgeschlagene: eine höhere wissenschaftliche Ausbildung der jungen Theologen unter Aufsicht der Regierung. Er rief zu diesem Zwecke das katholische Schullehrer-Seminar in Posen, die Alumnate für katholische Theologen in Posen und Tremessen ins Leben, gestaltete die Clerical-Seminarien in Posen und Gnesen völlig um und besetzte sie mit Lehrern aus andern Provinzen. Die Errichtung eines Conventualiums für Studierende der katholischen Theologie an der Universität Breslau scheiterte an dem Widerstande des Erzbischofs von Dunin. Es ist bekannt, daß für diese Zwecke und zugleich zur Verbesserung des Schulwesens überhaupt durch die Cabinets-Ordre vom 31. März 1833 die Säkularisation sämmtlicher in der Provinz noch vorhandenen Klöster erfolgte — ebenfalls eine schon von Zerbons in Vorschlag gebrachte Maßregel.

Den polnischen Adel theilt Flottwell in drei Klassen: 1) Die bejahrteren und zugleich reich begüterten Edelleute, welche größtentheils die ihnen durch die preussische Regierung gebrachten Vortheile würdigen und nur nicht den Muth haben, dies ihren ungestüm auftretenden Landsleuten gegenüber durch ihr äußeres Verhalten zu bekunden. 2) „Der größere Theil derjenigen Gutsbesitzer, welche an

der polnischen Revolution einen unmittelbaren Antheil genommen haben und sich theils durch einen irregulierten Patriotismus, theils durch Eitelkeit zu Koryphäen der polnischen Nationalität berufen halten, und daher bei jeder Veranlassung diese zu vertreten und zu vertheidigen bereit sind.“ Auch unter diesen glaubt er noch sehr viele gemäßigtere Elemente vermuthen zu dürfen. 3) „Die noch nicht angekommenen und daher dem Müßiggang fröhlichen Söhne der Gutsbesitzer, außerdem aber die Pächter oder Besitzer kleiner Güter, sowie die dem Bankerott nahen oder darin schon verfallenen Gutsbesitzer.“ Gerade in dieser sehr zahl- und einflussreichen Klasse findet Flottwell die unverföhnlichen und durch keine Concession zu gewinnenden Feinde des preussischen Regimes und in den gegen dieselben ergriffenen Maßregeln liegt das eigentlich Neue seiner Verwaltung, der Kern des sog. „Flottwellschen Systems“.

Von diesen Maßregeln sind besonders drei hervorzuheben: die Einsetzung der Districts-Commissarien, die Wahl der Landräthe durch die Regierung und die Vermehrung der deutschen Gutsbesitzer.

Durch die am 10. December 1836 verordnete Anstellung der Districts-Commissarien wurde den Edelleuten die gutsherrliche Polizei in den Dörfern aus der Hand genommen und in die preussische Verwaltungsbeamten gelegt. Flottwell hat sich über diese einschneidende Maßregel selbst mit großem Freimuth geäußert: „Diese Einrichtung hat zwar ihre unverkennbaren Schattenseiten; indem die damit verbundene Vermehrung des besoldeten Beamtenpersonals die Selbstständigkeit und Selbstthätigkeit der Gemeinden und Ortsbehörden zu lähmen und statt eines lebendigen und kräftigen Gemeindelebens den Beamten-Despotismus zu befördern droht. Indessen muß man, solange die äußeren Verhältnisse deren Beibehaltung fordern, vor Allem dahin streben, die Landräthe mit den Dominien und Gemeinde-Vorständen in einer unmittelbaren Verbindung zu erhalten, die Districts-Commissarien aber ihrer organischen Bestimmung nach nur zur Unterstützung für die Unbrauchbarkeit der letzteren zu benutzen, wodurch die Selbstthätigkeit der Ortsgemeindevorstände keineswegs gehemmt oder unterdrückt, vielmehr unterstützt und belebt werden soll.“

Durch die Wahl der Landräthe, welche in der Zeit vor Flottwell durch die Kreisstände meist in national-polnischem Sinne stattfand, gewann die zu beschränkende Adelpartei naturgemäß einen durchgreifenden Einfluß auf alle Kreisangelegenheiten, demzufolge wurde durch eine Cabinetsordre vom 3. Februar 1833 der Vorschlag zur Befegung der Landrathsstellen der Regierung übertragen, gleichzeitig aber angeordnet, hierbei vorzugsweise auf Gutsbesitzer der Provinz Rücksicht zu nehmen.

Endlich begann man damals mit dem Ankauf von Rittergütern für den Fiskus, um sie nach erfolgter Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse an wohlhabende, intelligente und wohlgenante Erwerber deutscher Abkunft wieder zu veräußern. Aus der Staatskasse wurde hierfür ein Betriebsfonds von einer Million Thaler ausgesetzt, welcher während der Flottwellschen Zeit, in der etwa 30 neue Rittergutsbesitzer deutscher Abkunft sich ankaufen, sogar noch einen ansehnlichen Gewinn machte. Ueber die Ansiedelung deutscher Bauern hat Flottwell unseres Wissens nach sich nicht geäußert.

„Möge es meinem Nachfolger gelingen — so schließt Flottwell seine Denkschrift — unter dem Schutze und dem Schirme eines großmüthigen, von den erhabensten Ideen und Gesinnungen erfüllten Königs auch die dem Gouvernement weniger geneigten Einwohner dieses Landes einer Zukunft entgegenzuführen, welche, wenn die Täuschungen eines phantastischen Patriotismus erst gelöst werden, in ihnen, dem polnischen Volksstamme angehörigen Bewohnern die Ueberzeugung hervorgerufen und befestigt wird, daß sie in dem ihnen durch

Beethovens' Fidelio.

R. auch R. R. pr. Schauspiel a. d. Wien.

Neue Oper.

Heute Mittwoch, den 20. November 1805

wird in dem k. k. priv. Schauspielhaus an der Wien gegeben

zum erstenmal

Fidelio

oder

Die eheliche Liebe.

Eine Oper in 3 Acten. Frey nach dem Französischen bearbeitet von Joseph Sonnleithner.

Die Musik ist von Ludwig van Beethoven.

So lautet der Theaterzettel der einzigen Oper von Beethoven bei ihrer ersten Aufführung. Der Fidelio von 1805 ist von dem Fidelio, an dem wir uns jetzt erbauen, sehr verschieden. Die am nächsten Montag im Musiksaal der Universität stattfindende letzte diesjährige historische Soirée des Bohn'schen Gesangsvereins (überhaupt die fünfundzwanzigste in Breslau) ist dazu bestimmt, den Fidelio in seiner Urgehalt, soweit es der Beethoven-Forschung bis jetzt gelungen ist, dieselbe zu ermitteln, zur Aufführung zu bringen. Für die Bühne wird selbstverständlich die von Beethoven festgestellte, endgültige Fassung maßgebend bleiben; der erste Entwurf wird für den Concertsaal mehr als ein oberflächliches antiquarisches Interesse beanspruchen dürfen, da er zeigt, wie Beethoven mit peinlicher Gewissenhaftigkeit sein Werk Note für Note umarbeitete und ausfeilte, bis er es endlich (nach 9 Jahren) so fertigte, wie wir es jetzt vor uns haben. Die ziemlich verwickelten Untersuchungen über die Entstehung des Fidelio und das Verhältniß der 3 verschiedenen Bearbeitungen sind von Otto Zahn (Vorwort zum Clavierauszug der zweiten Bearbeitung der Leonore) und Alexander Wheelock Thayer (Ludwig van Beethovens Leben, Band 2 und 3) mit so erschöpfender Gründlichkeit und kritischem Scharfblick geführt worden, daß es fast unmöglich ist, den von ihnen gewonnenen Resultaten etwas hinzuzufügen. Das Nachstehende kann also nur eine Recapitulation des von diesen beiden verdienstvollen Forschern bereits Gesagten sein.

Der Eigenthümer des k. k. priv. Theaters an der Wien, Freiherr von Braun, machte am Ende des Jahres 1804 dem damals 34jährigen Beethoven den Antrag, eine Oper für sein Kunstinstitut zu schreiben. Außer einem Antheile an den Einnahmen bot man ihm freie Wohnung im Theatergebäude. Der damalige Hoftheater-Secretär, Joseph Ferdinand Sonnleithner, übernahm die Herstellung

des Textes. Die Wahl, auf welche Beethoven bei seinem eigenthümlichen Charakter gewiß einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, fiel auf eine französische Oper: *Léonore ou l'amour conjugal* (Text von F. R. Bouilly, Musik von P. Gaveaux). Gaveaux' *Leonore* wurde 1798 in Paris mit Beifall aufgeführt, später ins Italienische übersezt, von F. Paër neu componirt und ging 1804 in Dresden mit geringem Erfolge in Scene. Sonnleithner hielt sich an den französischen Text, den er zum Theil übersezte, zum Theil für das musikalische Bedürfnis entsprechend umgestaltete. Beethoven fürchtete die Concurrenz seiner Vorgänger nicht. Mit großem Eifer ging er an die Arbeit; meistentheils pflügte er sich einzuschließen, und befahl seinem Diener, Niemanden, wer es auch sei, vorzulassen. Um die Mitte Juni 1805 hatte er die Musik vollständig skizzirt; während eines Sommeraufenthalts in Gegendorf wurde sie vollendet. Das Skizzenbuch zu Fidelio ist vollständig erhalten und gewährt einen Einblick in die Compositionsweise des großen Meisters. Zahn macht besonders auf die unermüdliche Detailarbeit aufmerksam, die gar nicht aufhören kann, nicht bloß einzelne Motive und Melodien, sondern die kleinsten Elemente derselben hin und her zu wenden und zu rücken und aus allen denkbaren Variationen die beste Form hervorzulocken. Man staunt über diese unaufhörlichen Versuche und begreift nicht, wie aus solchem musikalischen Brödelwerk ein organisches Ganze werden konnte. Vergleicht man aber das fertige Kunstwerk mit dem Chaos der Entwürfe, so wird man immer wieder von der tiefsten Bewunderung vor dem schöpferischen Geiste ergriffen, der die Idee seiner Aufgabe so klar angefaßt, Grundlage und Umriß der Ausführung so fest und sicher gefaßt hat, daß unter alle dem Suchen und Versuchen im Einzelnen doch das Ganze aus seiner Wurzel naturgemäß herauswächst und sich entwickelt. Und machen diese Skizzen nicht selten den Eindruck unsicherer Schwankens und Tastens, so wächst nachher wieder die Bewunderung vor der wahrhaft genialen Selbstkritik, die, nachdem sie Alles geprüft, schließlich mit souveräner Gewissheit das Beste behält. Zu der Arie Florestans „In des Lebens Frühlingstagen“ finden sich achtzehn verschiedene Ansätze; zu dem Chor „Wer ein holdes Weib errungen“ lassen sich zehn Entwürfe nachweisen. — Am Ende der Sommerfaison kehrte Beethoven nach Wien zurück. Die Proben zum Fidelio begannen. Am 20. November ging die Oper unter den unglücklichsten Constellationen in Scene. Am 13. November war der französische Vortrag, die Generale Murat und Lannes an der Spitze, in Wien eingerückt. Der Hof, der Adel, die großen Kaufleute und Banquiers waren geflohen. Gerade die Gesellschaftsklassen, denen

Beethoven eine gerechte Würdigung seiner Musik zutrauen konnte, waren abwesend. Die erste Aufführung des Fidelio wurde beinahe nur von französischen Offizieren besucht; die beiden folgenden (am 21. und 22. November) fanden fast ohne Zuhörer statt. Nur die weiblichen Rollen waren genügend besetzt; die Männer ließen desto mehr zu wünschen übrig. Die Titelrolle hatte Beethoven für Anna Wilder geschrieben, von der Haydn einst sagte, sie hätte eine Stimme wie ein Haus; nach gleichzeitigen Berichten zu urtheilen, fehlte es ihr an Affect und Leben. Die Darstellerin der Marcelline, Louise Müller, wird geschildert als eine gar liebliche Schauspielerin und brave Sängerin, wenn sie gleich nicht von einer sehr ausgezeichneten Stimme unterstützt wurde. Demmer (Florestan) soll eine fest ausdauernde Stimme und viel Höhe besessen, aber fast immer zu tief intonirt haben. Sebastian Meyer (Pizarro) war als Sänger nicht bedeutend, aber ein wackerer Schauspieler. Er pflügte bei Mozart, mit dem er verschwägert war, zu schwören, und überhaupt sich Alles zuzutrauen. Beethoven componirte eine Stelle in der Schlussarie des zweiten Actes derart schwer, daß der eitle und eingebildete Sänger daran scheitern mußte. Es kam in der Probe zu scharfen Auseinandersetzungen, bei welcher Gelegenheit Meyer dem Componisten die Worte an den Kopf warf: „Solchen verfluchten Unsinn hätte mein Schwager nicht geschrieben.“ Cacas (Jaquino) war ein guter Schauspieler; seine Singpartien mußten ihm gewöhnlich eingegeigt werden, bevor man ihn zu einer Probe ließ. Rocco (Rocco) war als Schauspieler und Sänger gleich untergeordnet, und Weintopf endlich (Fernando) konnte trotz seiner reinen, ausdrucksvollen Stimme bei dem geringen Umfange seiner Partie keinen Aufschlag geben. Eine gelungene Vorstellung war bei solchen Darstellern nicht zu erwarten, und es ist nur zu erklärlich, daß die Mängel der Ausführung ihre Schatten auch auf das Werk selbst warfen. Die Kritiken waren durchweg ungünstig. Das maßgebende Fachblatt der damaligen Zeit, die Leipziger „Allgemeine Musikalische Zeitung“, schreibt: „Der dem bisherigen Gange des Beethovenschen, sonst unbezweifelten Talents mit Aufmerksamkeit und ruhiger Prüfung folgte, mußte etwas ganz Anderes von diesem Werke hoffen, als gegeben wurde. Beethoven hatte bis jetzt so manchmal dem Neuen und Sonderbaren auf Kosten des Schönen geopfert; man mußte also vor Allem Eigenthümlichkeit, Neuheit und einen gewissen originellen Schöpfungsglanz von diesem ersten theatralischen Singproducte erwarten — und gerade diese Eigenschaften sind es, die man am wenigsten darin antraf. Das Ganze, wenn es ruhig und vorurtheilsfrei betrachtet wird, ist weder durch Gr-

die Besitzergreifungs-Urkunde vom 15. Mai 1815 zugesicherten neuen Vaterlande ein Asyl gefunden haben, welches jeder edelgeistigen Regierung, sowie jedem vernünftigen Streben nach der Verbesserung ihrer äußeren Zustände eine freie Entwicklung sichert und zugleich ihrer mit dem gemeinsamen Wohl des Staates nur irgend vereinbaren nationalen Eigenthümlichkeit Schutz und Pflege gewährt."

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. [Herabsetzung des Portos auf Drucksachen. — Petition der seminaristisch gebildeten Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten.] Aus Geschäftsfreien ist, theils durch Eingaben an die zuständige amtliche Stelle und Petitionen an den Reichstag, theils durch Vorstellungen der Handelskammern, schon häufig der Wunsch ausgesprochen, daß zwischen die 3-Pfennig- und die 10-Pfennig-Stufe des Portos bei Drucksachen eine Zwischenstufe von 5 Pf. eingeschaltet werde; auch bei Gelegenheit der Statberatungen ist dieser Wunsch mehrfach zur Sprache gekommen, doch hat sich der Staatssecretär des Reichs-Postamts bisher stets ablehnend verhalten. Er hat immer darauf hingewiesen, daß durch eine solche Einrichtung die Einnahmen der Postverwaltung geschmälert würden, auch bestritten, daß wirklich ein großes Bedürfnis für dieselbe vorhanden sei. Aus leicht erklärlichen Gründen sind namentlich die Buchhändler bei einer Ermäßigung des Portos für Drucksachen etwa zwischen 50 und 100 Gramm interessiert, und aus ihren Kreisen sind denn auch wieder Petitionen an den Reichstag gelangt, die geftern in der Commission zur Berathung kamen. Trotz des Widerspruchs der Regierungs-Commission hat die Commission beschlossen, die Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Erwägung zu beantragen. Dieser Beschluß wird keine Kreise befriedigen, wenn sie es auch wohl lieber gesehen hätten, daß die Commission die Petitionen zur Berücksichtigung überwiesen hätte. Die Befürchtung des Staatssecretärs, daß große Einnahmeausfälle eintreten würden, wird man nicht theilen können. Bis jetzt hat sich gerade bei der Postverwaltung gezeigt, daß eine Erleichterung des Verkehrs — und dazu gehört außer der schnelleren Beförderung auch die Herabsetzung der Kosten — höchstens auf kurz bemessene Zeit eine Verringerung der Einnahmen gebracht hat, daß aber sehr bald aus der Vermehrung des Verkehrs auch eine Steigerung der Einnahmen eingetreten ist. Die Vermehrung des Verkehrs würde unweifelhaft stattfinden; um bei den jetzigen Petenten zu bleiben, so genügt schon ein Hinweis auf den Bestand der Zeitschriften und Broschüren unter Kreuzband, der heute in größerem Maßstabe nicht möglich ist, bei einer Ermäßigung des Portos aber sehr bald bedeutende Dimensionen annehmen würde. Selbst wenn ein kleiner Ausfall — der aber, wie gesagt, nicht zu erwarten ist — eintreten sollte, so würde selbst dies nicht von der Einführung einer Maßregel abhalten dürfen, die so dringend gewünscht wird. Die Post ist ja nicht bloß dazu da, möglichst große Ueberschüsse zu machen. — Im Abgeordnetenhaus ist ein Bericht der Unterrichts-Commission über die Petition von 408 seminaristisch gebildeten Lehrern an höheren Unterrichtsanstalten und deren Vorschulen zur Ausgabe gelangt. Die Lehrer, welche ein Gehalt von 1200 bis 2400 M. beziehen, wünschen, daß ihre Besoldung auf 1500 bis 3600 Mark, steigend nach dem Dienstalter und im Maximum erreichbar in 28 bis 30 Dienstjahren nach der definitiven Anstellung im öffentlichen Schuldienste, soweit die Schulen staatlichen Patronates sind, erhöht, soweit sie städtischen oder stiftlichen Patronates sind, die Erhöhung durch die Regierung herbeigeführt werde. Der Commissar des Cultusministeriums bestritt, daß ein Nothstand vorhanden sei, und hob hervor, daß eine einseitige Berücksichtigung der seminaristisch gebildeten Lehrer nicht angehe, weil gleichzeitig auch die Zeichenlehrer an den höheren Lehranstalten, die Elementarlehrer an den höheren Mädterschulen und die Lehrer an den Mittelschulen zu berücksichtigen seien. Die Commission beschloß, zu empfehlen, daß die Petition der Regierung als Material für die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Lehrer an den höheren Lehranstalten überwiesen würde. Den gleichen Beschluß hatte die Unterrichtscommission bereits im vorigen Jahre gefaßt. Damals hatten nur 295 Lehrer petitionirt.

[Vom Herrenhause.] Nach der „Nat.-Lib. Corr.“ hat sich die Rechte des Herrenhauses, welche bisher den Namen der „Fraction Stahl“ führte, getheilt, und zwar in eine weiter diesen Namen tragende und in eine „conservative“ Fraction.

[Ueber den des Landesverraths verdächtigen Redacteur des

„Kieler Tageblattes“, Prohl,] ist noch zu berichten, daß derselbe in der Nähe von Danzig geboren ist, einem ostpreussischen Regiment den Feldzug von 1870/71 mitgemacht und sich das Eiserne Kreuz erworben hat. Nach dem Kriege kam er nach Kiel, trat als Zahlmeisterappellant in die Marine und bestand nach 3½-jähriger Dienstzeit sein Zahlmeisterexamen. Am 28. April 1875 wurde Richard Prohl zum Zahlmeisterappellanten ernannt, verließ aber sehr bald die sichere Carriere, doch wurde er noch in der „Mang- und Quartierliste der kaiserlichen Marine für das Jahr 1883“ als Zahlmeisterappellant der Reserve geführt. Nach seinem Austritt aus der Marine übernahm er die Redaction des „Tagebl.“, welches, ursprünglich ein farbloses Localblatt, erst zur Zeit der neuen Wirthschaftsära conservativer Artikel aufnahm. Prohl soll trotz seines kleinen Gehaltes seit Jahren großen Aufwand gemacht haben, seine unbedeutenden geistigen Fähigkeiten sollen ihm jeden Nebenverdienst als Correspondent unmöglich gemacht haben. Prohl soll bei seiner Vernehmung bereits eingestanden haben, dem Sarauw Marine-Nachrichten geliefert zu haben, dieselben sollen seiner Behauptung nach aber harmloser Natur gewesen sein. Der „Danz. Ztg.“ zufolge soll Prohl wiederholt Geld aus Kopenhagen erhalten haben. Mit Sarauw ist er häufig im Verkehr gesehen worden. Zu der Verhaftung war ein großer Apparat in Bewegung gesetzt. Polizeidirector Krüger aus Berlin war schon seit einigen Tagen mit einigen Geheimpolizisten in Kiel anwesend. Am Montag Mittag wurde das ganze Haus des „Kiel. Tagebl.“ polizeilich besetzt, in der Wohnung des Redacteur Prohl eine Hausdurchsuchung vorgenommen und alle Papiere verpackt.

[Der dänische Schriftsteller Hermann Bang], der nach seiner Ausweisung Meinungen zum Aufenthalt erwählt hatte, ist auch dort ausgewiesen worden. Er hat sich nun nach Wien gegeben.

* **Berlin, 25. Febr.** [Berliner Neuigkeiten.] Der Unionclub hielt am 23. d. Mts. seine ordentliche Generalversammlung ab, welche von den Mitgliedern außergewöhnlich zahlreich besucht war. Der Antrag des Repräsentanten-Ausschusses, in die Statuten den Satz aufzunehmen: „Es ist nicht erlaubt, in den Räumen des Union-Club Hazard zu spielen“, gelangte zur Annahme.

a. **Königsberg, 24. Febr.** [Das Project der Eisenbahn Königsberg-Labiau,] welches bereits seit Jahren in vollständiger Ausarbeitung daliegt und nur wegen der Weigerung von Stadt und Kreis Königsberg, zu den Herstellungskosten beizutragen, eventuell Terrain für die Bahn herzugeben, nicht zur Ausführung kommen konnte, hat nun endlich Aussicht erhalten, seiner Verwirklichung entgegengeführt zu werden. Wenigstens hat die hiesige Stadtvorordneten-Versammlung gestern ihre Zustimmung zu einer Vorlage des Magistrats erteilt, nach welcher das von der Bahn berührte städtische Terrain, soweit es nothwendig ist, an das Unternehmen kostenfrei und unentgeltlich abgetreten werden und zu den Kosten für Erwerbung von Grund und Boden im Landkreise diesem eine Beihilfe von 30 000 M. gewährt werden soll. Damit dürfte das letzte Hindernis beseitigt sein, welches diesem von vielen Seiten mit Eifer erstrebten Bahnbaue entgegengestanden hat. Ist aber erst dieser Bau in Angriff genommen, so wird auch unverzüglich an die Fortsetzung der Strecke über Labiau hinaus bis Tilfit herangegangen werden, wodurch die fruchtbare Nemetniederung in directen Bahnverkehr mit der Provinzialhauptstadt gebracht wird. Die weitere Ausdehnung der Bahn von Tilfit über Ragnit und Pillkallen, wo sie allerdings auch von strategischer Bedeutung ist, wird alsdann wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. Königsberg aber kann durch diese Bahn nur gewinnen, denn das wird doch das Ziel sein, nach welchem die Producte jener Gegenden hingeführt werden.

Barthelstein, 24. Febr. [Lucifer.] In den Gasthäusern des nahen Dorfes Gallingen fanden wir folgende Warnung des dortigen Ortschulzen zu Jedermanns Ansicht öffentlich angeschlagen: „Laut Bekanntmachung des königlichen Landrathsamtes ist irgendwo ein Fall vorgekommen, daß Eltern ihrem neugeborenen Sohn den Namen Lucifer beilegen ließen. Lucifer ist bekanntlich der Fürst der Teufel. Alle Eltern werden hierdurch gewarnt, den Kindern ferner Teufelsnamen beilegen zu lassen. Die königlichen Standesämter nehmen solche Namen nicht mehr auf. Das Schulzenamt.“

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien, 25. Februar.** [Graf Taaffe und Präsident Smolka.] Eine offene Verhöhnung der Linken und eine unverhohlene Androhung von Gewalt ist die ganze Antwort des Grafen Taaffe auf die wichtigen Anklagen, die gegen seinen Handelsminister vorgebracht worden sind. Denn eine reine Verhöhnung ist es doch, wenn der Ministerpräsident einer Partei, die sich in der Minorität befindet, zuruft, er werde keine anderen Beschuldigungen von Seiten der Opposition mehr dulden als solche, die in dem Antrage auf eine Ministeranfrage vor dem Reichsgerichtshofe gipfeln. Ganz abgesehen davon, daß Dinge, die in eine solche Kategorie fallen, denn doch, Gott sei Dank, zu den allergrößten parlamentarischen Seltenheiten gehören: wie kann eine Minorität eine solche Anklage formuliren,

welche die Mehrheit auf der Rechten sofort bei der ersten Lesung ablehnen würde? So hat es aber auch Graf Taaffe gar nicht gemeint, denn eben bei dieser ersten Lesung hätte ja Dr. Steinwender alle seine Documente schon vorbringen können und das ganze Unheil wäre geschehen gewesen, ehe die Rechte den Antrag zurückweisen konnte, da er als zweite Waffe die Forderung einer strengeren Handhabung der Geschäftsordnung vorbringt, hinter welchem Verlangen sich dasjenige verbirgt, die Geschäftsordnung selber in einer Weise umgemodelt zu sehen, wie sie etwa auf dem kroatischen Landtage gegen die Starcevicianer gehandhabt wird. Es ist unverkennbar, daß in diesem Passus zugleich eine milde Anklage gegen den Präsidenten Smolka liegt. Smolka mag der Regierung noch so willfährig sein, immer wohnen doch von 1848 zwei Seelen in seiner Brust. Es soll im Laufe der Zeit schon einmal vorgekommen sein, daß von der Ministerbank ein Zettel nach dem Hauteuil des Präsidenten hinausgeschickt wurde, der die Bitte enthielt, den Redner, der eben sprach, zur Ordnung zu rufen. Als Smolka auf das Ersuchen keine Rücksicht nahm, wurde der Huissier mit einem zweiten Zettel geschickt. Auf diesen aber schrieb der Präsident als Antwort lakonisch: „Noch bin ich Präsident.“ Es war auch vielfach davon die Rede, daß die Regierung bei Eröffnung des neuen Abgeordnetenhauses einen anderen Vorsitzenden gewünscht hätte. Indessen da die Polen nun einmal in der Kammer die Führung besitzen und die Wahl eines Czechen doch eine gar zu große Beleidigung der Deutschen gewesen wäre, blieb es bei der Wiederwahl Smolka's. Dieser wird sich aber jetzt darauf berufen, daß ihm die Geschäftsordnung keine größere Machtbefugniß erteile, als den Redner zur Ordnung zu rufen und demselben nach Wiederholung des Ordnungsrufes das Wort zu entziehen. Man wird daher auf den Antrag zurückgreifen müssen, den Graf Hohenwart schon bei Beginn der Session dem Executivcomité der Rechten vorgelegt hat, die Geschäftsordnung in dem Sinne zu verschärfen, daß den Deutsch-liberalen in jedem beliebigen Augenblick sofort die Befugniß entzogen werden kann, irgend ein mißliebiges Thema auch nur zur Sprache zu bringen. Das soll nun geschehen, indem der Opposition die Macht genommen wird, ein improvisirtes Thema in die Debatte zu werfen. Bei ersten Lesungen will man dem Antragsteller das Recht entziehen, seinen Vorschlag auch nur zu begründen. Wenden wir dies auf die verfloßene Debatte an, so konnte Dr. Steinwender verhindert werden, seine Documente auch nur zu verlesen, indem man ihn gar nicht zu Worte kommen ließ. Ein zweites Mittel, der Linken den Mund zu stopfen, will man in der Beschränkung des Rechtes finden, persönliche Bemerkungen vorzubringen. Damit und mit dem rücksichtslos gehandhabten Rechte, die Debatte in jedem Augenblick zu schließen, könnte man der Opposition allerdings den Mund stopfen. Sucht sie eine solche Vergewaltigung durch Erregung von Lärm und Unruhe oder durch Ausbrüche der Leidenschaft abzuwehren, dann bleibt noch immer der Majorität das Recht, die Geschäftsordnung nach Agrarier Weise dahin abzuändern, daß man den Deputirten der Linken die Diäten entziehen und sie auf bestimmte Zeit oder auch für den Rest der ganzen Session von den Sitzungen ausschließen kann. Man sieht, wir nähern uns den Zuständen, die Kieger vor 15 Jahren unter dem Ministerium Hohenwart triumphirend dahin bejehneten: „Haben wir nur erst die Macht fest in den Händen, so werden wir den deutschen Hund den Maulkorb so fest anknallen, daß ihnen nicht nur das Beißen, sondern auch das Bellen vergehen soll.“

Wien, 25. Januar. [Ernst Freiherr von Teschenberg †.] Eine Persönlichkeit, welche in der diplomatischen Welt Oesterreichs während einer der interessantesten Phasen der neuesten Geschichte eine hervorragende Position einnahm und während ihrer Glanzzeit auch in der Gesellschaft der Residenz in den ersten Reihen stand, ist heute Nacht gestorben. Der bevollmächtigte Minister und außerordentliche Gesandte Ernst Freiherr von Teschenberg ist den zerstörenden Wirkungen eines Lungenleidens erlegen, dessen Symptome sich schon in früherer Zeit bemerkbar gemacht hatten, ohne indeß einen gefährlichen Charakter anzunehmen. Der Lebenslauf des Verstorbenen bietet, wie das „N. W. Abendbl.“ schreibt, das Bild einer ungewöhnlich rasch aufsteigenden Carriere, welche jedoch ihren Abschluß fand, ehe sie auf ihrem Höhepunkte angelangt war. Im Jahre 1837 in Dedenburg geboren, trat Ernst Kluger von Teschenberg nach vollendeten Universitätsstudien im Jahre 1861 als Ministerial-Concepts-Adjunct in das Präsidial-Bureau des Handelsministeriums. Bald

findung, noch durch Ausführung hervorleuchtend. Den Singstücken liegt gewöhnlich keine neue Idee zu Grunde, sie sind größtentheils zu lang gehalten, der Text ist unaufhörlich wiederholt, und endlich auch zuweilen die Charakteristik verfehlt. Die Chöre sind von keinem Effecte, und einer derselben, der die Freude der Gesangenen über den Genuß der freien Luft bezeichnet, ist offenbar mißrathen.“ Noch schlimmer wurde die Ouverture recensirt. Die anfänglich für den Fideleio componirte Ouverture, die als op. 138 später gedruckt wurde, zog Beethoven bald zurück und setzte an ihre Stelle die jetzt allgemein unter der Bezeichnung Nr. 2 bekannte Leonore-Ouverture. Ueber diese nun heißt es in Kobebue's „Freimüthigen“: „Alle parteylosen Musikkennner und Freunde waren darüber vollkommen einig, daß so etwas Unzusammenhängendes, Grells, Verworrenes, das Ohr Empfindendes schlechterdings noch nie in der Musik geschrieben worden sey. Die schneidendsten Modulationen folgen aufeinander in wirklich gräßlicher Harmonie und einige kleinliche Ideen, welche auch jeden Schein von Erhabenheit daraus entfernen, worunter z. B. ein Posthorn solo gehört, das vermuthlich die Ankunft des Gouverneurs ankündigen soll!!! vollenden den unangenehmen, beküßenden Eindruck... Referent hat schon oft genug seine Achtung gegen B.'s Genie und seine Liebe für einzelne sehr schöne W.'sche Instrumental-Compositionen zu erkennen gegeben, und er bedauert umsomehr, daß B.—n so eigensinnig gerade diesen Weg des Schwierigen, Grellen und Sonderbaren wandelt, der von der wahren Schönheit am sichersten entfernt.“ — Heutzutage denkt man darüber freilich anders.

Beethoven's Freunde, welche die Oper nicht ohne Weiteres verloren geben wollten, beschloßen, eine Wiederholung auf der Bühne ins Werk zu setzen, zuvor aber den Componisten zu bewegen, einigen nothwendigen Veränderungen seine Zustimmung zu geben. In einer Abendgesellschaft beim Fürsten Karl Lichnowsky, dem großen Beschützer Beethovens, wurde, nachdem man sich vorher über den Umfang und die Art und Weise der vorzunehmenden Verbesserungen geeinigt hatte, die Sache ernstlich in Angriff genommen. Zwei Stücke, ein Duett und ein Terzett, sollten gänzlich ausgemerzt, mit den meisten Musikstücken beträchtliche Kürzungen vorgenommen und die beiden ersten Acte in einen zusammengezogen werden. Beethoven wehrte sich wie ein Löwe gegen diese Zumuthungen und gab nur Schritt vor Schritt widerstrebend nach. Die Sitzung dauerte von 7 bis nach 1 Uhr; das Resultat war, daß Beethoven endlich einwilligte, nachdem auch die zarisch-liebte, schwächliche Fürstin Lichnowsky, welche ihn wie eine zweite Mutter liebte, ihre Bitten mit denen der Freunde ver-

einigt hatte. Die erwähnten zwei Stücke ausfallen zu lassen, gestand er indeß nur auf die Vorstellung zu, daß es versuchsweise geschehen solle, und man sie künftig wieder aufnehmen könne. In diesem Sinne hat er sie auch dem Clavierauszug der zweiten Bearbeitung, welcher 1810 erschien, einverleibt. Nachdem Beethoven die ganze Oper umgearbeitet hatte, wurde sie mit der jetzt als Nr. 3 bekannten Ouverture von Neuem am 29. März 1806 aufgeführt. Sie wurde beifällig aufgenommen, allein Beethovens rücksichtsloses Benehmen war die Ursache, daß sie bald wieder bei Seite gelegt wurde. Er glaubte sich bezüglich der ihm zugesagten Dantieme betrogen und machte deshalb dem Baron Braun bittere Vorwürfe. Dieser suchte ihn von der Grundlosigkeit seines Argwohnes zu überzeugen und machte ihn darauf aufmerksam, daß bisher die obersten Ränge nur schwach besetzt gewesen seien, nach und nach würden diese sicher auch ihren Beitrag liefern. „Ich schreibe nicht für die Gallerien“, fuhr Beethoven den feingebildeten Cavalier ergrimmt an. Sprach's, nahm sich seine Partitur unter den Arm und — mit dem Fideleio war es wieder zu Ende.

Im Jahre 1814 wurde den Inspicienten der k. k. Hofoper Saal, Vogel und Weinmüller eine Benefiz-Vorstellung bewilligt; die Wahl der Oper wurde ihnen freigestellt, vorausgesetzt, daß sie eine Oper wählten, welche keine Kosten verursachte. Nun gab es aber damals in dem Repertoire keine einzige Oper, welche man ohne Kosten für das Institut hätte aufführen können; man erinnerte sich also des Fideleio, der diese für eine Theaterdirection sehr schätzenswerthe Eigenschaft besaß. Hätte eine Aufführung des Fideleio außergewöhnliche Kosten verursacht, er gehörte jetzt wahrscheinlich, um eine neuerdings in Cours gekommene Phrase zu gebrauchen, der Musikgeschichte an. Man ging Beethoven um die Herleitung an, der mit größter Uneigennützigkeit sich bereit erklärte, jedoch zuvor viele Veränderungen ausdrücklich bedingte. Georg Friedrich Treitschke, welcher damals als Regisseur und Theaterdichter am Käthnertheater fungirte, übernahm auf Beethoven's Wunsch die Umarbeitung des Textes, die bereits erwähnten 2 Nummern der ersten Bearbeitung (Duett und Terzett) wurden definitiv beseitigt, der Dialog durchweg gekürzt, der Schluß des ersten Finales (eine Arie Pizarro's mit Männerchor) wurde durch ein großes Ensemble ersetzt und das zweite Finale fast gänzlich neu bearbeitet und aus dem Kerker auf einen hellern grünen Platz des Schlosses verlegt. Der großen Arie der Leonore wurde die Einleitung „Abgeschlicher, wo eilst du hin“ vorgelegt; die Arie Florestan's erhielt den Schluß „Und spür' ich nicht linder, sanft säuselnde Luft“. Ueber die Entziehung der Composition des letztgenannten Sages erzählt Treitschke Folgen-

des: „Beethoven kam Abends gegen sieben zu mir. Nachdem wir anderes besprochen hatten, erkundigte er sich, wie es mit der Arie stehe? Sie war eben fertig, ich reichte sie ihm. Er las, lief im Zimmer auf und ab, murmelte, brummte, wie er gewöhnlich, statt zu singen, that — und rief das Fortepiano auf. Meine Frau hatte ihn oft vergeblich gebeten, zu spielen; heute legte er den Text vor sich und begann wunderbare Phantasien, die leider kein Zaubermittel festhalten konnte. Aus ihnen schien er das Motiv der Arie zu beschwören. Die Stunden schwanden, aber Beethoven phantasirte fort. Das Nachtesien, welches er mit uns theilen wollte, wurde aufgetragen, aber — er ließ sich nicht stören. Spät erst umarmte er mich und auf das Mahl verzichtend, eilte er nach Hause. Tages darauf war das treffliche Musikstück fertig.“ — Nachdem alle Textveränderungen endgültig fixirt worden waren, machte sich Beethoven an die Arbeit. Vieles mußte durchaus neu componirt werden, fast kein Stück blieb ohne einschneidende Veränderungen. „Ich versichere Sie, lieber Treitschke“, schreibt Beethoven, „die Oper erwirbt mir die Mätyrerkrone, hätten Sie sich nicht so viele Mühe damit gegeben, und so sehr vorthellhaft alles bearbeitet, wofür ich Ihnen ewig danken werde, ich würde mich kaum überwinden können — Sie haben dadurch noch einige gute Reste von einem gefrandeten Schiffe gerettet.“ In einem späteren Briefe heißt es: „Uebrigens ist die ganze Sache mit der Oper die mühsamste von der Welt, denn ich bin mit dem Meisten unzufrieden — und — Es ist beinahe kein Stück woran ich nicht hier und da meiner jetzigen Unzufriedenheit nicht einige Zufriedenheit hätte ankliden müssen.“ — Das ist nun ein großer Unterschied zwischen dem Falle, sich dem freien Nachdenken oder der Begeisterung überlassen zu können. — Nach allerhand Unterbrechungen wurde die Oper endlich fertig; die Generalprobe fand am 22. Mai, die Aufführung am nächsten Tage statt. Die Oper war trefflich eingelebt. Beethoven dirigirte, sein Feuer rief ihn oft aus dem Takte, aber Kapellmeister Umlauf lenkte hinter seinem Rücken Alles zum Besten mit Blick und Hand. Die meisten Musikstücke wurden lebhaft, ja tumultuarisch beklatscht und der Componist bereits nach dem ersten Act stürmisch vorgerufen und enthusiastisch begrüßt. Die Ouverture (E-dur) war nicht fertig geworden, man substituirt dafür eine ältere (die Angaben schwanken zwischen „Leonore“, „Prometheus“ und „Ruinen von Athen“); erst bei der zweiten Aufführung (am 26. Mai) wurde sie gespielt und mit rauschendem Beifall aufgenommen. Seit dieser Zeit hat sich der „Fideleio“ dauernd auf dem Repertoire erhalten.

Otto Zahn's Resumé über die drei Bearbeitungen des „Fideleio“

trat seine nicht gewöhnliche Begabung auf dem Gebiete der politischen Publicistik zu Tage und der jugendliche Beamte trat am Anfang der Sechziger Jahre in das Redaktionsbureau des officiösen „Boten“, von wo er später zur amtlichen „Wiener Zeitung“ überging, deren Chefredaction er durch eine Reihe von Jahren führte. Im Jahre 1868, erst 32 Jahre alt, war er bereits zum Sectionsrath avancirt, zwei Jahre später wurde ihm der Titel eines Hof- und Ministerialraths verliehen. Als Freiherr von Beust die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der österreichischen Monarchie übernahm, berief er Herrn von Teschenberg in das Ministerium, wo derselbe bei den mannigfachen diplomatischen Anlässen in Verwendung kam. Aus der Feder des zum Diplomaten gewordenen Journalisten stammt jene Note Beust's an den Vatican, welche, mit den Worten beginnend: „Rebus sic stantibus“... im Hinblick auf das proclamirte Unfehlbarkeitsdogma, durch welches die Stellung des einen Contrahenten eine wesentlich veränderte geworden sei, die Aufhebung des zwischen Pius IX. und dem österreichischen Kaiserthum abgeschlossenen Concordats einleitete. Noch mehr in den Vordergrund trat Herr von Teschenberg unter dem Regime des Grafen Andrassy, welches ihm mehrfach Gelegenheit bot, sich hervorzuthun. Er erschien auch an der Seite des österreichischen Ministers des Aeußeren im Jahre 1879 auf dem Berliner Congresse als dritter Bevollmächtigter Oesterreichs, nachdem ihm bereits drei Jahre zuvor der Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers erteilt worden war. Auf dem Congresse entfaltete er eine sehr rege Thätigkeit. Seitdem Graf Kalnoky an der Spitze des auswärtigen Amtes steht, gelangte der Name des Freiherrn von Teschenberg weniger in die Oeffentlichkeit.

[Telephonische Verbindung zwischen Brünn und Wien.] Aus Brünn wird berichtet: „Am 23. d., Nachmittags 4 Uhr, wurde die telephonische Verbindung Brünn's mit der Reichshauptstadt vollendet. In einem Zimmer des dritten Stockwerkes des Telegraphenamts-Gebäudes wurden die Apparate postirt. Man brachte eine Telegraphenleitung, auf welcher gleichzeitig mittelst der Telegraphen-Apparate Depeschen abgeschickt wurden, mit dem Sprech-Apparat in Verbindung. Die im Wiener Telegraphen-Bureau gesprochenen Sätze wurden vortreflich verstanden; ja man erkannte sogar, trotz der großen Entfernung, an der Stimme diejenige Person, welche sich in Wien beim Apparat befand und sprach. Obenjo war es umgekehrt der Fall. Freilich giebt es noch mehrere kleinere Hindernisse, insbesondere die Störung des Schalles durch das Geräusch in den Nebenleitungen u. s. w., zu überwinden. Die Versuche werden nunmehr durch mehrere Wochen fortgesetzt. Sobald alle nöthigen Vorbereitungen getroffen sein werden, wird das Telephon dem Publikum zur Benutzung übergeben.

Frankreich.

L. Paris, 24. Febr. [Das Doppelheim für deutsche Erzieherrinnen und Bonnen.] Das unter dem hohen Protectorat Ihrer kaiserl. Hoheit der Kronprinzessin des Deutschen Reichs stehende, hier eingerichtete Doppelheim für deutsche Erzieherrinnen und Bonnen ist nunmehr eröffnet worden. Dasselbe befindet sich in dem zu diesem Zwecke angekauften Hause, 21 Rue Brochant, in der Nähe des Squares von Batignolles. Bei der Einweihungsfeier waren außer dem Vorstande des Heims, bestehend aus den angesehensten Damen und Herren der deutschen Colonie, der kaiserliche Botschafter, Graf Münster, und seine Tochter Comtesse Marie zu Münster, die das Ehrenpräsidium im Vorstand übernommen hat, sowie der bayerische Geschäftsträger, Geheimer Legations-Rath von Reithner, anwesend. Die Feier begann mit dem gemeinschaftlich gesungenen Liede: „Nun danket Alle Gott“. Darauf ergriff Pastor Frisius das Wort zu einer Ansprache.

Nach dem von einigen Damen vorgetragenen Vortrage: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen“ sprach der Botschafter, Graf Münster, seine Freude darüber aus, daß er als einer seiner ersten Handlungen auf seinem neuen Posten die Einweihung dieser Anstalten vollziehen dürfe, und legte in längerer Rede dar, wie besonders die Deutschen solcher Anstalten in Paris bedürfen. Er wies auf die traurige Lage hin, in der sich die jungen Mädchen manchemal befänden, andererseits aber auch auf die Gefahr, die aus dieser Anstalt dahin erwachsen könnte, daß sich etwa viele dadurch verleiten ließen, die ohnehin schon übergroße Zahl der deutschen Mädchen, besonders der deutschen Erzieherrinnen in Paris, zu vergrößern. Ein- dringlich warnte er aber davor, nach Paris zu kommen, wenn man nicht für mindestens einige Monate Existenzmittel besitze, da es immer schwerer werde, hier Stellung zu finden. Mit dem herzlichsten Wunsche, das Haus möge Allen, die darin aus- und eingehen, zu einer Segensstätte werden, zu einem

Orte, von dem deutsche Geseßung und Bildung sich verbreite, schloß der Botschafter und erklärte das Haus für eröffnet. Die Anwesenden besichtigten nun das Haus, dessen unteren Stockwerke 14 Erzieherrinnen und dessen oberen Räume, völlig getrennt von den anderen, 30 Bonnen freundliche Unterkunft gewähren können. Mit Befriedigung erkannte die Versammlung die praktische und vortrefliche Einrichtung des Hauses an und sollte den Herren Tillmanns und Klattenhoff, die sich vornehmlich darum bemüht haben, einmüthigen Dank. Der zu zahlende Pensionspreis beträgt: für Erzieherrinnen 20 bis 25 Frs. wöchentlich, 75 bis 90 Frs. monatlich; für Bonnen 10 bis 14 Frs. wöchentlich.

Großbritannien.

London, 24. Febr. [Der Bericht] der von dem Minister des Innern, Childers, niedergelegten Commission zur Untersuchung des Verhaltens der Polizei während der Ruhestörungen im Westend am 8. d. M. ist nunmehr im Druck erschienen. Er füllt ein 80 Folio-seiten starkes Blaubuch. Die Commission fällt ein sehr strenges Urtheil über die Polizeiverwaltung. Die Vortehrungen der Polizei für die Kundgebung in Trafalgar Square werden als höchst unbefriedigend und mangelhaft bezeichnet. Die diensttuende Polizei auf dem Trafalgar Square war gänzlich unzureichend in Anbetracht des Charakters der Theilnehmer an dem Meeting und der Thatfache, daß ein Zusammenstoß zwischen zwei gegnerischen Parteien erwartet wurde. Weiter heißt es: „Die uns geschilderten Zustände auf dem Trafalgar Square, die an dem erwähnten Tage existirten, sind geradezu unbegreiflich. Der Obercommissar (Henderson) überwachte die Vorgänge in Civilkleidung, aber übernahm kein directes Commando und ertheilte während des Tages keine Instruktionen. . . Der Beamte, der die polizeilichen Vortehrungen leitete, war, da er von dem wogenden Pöbel hin und her geschoben wurde, außer Stande, Befehle zu ertheilen oder irgend welche Controle über die zu seiner Verfügung stehenden Mannschaften auszuüben.“ Oberst Henderson's Vertheidigung ist eine sehr lahme. Er gab zu Protokoll, er glaubte, das Volk werde den Trafalgar Square in östlicher und nicht in westlicher Richtung verlassen. Nichtsdestoweniger würden in Pall Mall 100 Polizisten bereit gewesen sein, den Tumultuanten zu begegnen, falls nicht der Bote, der diesen Befehl überbrachte, einen Irrthum begangen hätte, wodurch diese 100 Mann anstatt nach Pall Mall nach dem Mall und dem Buckingham-Palast dirigirt wurden. (Am 8. d. M. hatte man geglaubt, daß diese starke Polizeimannschaft eigens zum Schutz des Palastes requirirt worden.) Oberst Henderson glaubt übrigens nicht, daß die Plünderung der Läden im Westend geplant war. Der Bericht spricht die Ansicht aus, daß die Verwaltung und Organisation der hauptstädtischen Polizei einer gründlichen Untersuchung bedürfe.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 26. Februar.

Das Zustandekommen der Patronats-Ablösung der sechs evangelischen Gemeinden Breslau's dient dem „Kirchlichen Wochenblatt für Schlesien und die Oberlausitz“, einer von Herrn Pastor Weikert in Groß-Wandris bei Wertschütz in pietistisch-orthodoxem Sinne redigirten Wochenschrift, zum Anlaß, seinem Unmuth gegen den „protestantenvereins-freundlichen“ Magistrat Luft zu machen, „mit dessen Hilfe“ es dem Protestantenverein in Breslau gelungen ist, mit wenigen Ausnahmen die geistlichen Stellen mit Angehörigen seiner Partei zu besetzen. Auch die neugeschaffene dritte Stelle an St. Salvator sei „durch die erstaunliche Eile, mit der Herr Pastor Weiss aus Hirschberg hineingewählt wurde, dem Protestantenverein zugefallen.“ Das Alles werde nun, so hofft das Blatt, nach Durchführung des Patronatsrecesses und nachdem also der Magistrat auf das Bezeugungsrecht an den evangelischen Pfarrkirchen verzichtet haben wird, besser werden. „Es ist wahrscheinlich“, meint Herr Pastor Weikert in Groß-Wandris bei Wertschütz, der ja die Breslauer kirchlichen Verhältnisse genau zu kennen scheint, „daß die Pfarrwahlen in Zukunft, wenn die Gemeinden selber die Stellen besetzen, weniger schnell und glatt ihre Erledigung finden werden.“ Zu diesem Behufe hält es der Herr Pastor von Groß-Wandris für nöthig, daß sich die Gemeinden eifriger an den Wahlen in die Gemeindeförperschaften theilnehmen, als bisher. Alsdann werde es möglich sein, den Wünschen der „dem kirchlichen Freisinn abholden“ Gemeinde-

glieder Rechnung zu tragen und die Wahl solcher Geistlichen durchzuführen, „die auf dem Grunde der Bekenntnisse unserer Kirche stehen.“ Wir wundern uns darüber nicht, daß von einem orthodoxen Blatte den liberalen Geistlichen Breslaus bestritten wird, daß sie auf dem Grunde der Bekenntnisse der evangelischen Kirche stehen, denn es ist nun einmal eine Specialität der Orthodorie, daß sie sich allein als die privilegirte Inhaberin aller evangelischen Wahrheit betrachten, und diesen frommen Glauben wird man ihr schwerlich rauben können. Aber interessant ist es, daß die evangelische Bevölkerung Breslau's von Groß-Wandris aus ermahnt wird, dafür zu sorgen, daß in Zukunft Neuwahlen von Geistlichen „weniger schnell und glatt“ ihre Erledigung finden. Nun, wir hoffen, daß die evangelische Bevölkerung unserer Stadt den Versuch der Orthodorie, nach Vollzug der Patronats-Ablösung die Herrschaft an sich zu reißen, energisch abwehren wird und können deswegen über die Kriegserklärung des Herrn Pastors Weikert an den „protestantenvereins-freundlichen“ Magistrat und die protestantenvereinsliche Geistlichkeit Breslau's ruhig zur Tagesordnung übergehen. Was aber die gegen den Magistrat erhobene Unterstellung betrifft, als habe derselbe die Wahl des Herrn Pastors Weiss nur aus dem Grunde mit „erstaunlicher Eile“ betrieben, damit dieser protestantenvereinsliche Geistliche, und kein orthodoxer, in die dritte Stelle bei St. Salvator hineinkomme, so hätte sich Herr Pastor Weikert aus Breslau leicht die Bezeugung erholen können, daß die Wahl deshalb ohne die sonst in solchen Fällen übliche Langsamkeit des Geschäftsganges erfolgt ist, weil der Magistrat sich von der dringlichen Nothwendigkeit der baldigen Bezeugung der Stelle überzeugt hatte.

Unter den neuesten, der Stadtverordneten-Versammlung zugegangenen Vorlagen befindet sich auch eine solche, in welcher zur baulichen Verbesserung der Kämpf'schen Landzunge circa 6000 Mark gefordert werden. Wie nun das „Schiff“ erfährt, soll die Bezeugung dieser Landzunge unmittelbar oberhalb der Königsbrücke von der Oberstrombau-Verwaltung in Aussicht genommen sein, weil die Landzunge das Fahrwasser auf dem belebtesten und wichtigsten Theile des Unterwassers, hart am städtischen Packhofe, indem sie daselbe der Länge nach in zwei Theile zerschneidet, in sehr lästiger Weise verenge und eigentlich Niemandem sonderlich nütze, so daß ihre Abtragung als sehr billigenwerth bezeichnet werden müsse.

H. Vorschauverein zu Breslau, eingetr. Genossenschaft. Die am 25. d. M. in der Köslerschen Brauerei auf der Friedrich-Wilhelmsstraße abgehaltene Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende des Verwaltungsraths, Expeditions-Vorsteher Welker, u. A. mit der Mittheilung, daß im Laufe des vergangenen Jahres eine Veränderung im Verwaltungsrathe nicht stattgefunden. Die vorgeschriebenen Revisionen seien abgehalten worden und zwar als außerordentliche, so daß Niemand in der Verwaltung vorher Kenntniß davon gehabt habe. Das Resultat derselben sei ein sehr befriedigendes gewesen, höchst selten sei etwas und dann auch nur Unerhebliches zu monten gewesen; die Bücher seien stets correct geführt gefunden worden. Man könne nur sagen, daß die Direction, sowie die Beamten, ihre volle Schuldigkeit gethan haben. Die Jahresrevision sei am 28. und 29. December v. J. erfolgt. Herr Frost verlas den Revisionsbericht, laut dessen nichts zu erinnern gefunden wurde. Auf Grund des Berichts wird der Verwaltung Decharge ertheilt. Von der Verlesung des Geschäftsberichts pro 1885, von welchem wir an dieser Stelle bereits Mittheilung gemacht, wird Abstand genommen. Gegenüber dem Vorschlage der Verwaltung, eine Dividende von 7 pCt. zu vertheilen, beantragt Herr Glöcksmann eine Vertheilung von nur 6 pCt. und die Ueberweisung des Ueberschusses an den Reservefonds. Seit dem Jahre 1878 sei die Mitgliederzahl fortwährend herabgegangen und der Reservefonds habe sich von 110 173 M. auf 91 833 M. vermindert. Durch das Sinken der Mitgliederzahl werde das Risiko der zeitigen Mitglieder immer größer. Diefelben müßten sich deshalb dadurch schützen, daß sie den Reservefonds so viel als möglich stärkten. Der Vorsitzende erklärte, Vorstand und Verwaltungsrath wären vollständig damit einverstanden, daß eine geringere Dividende vertheilt und der Ueberschuß dem Reservefonds zugewiesen werde. Was das Ausschreiben der Mitglieder anlangte, so seien es meist solche, welche ein volles Mitglieder-Guthaben gehabt und die mit dem Vereine sonst keine Geschäfte machten. Nach kurzer weiterer Debatte wird die Dividende von der Versammlung auf 7 pCt. festgesetzt. Im Uebrigen werden die Vorschläge der Verwaltung bezüglich der Vertheilung des noch verbleibenden Gewinns in der früher mitgetheilten Weise genehmigt. Die für Volksbildungszwecke bewilligte Summe von 300 M. soll mit der reservirten gleich hohen Summe vom vorigen Jahre zur Gründung einer Freistelle an der Sonntag- und Abendschule hieselbst verwendet werden. Der Marimalzinsfuß wird hierauf, wie bisher, für Darlehen auf 6%, pCt., für Prolongationen auf 8 pCt. festgesetzt. Die Wahl von Delegirten für den allgemeinen und Unter-Verbandsstag wird dem Vorstande überlassen. Die Dividende von 7 pCt. gelangt vom 1. bis 3. März incl. im Sitzungssaale des Verwaltungsraths (gegenüber der Vereinskasse), in der folgenden Zeit an der Vereinskasse zur Auszahlung. Für das nächste Jahr wird (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

lautet: „Eine aufmerksame Vergleichung wird Jedem zeigen, daß im Allgemeinen die erste Bearbeitung nicht nur die längste, sondern auch die größte war. Wenn es nicht zu läugnen ist, daß an einigen Stellen Längen durch die zweite Bearbeitung beseitigt worden sind, so stand doch Beethoven bei dieser Operation, die er gegen seine Ueberzeugung und Neigung vornahm, zu sehr unter dem Gebot des absoluten Kürzens. Mehrere Stücke sind dabei fast verflümmelt, und eine Anzahl kleiner Kürzungen von einem oder wenigen Tacten hat doch dem Rhythmus, der Harmonie und dem Ausdruck Schaden gethan. Einige dieser Uebelsände sind in der dritten Bearbeitung wieder beseitigt, allein es ist zu bedauern, daß Beethoven dabei nicht die erste zu Grunde gelegt hat. Ueberhaupt stand Beethoven diesem Werke damals schon zu fern, um ihm ganz gerecht zu werden; wie sich denn auch in den damals neu componirten Sätzen ein merklich verschiedener Ton erkennen läßt. Es wäre aber zu wünschen, daß diese Erkenntniß, wenn sie sich als die richtige bewährt, einen praktischen Erfolg gewinne, und die von der Bühne verbannten Stücke, sowie einige der unbillig verkürzten in ihrer wahren Gestalt wieder auf derselben Zutritt finden. Beethoven's Musik, und ganz besonders sein Fidelio, haben gegenwärtig das Ansehen bei dem musikalischen Publikum, daß man diese Rehabilitation dankbar anerkennen und sich des erhöhten Genusses freuen wird.“ — Ob die in den letzten beiden Sätzen ausgesprochenen Ansichten und Wünsche nicht nur rein theoretischer Natur, sondern in der lebendigen Praxis begründet sind, werden diejenigen, welche Beethoven's Fidelio ein tieferes Interesse entgegenbringen, in der bevorstehenden Aufführung unschwer beurtheilen können.

Geschichte des Culturkampfes in Preußen-Deutschland von Dr. Paul Majunke. Verlag von Ferdinand Schöningh, Paderborn und Münster.

Von diesem bereits vor einiger Zeit angekündigten Werke ist soeben die erste Lieferung erschienen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß unter den zahlreichen Schriften, welche der Culturkampf während seiner langjährigen Dauer haben wie drüben gezeitigt hat, die vorliegende eine der interessantesten sein wird, denn der Verfasser hat als einer der freiesten Diener der Ecclesia militans in der vordersten Reihe der Kämpfer gestanden; seine Darstellung hat daher einerseits ungeheuren Werth, den Schlachtenberichte aus der Feder von Augenzeugen haben. Andererseits aber wird man gerade wegen dieses Verhältnisses des Verfassers zu seinem Stoff in seine absolute Objectivität gelinde Zweifel setzen dürfen; es wäre geradezu ein Phänomen, wenn Jemand, der so ganz und gar Parteimann war und noch ist, bei dem Niederschreiben eines

Werkes, das doch auch eine Geschichte seiner Partei ist, den alten Parteipöbel plötzlich auszuheilen im Stande wäre. Ein derartiges Unicum unter den Geschichtsschreibern ist denn auch Herr Dr. Majunke keineswegs. Im Gegentheil, er nimmt schon auf der ersten Seite seines Buches Gelegenheit, unverblümt zu verweisen zu geben, von welchem Standpunkt aus er die Geschichte des Culturkampfes zu schreiben gedenkt. Er führt ihn auf als einen Kampf der Verirrten gegen die unerschütterliche Autorität der katholischen Kirche. Diese Kirche habe in den verschiedensten Ländern die schwersten Schläge erfahren müssen, aber Alles sei immer wieder zu ihrem Heile ausgefallen, „und nicht trotz, sondern wegen des „Culturkampfes“ wird auch das protestantische Deutschland seine Rückkehr zur Mutterkirche beschleunigen.“ (Seite 1, Zeile 20 ff.) Nachdem der Verfasser auf diese Weise deutlich hat durchblicken lassen, daß sein Buch lediglich ad majorem Ecclesiae gloriam geschrieben werde, widmet er den Ursachen des Culturkampfes seine Aufmerksamkeit. Er findet dieselben in den Traditionen des preußischen Staates. Das Lebenselement des brandenburg-preussischen Staates sei der Protestantismus gewesen. Dies habe schon Friedrich I., der erste preussische König, voll und ganz begriffen; wenn er auch habe zur katholischen Kirche zurückzukehren wollen, so habe er doch aus Staatsraison seine Nachfolger ermahnen müssen, die evangelische Religion aufrecht zu erhalten, „weil durch die Reformation und die dabei säcularisirten Fürstenthümer die Macht Unseres Hauses merklich angewachsen ist und dannher, wenn der Papst wieder die Oberhand gewinnen sollte, Unser Haus dabei nothwendig an seiner Grandeur ein großes Abnehmen würde erleben müssen.“ Der Antagonismus gegen die katholische Kirche sei daher im preussischen Staate eine Art politischen Glaubensbekenntnisses geworden. Als mit der Eroberung Schlesiens und der Erwerbung eines Theils von Polen unter Friedrich II. ansehnlichere katholische Bruchtheile zur Bevölkerung Preußens hinzugekommen waren, habe auch Friedrich II. nicht im geringsten die staatsrechtliche Praxis seiner Vorgänger geändert, sondern dieselbe im Gegentheil „durch den willkürlichen Despotismus verstärkt, der noch viel größere Dimensionen angenommen haben würde, wenn nicht Rom dem Könige wiederholt in den Weg getreten wäre.“ Das Allgemeine Landrecht nehme in seinem kirchenpolitischen Theile keine Rücksicht auf Verfassung und Jurisdiction der katholischen Kirche; es behandle diese gleich der protestantischen als Staatskirche und sei „für den absoluten Staat daselbe, was die späteren Maßregeln für den „constitutionellen“ sein sollten.“ Die katholische Kirche sei — so behauptet der Verfasser — gegenüber der „Landeskirche“ stets das Stiefkind gewesen und so habe es, bei dem immer mehr zunehmenden bürokratischen Uebergriffen“ nicht berenden können, wenn diese zuletzt im Kölner Kirchenfreit in Sachen der gemischten Ehen sich krystallisirten. Friedrich Wilhelm IV. habe die protestantischen Traditionen abbrechen wollen (katholische Abtheilung), aber die Minister hätten dieselben trotzdem fortgesetzt. In der Verfassung seien der katholischen Kirche zuerst kirchliche Grundrechte bewilligt worden, die Verfassung sei jedoch später wieder vielfach durchlöchert worden, was in einem besonderen Capitel „Die kirchenrechtlichen Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde und die durch den augenblicklichen Stand der Gesetzgebung herbeigeführten Veränderungen“ ausführlich dargelegt wird. Das Jahr 1852 führte, wie in dem weiteren

Verlauf der Darstellung des Verfassers constatirt wird, zur Entstehung der „katholischen Fraction“, zu welcher den äußeren Anlaß das vertrauliche Manuscript, betreffend die Beaufsichtigung resp. das Verbot von Missionspredigten und das Verbot des theologischen Studiums auf Anstalten, welche von Jesuiten geleitet wurden, gegeben haben sollen. Nach einem kurzen Rückblick auf die Situation der katholischen Kirche unter der Regentenschaft beschäftigt sich der Verfasser mit der Persönlichkeit Bismarck's, den er zunächst auf seine religiöse Ueberzeugung prüft. Er gelangt dazu, denselben für einen gläubigen evangelischen Christen zu erklären, dem der Culturkampf schon während des badiischen und nassauischen Kirchenstreits im Sinne gesteckt habe. Herr Dr. Majunke führt zum Beweise dessen ein aus dem Jahre 1853 datirendes vertrauliches Schreiben Bismarck's an den Minister von Montau, in welchem es heißt: „Alle Umstände weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Zwistigkeit der badiischen Regierung und dem Erzbischof von Freiburg handelt, sondern um die Sache aller protestantischen Obrigkeiten gegenüber dem streitbaren, unerfährlichen und in den Ländern evangelischer Fürsten unverföhligen Geiste, welcher seit dem letzten Jahrzehnt einen Theil des katholischen Clerus besetzt, ein Geist, für welchen erlangte Concessionen stets die Basis neuer Concessionen bilden, und dessen Forderungen jede Regierung zu berücksichtigen im Stande nehmen muß, weil die Erfahrung lehrt, daß der Friede mit ihm ohne Einräumung unumfänkter Allein herrschaft nicht erreichbar ist.“ In einem ferneren Capitel sucht der Verfasser die deutsche und auswärtige Politik Bismarck's als eine Fortsetzung der „alten preussischen Culturkampfpolitik“ zu kennzeichnen. Den Krieg von 1866 glaubt der Verfasser „in gewissem Sinne“ einen Religionskrieg nennen zu sollen. Wenn Bismarck nicht unmittelbar nach diesem Kriege den Culturkampf in Scene gesetzt habe, der in den siebziger Jahren entbrannte, so sei dies nur geschehen, weil es vor der Herstellung des geeinten deutschen Reiches nicht zweckmäßig gewesen sei, mit den Katholiken auf Kriegsfuß zu bleiben. Das nächste Capitel dient dazu, auch den „Nationalverein“ als eine culturkämpferische Armee hinzustellen. Doch bricht hier das erste Heft des Werkes ab. Inbessen wird das, was der Verfasser auf den ersten 64 Seiten seines Buches dargestellt, schon hinreichen, eine Fluth von Leitartikeln in der Presse gegen ihn andringen zu lassen. Vor Allem wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ viel zu thun bekommen.

Einen dem Dr. Majunke'schen entgegengegesetzten Standpunkt nimmt der Verfasser der vor Kurzem in der Kenger'schen Buchhandlung (Gebhardt und Wilsch) in Leipzig erschienenen von Dr. G. Wiermann verfaßten „Geschichte des Culturkampfes“, Ursprung, Verlauf und heutiger Stand“ ein. In diesem Werke wird der Kampf nach folgenden Stadien geschildert: Die Anfänge des Streits unter Minister von Mühler; Dr. Falk's erstes Vorgehen; die Maßregeln; der erste Nachwuchs der Maßregeln; der Abschluß der Gesetzgebung; Gegner und Bundesgenossen Preußens im Culturkampf; die Pause in der Gesetzgebung und Friedensversuche; das erste Friedensgeheiß; das zweite Friedensgeheiß; die letzten Jahre. Das Buch ist überaus reich an historischen Actenstücken. *

Die Verlobung meiner Tochter
Bertha mit dem Kaufmann Herrn
Natan Schäffer aus Politz beehre
ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Wünselburg, den 22. Febr. 1886.
[3706] S. Buchbinder.

Bertha Buchbinder,
Natan Schäffer,
Verlobte.

Wünselburg. Politz.

Selma Frost,
Heinrich Gorzelanczyk,
Verlobte.

Krotoschin. [2972] Samter.

Die Geburt eines kräftigen Mäd-
chens zeigen statt jeder besonderen
Meldung hierdurch hoch erfreut an
Oscar Kliche und Frau
[3719] Clara, geb. Schneider.
Breslau, den 26. Februar 1886.

Die glückliche Geburt eines
munteren Jungen zeigen hoch-
erfreut an
[1310]
Gustav Robinsohn,
Jenny Robinsohn,
geb. Epstein.
Lößnitz-Dresden,
22. Februar 1886.

Die Geburt eines Knaben zeigen an
Martin Pulvermann
[2706] und Frau
Clara, geb. Landé.
London, 25. Februar 1886.

Die glückliche Geburt eines
kräftigen munteren Jüngens zeigen
hoch erfreut an
[3689]
Dr. Carl Guttmann
und Frau.
Dortmund, den 25. Februar 1886.

Die heute erfolgte Geburt eines ge-
sunden Mädchens zeigen ergebenst an
Rechtsanwalt Sante und Frau.
Sabrye D/S., den 25. Febr. 1886.

Gestern Nachm. wurde uns ein
Sohn geboren, den uns aber bald
nach der Geburt der Tod wieder ent-
riß. Tiefbetrußt widmen diese An-
zeige statt jeder besonderen Meldung
allen Verwandten und Bekannten.
Dr. Beier,
Melanie Beier, geb. Rißmann.
Neumarkt, den 26. Februar 1886.

FF!

Unterfertiger C. C. erfüllt hiermit
die traurige Pflicht, seine lieben a. S.
a. S. und i. a. C. B. i. a. C. B. von
dem am 23. II. 86 zu Ratibkau er-
folgten Ableben seines lieben a. S.

Dr. med. Mittmann
(Saxoniae und Borussiae)
geziemend in Kenntnis zu setzen.
Der C. C. der Silesia.
J. M.: [2999]
Fellmann x x x.

Am 25. d. M. verschied unser
Mitglied Herr
[3696]
Victor Fennigstein.

Wir werden demselben ein
treues Andenken bewahren.
Breslau, den 26. Febr. 1886.
Der Vorstand
d. Stellen-Nachweis-Vereins
jüdischer Kaufleute.

Bier-Versand

in
Fässern und Flaschen
aus den best renommierten
Brauereien empfehlen loco
frei ins Haus
geliefert von 3 Mark ab:
25 Fl. Lager-Bier
v. E. Januscheck, Schweidnitz,
unter nebenstehender



25 Fl. Tafelbier von C. Kipke.
20 Fl. Dresdener Wald-
schlösschen.
20 Fl. Grätzer Bier.
15 Fl. Böhm. Lagerbier.
12 Fl. Pilsener Lagerbier,
I. Pilsen. Act.-Brauerei.
12 Fl. Culmbacher Exportb.
12 Fl. Münchener Spatenbr.
von Gabriel Sedlmayr.
6 Fl. Englisch Porter.
5 Fl. Englisch Ale.
Einlage pro Flasche 10 Pf.

Auswärtige Bestellungen,
jedoch nicht unter 50
Flaschen, werden prompt
erledigt. [2967]

Bestellungen innerhalb
der Stadt erbitten frankirt
per Stadtpost.

M. Karfunkelstein & Co.,
Hoflieferanten,
Breslau,
Schmiedebücke Nr. 50.
Stadt-Fernsprechstelle Nr. 87.

Um vor Eintreffen der

Frühjahrs-Neuheiten

mit älteren Beständen zu räumen, stelle bis 15. März
a. c. an allen Lägern grössere Partien zu sehr zurück-
gesetzten festen Preisen gegen Baarzahlung zum Ausverkauf.

D. Immerwahr,
Hoflieferant, Ring 19. [1316]

Zoologischer Garten.

Heute Sonnabend, vorletzter Tag der

Schaustellung der Bella-Coola-Indianer
und Concert der Saro'schen Capelle.

Anfang des Concerts 4 Uhr, Eintrittspreis wie gewöhnlich. [2783]

Schweidnitzer Thor-Bezirksverein.

Außerordentliche General-Versammlung.

Heute Sonnabend, den 27., Ab. 8 Uhr, im Bresl. Concertsaal (obere Saal).

Beschlussfassung über eine an das Abgeordnetenhaus schlenntigt
zu richtende Petition um Verlegung der Verbindungsbahn.

Der Vorstand. [1314]

(Verspätet.)

Am 19. d. Mts. verschied nach langem, schweren Leiden
unsere innigstgeliebte Frau, Mutter, Schwieger-, Grossmutter,
Schwägerin und Tante,

Fran Riekel Ledermann, geb. Speyer,
im 72. Lebensjahre.

Schmerz erfüllt zeigen dies statt besonderer Meldung an

Die Hinterbliebenen.

Grätz, Breslau, Berlin, 24. Februar 1886. [3692]

Heute früh 3 Uhr verschied mein herzensguter Gatte, unser
heissgeliebter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder und Onkel,

der Kämmerer und Steuer-Receptor

Carl Werner,

was, um stille Theilnahme bittend, schmerz erfüllt anzeigen

Die tiefbetrußten Hinterbliebenen.

Borek, den 25. Februar 1886. [3714]

Sonntag Eröffnung.

Grosse internationale

Gemälde-Ausstellung

in den Ausstellungs-Räumen im Museum

von Theodor Lichtenberg, Breslau.

Täglich geöffnet von 10 bis 4 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.
Eintritt 1 Mk. — Abonnenten frei.

Die Ausstellung enthält Bilder von Andreas und Oswald
Achenbach, Hans Makart, E. Vautier, L. Knauss,
F. Vinen, Tito Conti, Hugo Kaufmann, Fr. Aug.
Kaulbach, Anton Seltz, Gab. Max, C. Jutz,
Blume-Siebert, Paul Böhm, Ernst Zimmermann,
F. Schlesinger, W. Kray, J. Lowatti, Fr. Fried-
länder, G. Keller, Hugo Mühlh, P. Meyerheim,
C. Schultze, J. Fahrbach, J. Anders, W. Ko-
walski und noch viele andere bedeutende Meister der Neuzeit,
ferner das sensationelle Wandgemälde von

Faber du Faur, München:

„Ambulance einer Barrikade vor Paris“,

sowie auch

Prof. Francesco Beda, Florenz:

„Huldigung der neuen Favoritin“.

Dauer der Ausstellung 10 Tage.

Kataloge werden an der Kasse ausgegeben. Sämmtliche Ge-
mälde werden zu sehr mässigen Preisen verkauft. [3000]
Theodor Lichtenberg.

Specialität:

Morgenkleider und Matinées

in größter Auswahl zu billigsten Preisen. [1585]

Adolf Zernik, Schweidnitzerstr. 37, 1. Etage,

vis-à-vis Erich & Carl Schneider.

Tricot-Stoffe

[2657]

sind in allen Farben wieder am Lager. Tricot-Tailen,
Kleidchen u. Anzüge verfaue für die Hälfte wegen Aufgabe.
M. Charig, Ohlauerstraße Nr. 2,
an der Apotheke.

Kein schales Bier mehr!
[2994]



Neu!!!

Patent-Portemonnaie

empfiehlt, mit extra Gold-
maschine, aus einem Stück
Leder gearbeitet, 3 Mk., nach
sämmlichen Post-Anstalten
Deutschlands 3 Mark 20 Pf.,
vorherige Einsendung des Be-
trages in Briefmarken

Löwy's

Lederwaaren-Fabrik,
36, Schweidnitzerstr. 36,
im Prachtbau. [2278]

In allen neuen Farben

Perlen

Perl-Gallons, Tüll, Spitzen,
Perl-Spigen, Befah-Knöpfe,
Perl-Agraffen, Metall-Schlösser,
Perl-Tüll, Treffen, Soulage,
Perl-Tabelliers, Schnüre, [2358]
von Pons.

Proben versende gratis
und franco.
Stoffproben erwünscht.

J. Fuchs junior,
Ohlauerstraße 20.

Neu!!

Die berühmte Nickeluhrkette,
welche sich in einigen Sekunden als
Schreibzeug mit dazu gehörigem
Federhalter verwandeln lässt, empfiehlt
en gros & en détail zu billigsten
Preisen [3720]
Jacob's Gal.-Baar.-Bazar,
Neuschestr. 55.



Spitzen.

Farbige Spitzen

aller Art.



Perlen.

Perlenbesätze,

Perlen

aller Art.

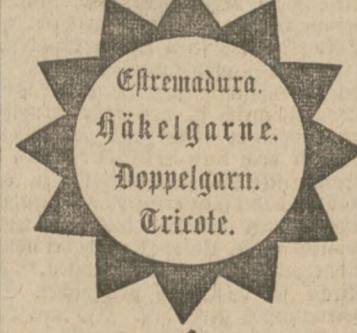


Strümpfe,

Strümpflängen,

Kinderstrümpfe.

[2980]

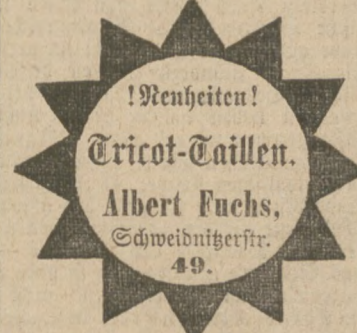


Estremadura.

Häkelgarne.

Doppelgarn.

Tricote.



!Neuheiten!

Tricot-Tailen.

Albert Fuchs,

Schweidnitzerstr.

49.

Ein gebrauchtes Harmonium, zwei-
spiellig, wie neu, für 350 M. ist zu
verkaufen im Pianomagazin Theodor
Lichtenberg, Schweidnitzerstr. 36.

Ball-Haus, Berlin, I. Rang.
Jeden Abend: Ball. Fremdes
empfohlen (Schenswürdigkeit).

Herrmann Freudenthal,

Schweidnitzerstrasse 50,

Magazin von Haus- und

Küchengeräthen

best existirender Qualität.

Vorteilhafteste Einkaufsquelle

completer Küchen-Ausstattungen zu

jedem gewünschten Preise. [1262]

Fabriklager schönster und hellbrennender Lampen.

Gelegenheitskäufe

hohleganter Neuheiten in Kleiderstoffen,

haltbarste Qualitäten,

3/4 breit Mtr. 90 Fig., 3/4 breit Mtr. 75 u. 90 Fig.,

deren Breite fast die dreifache sind,

empfiehlt, so lange der Vorrath reicht [2970]

N. Berger,

Seidenwaaren- und Kleiderstoff-Specialität,

Ring 50, Raschmarktseite.

Julius Hainauer,

Breslau,

Schweidnitzerstrasse 52.

Musikalien-

Leih-Institut.

Leih-Bibliothek.

Journal-Lese-Zirkel.

Abonnements

können von jedem Tage ab beginnen.

Kataloge leihweise. Prospekte gratis.

Bücher-Ankauf!

Baginsky's Buchh., Albrechtsstr. 12.

Neueste

Wiener und Pariser

Hutfacons

für

Tüll- und Spitzenhüte

bei [2957]

Eugen Loewi,

Schweidnitzerstr. 51,

I. Etage,

Eingang Junkernstrasse.

Tapeten.

Billigste Bezugsquelle

für jedes Genre vom einfachsten bis

zum feinsten, in neuesten Mustern

und reichhaltiger Auswahl empfiehlt

Joseph Schlesinger,

Junkernstr. 14/15, Goldne Gaus,

und Klosterstraße 5.

Muster franco. [3314]

Herz & Ehrlich, Breslau.

Stahl-Stachel-Zaundraht

mit fest eingesetzten Stacheln

der bekannten dreidrähtigen

Qual. (andere Systeme haben nur

2 Drähte), per 100 Meter

in Röllchen à 50 Meter . . M. 8,00

in Haseln à 250 od. 500 Meter = 7,25

bei mindestens 1000 Meter = 6,25

Drathseile für Dampf-Pflüge

und industrielle Zwecke, sowie

Spalierdrähte etc.

Rohe und verzinkte

Geflechte und Drähte.

Verzinkte Geflechte sind vorrätig

in Rollen à 50 Meter Länge und

1 Meter Breite in Maschenweiten von

76 51 41 32 25 19 mm

0,48 0,47 0,56 0,63 0,71 0,83 M.

per laufenden Meter. Im Ausschnitt,

also bei Entnahme von weniger als

1 Rolle, treten 10% Aufschlag dazu.

Hohe Zäune für Wildpark-

anlagen u. dgl. bei 2 Meter Höhe

per Ruthe von M. 3,50 ab. [2829]

Herz & Ehrlich, Breslau.

Höhere Clavier-Schule.

Sonorar monatlich 4 Mark (prän.)

Anf. täglich. Ohlauerstr. 67, 2 1/2 Et.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

der Termin der Auszahlung der Dividende bereits im Jahresberichte mitgeteilt werden. Nach dem inzwischen festgestellten Resultat der Neuwahl von Verwaltungsrathsmitgliedern sind die Herren: Badeanstaltsbesitzer und Armendirector Anders, Schneidermeister H. Casperke, Kaufmann Wolf Sohn, Kaufmann S. Friedberg, Tischlermeister Ferd. Großkopf, Maurermeister F. Kolbe, Agent und Concipist Paul Schneider und Kaufmann und Schneidermeister C. Stabe wiedergewählt worden.

X. Studentenversammlung. Am 25. d. M. fand im Auditorium maximum der hiesigen Universität eine Versammlung der nicht incorporierten Studenten statt, welche von einem zu diesem Zwecke zusammengetretenen Comité einberufen war. Den Vorsitz führte Herr stud. jur. Warmbrunn. Nachdem das aus Anlaß der studentischen Feier des Regierungszubilaums i. J. gewählte Comité von seiner Thätigkeit Rechenschaft abgelegt hatte, verlas der Vorsitzende eine vom akademischen Turnverein an das einberufende Comité ergangene Aufforderung, Vertreter in die Commission zu entsenden, welche Vorberatungen über die Constatuierung eines Ausschusses der gesammten Studentenschaft Breslaus veranstalten soll. Zu diesem Zwecke wurden nun sechs Vertreter aus der Mitte der Versammlung gewählt. Sodann wurde der Statutenentwurf zur Gründung eines Ausschusses der allgemeinen Studentenschaft (d. i. der nicht incorporierten Studenten) verlesen, welcher im Allgemeinen in der vom Comité unterbreiteten Fassung angenommen wurde. Späterhin wird eine zweite Lesung der Statuten erfolgen. Dieselben werden alsdann dem Rector magnificus zur Genehmigung vorgelegt werden. Nach erfolgter Genehmigung wird der Ausschuss voraussichtlich im nächsten Semester seine Wirksamkeit beginnen.

*** Lob-theater.** Ernst von Wilbenbruch wird die letzten Proben seines neuen Stückes „Die Herrin ihrer Hand“ selbst abhalten und am Sonntag der ersten Aufführung beiwohnen.

*** Orchesterverein.** Es wird uns geschrieben: „Das nächste Orchesterconcert bringt außer der Egmont-Ouverture die vor einigen Jahren bereits mit so vielem Beifall ausgenommene Serenade von Fuchs für Streichorchester; es ist gewiß dem größten Theil der Vereinsmitglieder dieses durch seinen melodischen Gehalt, wie durch seine technische Behandlung gleich hervorragende Werk des Wiener Componisten in freundlicher Erinnerung. Ferner wird der Abend die Gelegenheit bieten, unseren geschätzten Mitbürger Herrn Ernst Flügel als Solisten zu begrüßen. Herr Flügel wird das hier seit Jahren nicht gehörte Schumann'sche Clavierconcert spielen. Den Schluss des Concerts bildet die durch die Mitwirkung des Flügel'schen Gesangsvereins ermöglichte Wiedergabe der Mendelssohn'schen Walpurgisnacht. Es darf wohl nach den Leistungen des Vereins erwartet werden, daß die diesem unergänzlichen Werke innewohnende Frische und Schönheit zu vollem Ausdruck gelangen werden.“ Wir können ferner mittheilen, daß Herr Dr. Johannes Brahms im letzten Concert dieser Saison seine neueste noch unedirte Symphonie zur Aufführung bringen wird, was jedenfalls als ein höchst erfreuliches musikalisches Ereignis bezeichnet werden muß.

*** Herr Miranda,** von dessen demnachstigen Wiederauftreten wir kürzlich berichtet, wird im Vereine mit mehreren Künstlern und Künstlerinnen auf seiner Tournee durch Deutschland am 3. und 4. März im großen Saale der Neuen Bräue concertiren. Die Concerte sollen, wie uns von der Musikalienhandlung von Herrn. Franz, Schloßhölle, welche auch den Villetverkauf übernommen hat, mitgeteilt wird, zum Besten der Armen Breslaus stattfinden.

!! Recitationsabend von Friedrich Culau. Im Kreise des kaufmännischen Vereins „Union“ recitierte am Donnerstag Abend Herr Friedrich Culau den „Meisterdieb“ von Arthur Fitger. Der Recitator verfügt über ein klangvolles, modulationsfähiges Organ, das ihn befähigt, die Gestalten der anmutigen Dichtung gleichsam lebend vor uns treten zu lassen. Besonders gut gelungen waren diejenigen Charaktere, bei deren Darstellung sich das Organ in der höheren Stimmlage bewegen konnte. Nach dem Gehörten darf behauptet werden, daß Herr Culau unter den Recitatoren der Gegenwart einen hohen Rang einnimmt. Wie wir hören, wird Herr Culau sich in nächster Zeit vor einem größeren Kreise hören lassen. Ohne Zweifel darf er eines günstigen Erfolges sicher sein.

*** Zoologischer Garten.** Die Schaulust der Bella-Coolas-Indianer findet nur noch Sonnabend und Sonntag statt, am letztgenannten Tage bei öftlichem Eintrittspreis (30 Pf. und 10 Pf.). — Am Sonnabend wird mit der bezeichneten Schaulust ein Extra-Concert der Caro'schen Capelle verbunden sein; am Sonntag dagegen wird wiederum im Freien (am Elephantenhause) zunächst ein Schneeschuh-Wettlauf der Indianer und um 5 Uhr die freiwillige Verbrennung eines Schamanen (Zauberers) veranstaltet werden. (Siehe Inserat.)

—d. Bezirksverein für den östlichen Theil der inneren Stadt. Die letzte Versammlung eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Kaufmann S. Edeyde, mit der Mitteilung, daß nach einer Mitteilung des Magistrats die Stufenanlage in der Passage an den kleinen Fleischbänken und in der Kupferschmiede beseitigt werden solle, sobald die Witterungsverhältnisse dies gestatten würden. Hierauf hielt Herr Dr. med. Kabierske jun. einen Vortrag über „die Ernährung der Kinder im Säuglingsalter“. Der Vortragende begründete zunächst die Wahl seines Themas unter Hinweis auf die entsetzliche Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahre. Er entwickelte sodann die Principien einer rationellen Ernährung im Säuglingsalter und wies demnachst darauf hin, daß behördlicherseits dem bisherigen traurigen Zustande entgegenzutreten thäte. Zum Schluß plaidierte Redner dafür, daß die Communal-Verwaltungen ihrerseits die Errichtung von Kindermilchanstalten in eigene Hände nehmen sollten. Die Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall. — Kaufmann Bergmann berichtete demnachst über den Stand der Frage, betreffend die Errichtung einer Sterbekasse innerhalb des Vereins, welche den Zweck haben sollte, bei Todesfällen die Hinterbliebenen der Sterbefassen-Mitglieder zu unterstützen. Der Beitritt der Vereinsmitglieder soll ein facultativ sein. Auch den Frauen der Vereinsmitglieder solle der Beitritt gestattet sein. Der Beitrag ist vierteljährlich auf 1 Mark bemessen. Bei 400 Kassennmitgliedern sollen bei einem Todesfälle die Hinterbliebenen 100 M., bei 500 Mitgliedern 125 M., bei 600 Mitgliedern 150 M. erhalten. In den ersten 3 Monaten nach dem Beitritt in die sog. Carenzzeit, werden Sterbegelder nicht ausbezahlt. Die Kasse soll nur bei einer Beteiligung von 400 Mitgliedern ins Leben treten. Ein bezüglicher Prospect soll an sämtliche Vereinsmitglieder gefandt werden. Aus der Beantwortung der gestellten Fragen will der Vorstand erfahren, wie sich die in der Versammlung nicht anwesenden Mitglieder zu dieser Angelegenheit stellen. — Die eingelaufenen Fragen, mit denen sich der Vorstand erst noch näher befassen wird, streben an die Durchlegung der Seminarfrage nach dem oberen Bär; die Herstellung eines besseren Pflasters auf der Neuen Gasse Nr. 6 bis 15; eine dreimalige freie Consultation eines Rechtsanwalts im Laufe des Jahres resp. eine häufigere Consultation zu ermäßigter Taxe und endlich eine würdigere Ausstattung der Armenbegräbnisse.

—d. Der Schweidnitzer Thor-Bezirksverein wird am Sonnabend, den 27. d. M., Abends, im oberen Saale des Breslauer Concerthauses eine außerordentliche Versammlung abhalten, in welcher ein Referat in Sachen der Verbindungsbahn erstattet werden soll. Im Anschluß hieran wird über eine vorzulegende, an das Abgeordnetenhaus schleunigst zu richtende Petition um Verlegung der Verbindungsbahn Beschluß gefaßt werden.

=ß= Von der Oder. In Folge der anhaltenden Kälte ist das Wasser bedeutend gefallen und der Eisstand hat sich nimmend bis über das Strauchwehr ausgedehnt. Das von dem Bauunternehmer Herrn Koller aus den Filtern der städtischen Wasserwerke entnommene Eis, welches augenblicklich für die Eiskellereien keinen Abgang mehr findet und etwa 2—300 Fußren ausmacht, wird auf dem am Schlunge befindlichen freien Lagerplatz, ca. 4 Meter hoch aufgestapelt. Der sich aufstürmende „Eisberg“ soll zum Schutz gegen die Witterungseinflüsse mit Stroh und anderen schlechten Wärmeleitern bedeckt werden.

*** Die Hochwasser-Telegramme** werden fortan auch nach Stationen unterhalb Breslau versendet werden. Ferner ist ein Hochwasser-Melde-dienst theils schon eingerichtet, theils vorbereitet für die Lausitzer Meisse, Ragbach, Lobe und Hohenplog, ferner für den Bober und den Queis, endlich für die Weistritz und die Barsch.

B. Gardinenbrand. Gestern Nachmittag 6 Uhr 47 Min. wurde die Feuerwehr nach der Neuen Antonienstraße Nr. 17 gerufen, weil daselbst in einem Zimmer des zweiten Stockwerks durch unvorsichtigen Gebrauch des Lichtes die Gardinen an zwei Fenstern in Brand gerathen waren. Jedoch noch ehe die Feuerwehr erschien, war die Gefahr durch die Bewohner bereits beseitigt worden.

—sch. **Breslauer pädagogischer Verein.** In der am 20. d. Mts. stattgehabten Sitzung hielt Herr Knoke einen Vortrag über das vom Vorstande des deutschen Lehrvereins gestellte Thema „Die Schulbibel“. Redner fasste seine Ausführungen in fünf Theilen zusammen, die vom Verein en bloc angenommen wurden. Auf Anregung des Herrn Stephan wurden für zwei hilfsbedürftige Lehrerstöchter 10 Mark aus der Vereinskasse bewilligt. Schließlich berichtete Herr Rector Schönwälder über die erste Bezirksconferenz der Breslauer Lehrer.

+ Sistrung einer Verbrecherbande. Am Mittwoch Vormittag machte der Kassendirektor der kaiserlichen Reichsbank, Wismach, dem Schutzmann Kunze 1. die Anzeige, daß ihm aus seiner, im Reichsbankgebäude auf der Wallstraße befindlichen Wohnung vorangegangene Nacht ein Biberpelz, ein Sommerüberzieher und ein schwarzes Jaquet gestohlen worden seien. Als muthmaßliche Thäter mußte er leider seinen eigenen Sohn, den Schreiber Hugo Wismach, bezeichnen. Die sofort angestellten Recherchen ergaben die Richtigkeit dieser Angaben; der Schuldige, welcher die beste und sorgfältigste Erziehung genossen hatte, aber auf Abwege gerathen war, mußte daher verhaftet werden. Bei seiner Festnahme lagte derselbe ein Geständniß dahin ab, daß er bei Verübung dieses Diebstahls einen Complicen, den Eisenbrecher und Maschinenflosser Oskar Hubrich, gehabt habe, welcher auch bald in dem Hause Laurentiusstraße Nr. 5 in der Wohnung des Sandstischers R. ermittelt wurde. Der entwendete Pelz wurde in dem Kleiderkram des Sandstischers vorgefunden. Der Reichsbank-Commissarius des V. Bezirks veranlaßte nunmehr die Festnahme des Verbrechers und ermittelte gleichzeitig hierbei, daß derselbe eine Menge schwerer Diebstähle in den letzten Wochen hieortwärts ausgeführt hatte. Anfangs Februar war bei dem Fräulein Zubina, Gneisenstraße 5, ein Einbruch verübt worden, wobei ein Portemonnaie mit 90 Mark, ein goldenes Armband, ein Paar goldene Ohrringe, eine goldene Brosche, eine Gemme und eine päpstliche silberne Medaille gestohlen worden war. Der Thäter Hubrich hatte diesen Einbruch ausgeführt, und die entwendeten Werthgegenstände im städtischen Pfandleihamt versteckt, den erhaltenen Pfandschein aber an den Trödler Walker auf der Meisergasse zum Preise von 4 Mark verkauft. Bei dem Letzteren wurden die inzwischen eingetauschten Goldschmied, sowie der dem Wismach entwendete Sommerüberzieher vorgefunden. Das genannte Kleidungsstück, welches einen Werth von ca. 60 M. repräsentirte, hat Walker für 4,50 Mark angekauft. Hubrich hat aber auch noch einen zweiten Einbruch bei seiner leiblichen Schwester, einer verwitweten Frau Hänel auf der Nachodstraße, ausgeübt und dabei die Summe von 300 M. entwendet. Sowohl diese Geldsumme als auch das aus den Diebstählen erlöste Geld hat der Genannte in wenigen Wochen bis zu seiner am 23. cr. erfolgten Verhaftung in der leichtsinnigsten Weise in Kaffeehäusern vergeudet. Seiner Zuhälterin, der unter polizeilichen Controle stehenden Martha Maiwald, welche unangemeldet beim kürschnen Lehmann auf der Seminarstraße in Schlafstelle war, hat er reichliche Geschenke gemacht, u. A. auch die auf der Gneisenstraße gestohlenen Ohrringe, Gemme und Brosche, welche Gegenstände von der Erwähnten versteckt worden sind. Den gleichfalls auf der Gneisenstraße entwendeten Frauenschmuck im Werthe von 30 Mark machte er bei Gelegenheit einer Geburtstagsfeier einer anwesenden Frau zum Geschenk; auch diese hat das erwähnte Kleidungsstück schon am nächstfolgenden Tag verpfändet. Der Quartiergeber Lehmann hat sich erwiesenermaßen dem Hubrich gegenüber anheimlich gemacht, ihm einen Abnehmer der gestohlenen Goldschmied zu verschaffen, welcher dieselben einschmelzen würde. In Folge dieser schweren Belastungen wurde auch Lehmann und die bei ihm wohnende Martha Maiwald verhaftet. — Bei den in dieser Angelegenheit vom Polizei-Reichsbank-Commissariat des V. Bezirks unternommenen umfangreichen Recherchen wurde ferner und zwar nur durch Zufall die „Fabrik“ entdeckt, in welcher für arbeitslose und ohne jede Legitimation befindliche Strolche allerhand Atteste und Zeugnisse hergestellt wurden. In dem Destillationsgeschäft von Elsner u. Moritz, Kupferfchmiedestr. 16, verkehrten nämlich der Kanjlist Otto Hedert, der Schriftsetzer Oskar Hertert und der Handlungscommis Hugo Malepa, welche sich lediglich damit beschäftigten, gegen Bezahlung gefälschte Legitimationspapiere zu betrügerischen Zwecken abzugeben. Dieselben haben Atteste der Polizeidirectionen von Posen, Stralund und Elbing nachgeahmt und mit dem Amtssiegel versehen. Sie sind ferner überführt, Atteste angefertigt zu haben, aus denen durchreisenden Köchen ein Reisevaticum von 3 Mark ausbezahlt wird. Ein solches Falsificat ist unlängst bei dem Logenloch Suß auf der Antonienstraße als gefälscht angehalten worden. Die ganze aus 8 Personen bestehende Verbrecherbande Hugo Wismach, Oskar Hubrich, Trödler Walker, kürschnen Lehmann, Martha Maiwald, Otto Hedert, Oskar Hertert und Hugo Malepa, die alle miteinander gemeinschaftlich operirt haben, sind nunmehr durch die erfolgte Verhaftung voraussichtlich auf lange Zeit unschädlich gemacht worden. Näheres wird wohl die eingeleitete Untersuchung ergeben.

+ Verhaftet wurde gestern eine unverheiratete Frauensperson, welche, wie wir kürzlich mittheilten, ihr 6 Wochen altes Kind weiblichen Geschlechts in einem Hofraume am Ringe neben dem dortigen Gemüthstosen ausgelegt hatte. Die geständige unnatürliche Mutter giebt als Motiv der That an, daß sie sich in sehr großer Noth befunden und von jeglichen Existenzmitteln entblößt gewesen sei.

S. Striegan, 25. Februar. [Communes. — Aus dem Vereinsleben.] Zu den wichtigeren Vorlagen der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung gehörte u. a. der Antrag des Magistrats, in Angelegenheit der Schlachthausfrage eine definitive Entscheidung zu treffen. Bereits in einer der vorigen Sitzungen war eine Commission gewählt worden, welche die Aufgabe hatte, das in Rede stehende Project in allen seinen Theilen zu prüfen und insbesondere zu erwägen, ob der Bau des Schlachthaus aus städtischen Mitteln erfolgen sollte, oder dem Fleischermittel zu überlassen sei. Die Versammlung beschloß nunmehr auf Grund des Commissionensgutachtens, das Schlachthaus auf städtische Kosten zu errichten, und den Magistrat um Beilegung dieser Angelegenheit sowie um Ermittlung der an die gegenwärtigen Schlachthausbesitzer zu leistenden Entschädigungen zu ersuchen. Nach den vorläufigen Berechnungen dürfte der Bau sich auf etwa 43 000 M. stellen. Ferner wurde die Neupflasterung der Kohlenstraße beschlossen. Ein Gesuch des Magistrats um einen Zuschuß zu den auf etwa 15 000 M. veranschlagten Kosten war seitens des Landeshauptmanns abgewiesen worden, weil die in Rede stehende Straße Eigenthum der Stadt, und bei Normirung der Dotirungsbeträge nicht in Betracht gekommen sei. Von den die Substanz des Ringes begrenzenden Lauben wird demnachst wieder ein Theil zum Abbruch gelangen. Die Befitzer sind genöthigt, bei Neubauten in die auf dem Stadtbauungsplan eingezeichnete Fluchtlinie zurückzugehen. Hierfür erhalten sie für das an die Stadt abzutretende Terrain pro Quadratmeter 24 M. Entschädigung. Im vorliegenden Falle bewilligte die Versammlung die entsprechende Summe in Höhe von 1640 M. — Der hiesige Thierschutzverein hat in seiner letzten Sitzung den Anfluß an den allgemeinen deutschen Thierschutzverband beschlossen. Gleichzeitig wurde die Nominirung von Vertrauensmännern in den größeren Ortschaften des Kreises vollzogen.

S. Gleiwitz, 26. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung wurde der städtische Etat pro 1886/87 genehmigt. Es wurde u. a. bei Verathung des Schlachthausbetrags beschlossen, das Gehalt des Schlachthaus-Verwalters Dr. med. vet. A. Köhler von 2000 Mark auf 2400 Mark p. a. (bei freier Wohnung und Heizung) zu normiren, denselben definitiv anzustellen und ihm sein Gehalt von 5 zu 5 Jahren um 100 Mark steigend bis auf 3000 Mark zu erhöhen. Beim Sparfassenet regte Stadtv. Banquier M. Perl einen billigeren Zinsfuß an, da 3½ pCt. bei dem heutigen Geldstand ein zu hoher Zinsfuß sei. Ein Abfluß der Gelder durch eine Ermäßigung des Zinsfußes wäre kaum zu befürchten. Eine sehr lange und heftige Debatte entspann sich bei der Position „Insertionsgebühren“. Schließlich wurde Herrn Oberbürgermeister Kreidel's Antrag, es bei dem alten Modus zu belassen, angenommen. Die Verathung über das neue Communalsteuernotstandsgefeß wurde vertagt. Endlich wurde beschlossen, ein Terrain an der Wilhelmstraße zum Neubau eines Posthauses dem Maurermeister Lubowski für 1670 M. (für 185 q Meter) zu überlassen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

S. Breslau, 26. Februar. [Landgericht. Strafkammer I. — Wesentlich falsche Anschuldigung und Beleidigung.] Der Arbeiter Wilhelm Nido war während mehrerer Jahre auf dem Güterboden der Freiburger Eisenbahn beschäftigt gewesen. Etwa gegen Ende des Jahres 1884 gingen bei der Direction der Freiburger Eisenbahn einzelne anonyme Schreiben ein, deren Inhalt dahin lautete, daß ein mit Namen Seidel bezeichneter Güterbodenarbeiter an ankommenden und

abgehenden Maarenballen, Fässern und Kisten fortgesetzt Diebstähle ausgeführt habe. Derselbe trenne diejenigen Säcke, welche ausschließlich guten Kaffee enthielten, auf, und erbaue sie eines Theiles ihres Inhalts. Fässer mit Wein, Rum, Cognac etc. würden angebohrt und nach Entnahme von mehreren Litern mit Wasser gefüllt. Apfelsinen etc. würden zu Duzenden aus den Kisten entwendet, selbst von den auf den Plätzen lagernden oder noch auf den Wagen befindlichen Kohlenvorräthen entnehme der betreffende Arbeiter große Quantitäten. Des Weiteren wurde behauptet, daß dieser diebstahlische Verkehr unmöglich wäre, wenn der Arbeiter nicht im vollen Einverständnis mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten (dem Bodenmeister und dem Expeditionsvorsteher) handelte. Er theile mit denselben die Beute etc. Ungeachtet angelegter Recherchen gelang es nicht, den Absender jener Briefe zu ermitteln, dagegen mehrten sich die anonymen Denunciationen, als Nido einige Monate später von der Bahn entlassen wurde, und zwar enthielten die einzelnen Briefe die größten Beleidigungen gegen einen Theil der Bahnamtbeamten, besonders gegen die Vorsteher der Güterböden. In einem der Briefe wurde sodann behauptet, die Direction habe in Folge eines Ende 1884 eingegangenen Schreibens eine Revision in der Wohnung des als Dieb bezeichneten Arbeiters angeordnet; dem Betreffenden sei jedoch durch seine Vorgelegen hiervon vorher Mittheilung gemacht worden, wodurch es ihm also möglich geworden, alle Gegenstände, welche irgendwie Verdacht erregen konnten, aus der Wohnung zu entfernen. — Während die Recherchen nach dem Briefschreiber aufs Neue im Gange waren, gerieth Nido eines Tages mit seinem früheren Collegen Seidel in Streit. Bei dieser Gelegenheit behauptete Nido, alle in den Briefen enthaltenen Angaben beruhen auf Wahrheit. Es kam zwischen Beiden zum Handgemenge. Hierbei zog Nido ein Messer aus der Tasche und brachte damit dem Seidel eine schwere Verletzung zwischen den Rippen bei. Für diese Körperverletzung erhielt er eine Strafe von 4 Monaten Gefängniß. — Inzwischen war ermittelt worden, daß Nido der Absender der oben erwähnten anonymen Schriftstücke gewesen ist. Nachdem er nunmehr wegen wirklich falscher Anschuldigung und wiederholter Beleidigung unter Anklage gestellt worden war, erbot er sich, hinsichtlich aller den Arbeitern gemachten Vorwürfe den Beweis der Wahrheit zu erbringen, indem er für einzelne Thatsachen Zeugen namhaft machte. Die Verhandlung gegen Nido fand gestern vor der ersten Strafkammer statt. — Als die Vernehmung des Angeklagten beendet war und die Beweisaufnahme eben mit Verlesung der Briefe beginnen sollte, ordnete der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirector Freitag, im Interesse der öffentlichen Ordnung die vollständige Räumung des Saales an. Aus dem öffentlich verhandelten Urtheil ging hervor, daß Nido nicht wegen wirklich falscher Anschuldigung, sondern nur wegen schwerer Beleidigung in drei Fällen zu je 6 Wochen Gefängniß, welche Strafe auf drei Monate Gefängniß zusammengezogen wurde, verurtheilt worden ist. Betreffs der falschen Anschuldigungen wurde angenommen, daß der Angeklagte sich bei Abfassung der Briefe in dem guten Glauben befunden haben möge, seine Beschuldigungen beruhen auf Wahrheit.

— Gleiwitz, 25. Februar. [Strafkammer.] Wegen Urkundenfälschung und einfachen Bankerotts hatte sich heute der Kaufmann Jonas Sandberg von hier vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte räumte ein, in fünfzehn Fällen Wechsel von 200 bis etwa 400 Mark gefälscht zu haben, bestritt dagegen, des einfachen Bankerotts schuldig zu sein. Nach der Beweisaufnahme wurde auch dieser Theil der Anklage erwiesen. Der Gerichtshof verurtheilte, der „Dersch.“ zufolge, den Angeklagten wegen Urkundenfälschung in 25 Fällen und wegen einfachen Bankerotts mit 2 Jahren Gefängniß und 2500 Mark Geldstrafe, event. für je 10 Mark mit 1 Tage Gefängniß. Außerdem ist gegen den Angeklagten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre erkannt worden.

Telegraphischer Specialdienst

der Breslauer Zeitung.

L a n d t a g.

Breslau, 26. Februar. Das Herrenhaus erledigte heute den Rest der Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen, im Wesentlichen unter Ablehnung der Commissionsanträge nach der Regierungsvorlage.

Das Abgeordnetenhaus beendigte die erste Verathung der bis jetzt vorliegenden fünf Polenvorlagen und verwies die letzten beiden, heute verhandelten Entwürfe an die für die Schulvorlagen eingesetzte Commission. Obgleich das Interesse an den Verhandlungen bereits wesentlich geschwunden ist, hielten doch die freisinnigen Abgeordneten Dirichlet, Birchow und Rickert noch vortreffliche Reden, aus denen hervorging, daß gegen das Princip der beiden Gesetzesentwürfe über die Impfsätze und über die Fortbildungsschulen nichts eingewendet wird, wohl aber gegen die vorgeschlagenen Gesetze als politische Ausnahmemaßregeln nach einseitiger Richtung. Bemerkenswerth erscheint, daß für das Impfsatzgesetz kein einziger Redner der Conservativen gesprochen hat. Das stimmt auch mit der Haltung der Kreuzzeitung überein, die dieses „nationale“ Gesetz aufs Schärfste bekämpft. Das Interessanteste an der ganzen Debatte war aber die Auseinandersetzung, die zwischen Herrn von Meyer-Urnswalde und Herrn von Haugwitz spielte. Herr von Meyer, dem die Abgeordneten Gerlach und v. d. Neck zur Seite stehen, wendete sich als guter ehrlicher Altconservativer in der schärfsten Weise, schärfer als irgend ein freisinniger Abgeordneter, gegen das ganze, jetzt gegen die Polen inaugurierte System als unverträglich mit der Verfassung und den Grundätzen der Gerechtigkeit. Mit beinahe fanatischer Wuth ob dieser ehrlichen Kampfesweise fiel der neuconservative oder ministerielle Abgeordnete von Haugwitz über Herrn von Meyer her, der nun glücklich auch zum Reichs- und Staatsfeind gestempelt und ersucht wurde, bei den Freisinnigen, bei Herrn Rickert, Platz zu nehmen. Schließlich stellte es sich übrigens heraus, daß Herr von Meyer bereits gestern aus der conservativen Fraktion ausgeschieden ist. Morgen steht die Secundärbahnvorlage auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus. 29. Sitzung vom 26. Februar.

11 Uhr.

Am Ministertische: v. Götler, v. Bötticher und Commissarien.

Die erste Verathung des Gesetzes über die Anstellung der Impfsätze in der Provinz Posen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf (Elsfeld) wies darauf hin, daß eine allgemeine Regelung der Stellung der Impfsätze in Aussicht gestellt sei, und zwar in der Art, wie der Abg. Birchow selbst bei Verathung des Einführungs-gesetzes zum Reichsimpfgesetz empfohlen habe. Wer die polnische Frage nicht als vorhanden betrachte, der müsse zur Ablehnung der Vorlage kommen, weil sie einen Theil der allgemeinen Regelung in politischer Absicht vorweg nehme. Eine commissarische Verathung sei notwendig, da z. B. über die Abgrenzung der Impfsätze keine Bestimmung getroffen sei.

Abg. Kantak hob hervor, daß man den polnischen Aerzten keinerlei Vorwürfe in technischer Beziehung machen könne; nur der Haß gegen das Polenthum habe die Vorlage veranlaßt. Den Aerzten, auch den polnischen, müsse man die Praxis gestatten, schon im Interesse des gemeinen Mannes, der mit ihm in der ihm besser verständlichen polnischen Sprache verkehren könne.

Abg. Dirichlet: Ich stehe dieser Vorlage womöglich noch unsympathischer gegenüber, als den übrigen. Was sollen denn die Polen jetzt noch thun? Grundbesitzer sollen sie nicht sein, Richter erst recht nicht, Staatsanwälte auch nicht, Aerzte auch nicht, nicht einmal Chauffeurarbeiter, dann machen sie den deutschen Arbeitern Concurrenz. Wie steht es denn überhaupt mit der polnischen Agitation der Aerzte und Rechtsanwälte? Oft gilt schon der Ausdruck seiner politischen Meinung und die Ausübung seiner politischen Rechte für Agitation. Wer soll denn diese Rechte vertreten, wenn nicht diejenigen, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger haben? Etwa die Landräthe! Der Reichskanzler meinte, nur die Grundbesitzer wären die schlimmen, nicht die Bauern und der Mittelstand. Dieser hat sich nun auch besseren Erwerbszweigen zugewandt und damit zur Hebung der Cultur beigetragen. Es wäre unwirtschaftlich und cultur-

Feindlich, diesem Bürgerthum einzelne Berufsarten zu verschranken. Die Hauptsache ist doch in jenen Gegenden, überhaupt Alerzte zu bekommen und ihnen alle diejenigen Einnahmen zuzuwenden, die man ihnen zuwenden kann. Dazu gehören die Remunerationen für das Impfen, Anstellung an Lazarethen u. f. w. Man kann sehr national gefinnt, sehr polenfeindlich sein, und doch wünschen, daß die Alerzte vollkommen ausreichen mit den Patienten in ihrer Muttersprache verkehren könnten. Sonst können die größten Mißverständnisse und böse Folgen entstehen. (Zustimmung.) Es ist doch nicht Aufgabe der Alerzte, zu germanisiren, sondern die Menschen gesund zu machen. (Zustimmung.) So sehr ich an sich für eine Verstaatlichung des Impfwesens bin, so sehr bin ich dagegen, diese Sache zu einem Kampfmittel zu machen. Und dann sollten wir auch hier wieder die communale Selbstständigkeit vollständig beschränken? Wir stehen hier wieder vor einem Corruptions- und Protectionssystem der schlimmsten Art. (Sehr richtig!) Entweder der Staat verstaatlicht und nehme den Communen auch die Lasten, oder aber man lasse den Communen auch ihr bisheriges Recht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Virchow: Die Motive des Gesetzes gehen von einem Bundesrathsbeschlusse vom 18. Juni 1885 aus, demzufolge die Bestellung der Impfarzte durch die Staatsbehörde erfolgen, das öffentliche Impfgeschäft vorzugsweise den beamteten Alerzten übertragen werden und die Remunerationen der Impfarzte der Bestätigung der Staatsbehörde bedürfen sollen. Darnach müßte man doch eigentlich einen solchen Beschluß uns mitttheilen; es ist dies nicht geschehen. Wie kommt überhaupt der Bundesrath dazu, sich weiter mit der Ausführung des Impfgeschäftes in den Bundesstaaten zu befassen? Ich kann dafür in meinem mangelhaft juristisch entwickelten Wissen (Heiterkeit) keine Handhabe im Gesetze finden. Noch viel weniger dafür, daß man gerade die Provinz Posen wie ein erobertes Land mit besonderen Maßregeln beglücken will. Im Allgemeinen aber mache ich kein Hehl daraus, daß ich es nicht für gut halte, die Ausführung des ohnehin schon viel befehlenden Impfgesetzes jedem beliebigen Arzt zu überlassen; andererseits bin ich keineswegs der Meinung, daß gerade die beamteten Alerzte die besten für die Ausführung des Impfgesetzes wären. (Heiterkeit.) Freuen doch gerade die Hauptangriffe der Gegner in vielen Fällen auf Versehen von beamteten Alerzten. Vor allen Dingen möchte ich hier als richtiges Princip die heile Ausführung des Impfgesetzes vorsehen, und jede Gefährdung fernhalten. Einen für mich objectiven Grund für Dringlichkeit des Gesetzes kann ich nicht erkennen, ich frage mich vergeblich nach den psychologischen Gründen, welche den Reichskanzler dazu treiben, das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen. Die Motive sind nicht ausreichend, um die Dringlichkeit zu erkennen, und ich halte so lange zurück, bis die Regierung mit einem allgemeinen Gesetze erscheint, welches gestattet, das beste Alerzmaterial für Ausführung des Impfgesetzes überall zu suchen, mag es unter Alerzten polnischer oder deutscher Nationalität sein. (Beifall links und im Centrum.)

Nachdem Abg. v. Schorlemer-Mast sich für die weitere Berathung des Gesetzes im Plenum ausgesprochen, wird die Debatte geschlossen. Die Mehrheit beschließt commissarische Berathung.

Es folgt die Berathung der Vorlage, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Durch die Ungunst der Rednerliste und den gestern beliebten Schluß der Debatte bin ich bisher bei den Polen Diskussionen nicht zum Worte gekommen; ich bitte, mir jetzt einige allgemeine Bemerkungen zu gestatten. Die Temperatur der Vorlagen ist — wie mir scheint, in Folge des unberechtigten Einmischens des Reichstages in diese Angelegenheiten — keine besonders kühle, sondern nach Ansicht Mancher sogar eine lebensgefährliche. Die Haltung der Regierung ist nach der Aeußerung des Landwirtschaftsministers eine Defensiv; das ist richtig, insofern die militärische Defensiv sich durch die Attake äußert. (Heiterkeit.) Die Aeußerung des Ministerpräsidenten, daß die Versprechungen Friedrich Wilhelms III. seit dem Jahre 1815 durch das Verhalten der Polen vollständig null und nichtig geworden seien, hat mich aufs Schmerzlichste berührt, vielleicht deshalb, weil ich einer der wenigen bin, welche dem König Friedrich Wilhelm III. noch gebiet, und weil ich ihm den ersten Eid geleistet. Mir steht das einseitige Wort meines alten Königs immer noch höher, als alle zweifeligen Verträge. (Beifall.) Das Wort des Ministerpräsidenten hätte 1849 gesagt werden können, jetzt liegt keine acute Veranlassung dazu vor. Die Polen haben seitdem keine Revolution mehr gemacht, sich dagegen in allen unseren Kriegen brillant geschlagen. (Beifall im Centrum und bei den Polen.) Die Polen träumen von der Wiederherstellung des Polenreiches; gegen Träume macht man doch keine Gesetze! (Sehr richtig!) Die Polen haben den feindlichen Gegenstand zu den Deutschen wohl hervorgerufen: aber die Deutschen haben doch auch ihren richtigen Theil der Schuld daran zu tragen. Seit 10 oder 15 Jahren habe ich zahllose Nörgelien hier gehört, die einen sehr unergiebigen Eindruck gemacht haben. Es sind mitunter ganz geschmacklose Dinge vorgekommen, wie z. B. die Veränderung der Orts- und Straßennamen. Ueber solche Nadelstiche ärgert man sich mehr, als über einen tüchtigen Kolbenstoß in die Rippen. (Heiterkeit.) Zur Heilung des Risses will man den Hundert-Millionen-Fonds benutzen, der mit allen Domainen und Forsten der Regierung auf die Dauer übergeben werden soll. Die Staatsregierung will zwar diese Domainen und Forsten nicht sofort zur Colonisation verwirklichen, aber sie hat plein pouvoir. Die Domainen haben in den vier Regierungsbezirken einen Werth von 28 Millionen Mark, den Werth der Forsten kenne ich nicht; aber im Ganzen dürfte die Bewilligung 200 Millionen betragen. Ich kann um den Artikel 99 der Verfassung nicht herumkommen; wir können einem Ministerium einen solchen Fonds auf die Dauer nicht geben. Ich habe mich von jeher, allerdings oft zur Heiterkeit der Herren auf der Linken, als Wächter der Verfassung aufgestellt; ich habe den Eid auf dieselbe 1850 sehr ungern geleistet, um so fester halte ich ihn. (Beifall.) Der Fonds soll nicht allein der gegenwärtigen Regierung, sondern allen Ministern der Zukunft übergeben werden. Welche werden das sein? Ein Ministerium aus der Fortschrittspartei will ich Ihnen nicht an die Wand malen, aber ein Ministerium aus der Mitte der Mittelparteien ist doch wohl einmal sehr wahrscheinlich, und denen traue ich gar nicht. (Heiterkeit.) Ein solches Vertrauensvotum à fonds perdu kann ich nicht geben. Meine praktischen Bedenken gegen die Bauerncolonisation werde ich bei der zweiten Berathung vortragen. Die beste Colonisation ist die Vermehrung des Fonds zum Ankauf von Domainen und Forsten; dafür sind bekanntlich im Etat 75 000 Mark bezw. 2 000 000 Mark ausgemerzt. Der Minister Lucius hat sich gegen eine Erhöhung des Fonds gewendet, weil damit der Preis des veräußerten Landes steigen werde. Was wird erst bei der Bewilligung von 100 Millionen geschehen! Man solle kleine Domainen in Posen kaufen und verpachten. Die Bauern- und Arbeitercolonisation dürfte bald in polnische Hände übergehen. Die Colonisten werden man suchen müssen, wie der reiche Mann im Evangelium seine Gäste. Das Gesetz über die Staatsdisciplin der Schullehrer wäre nie sehr erwünscht gewesen; ich befürchte aber, daß es auch der Verfassung wegen nicht möglich ist; daran und an den Consequenzen für die anderen Provinzen werde das Gesetz scheitern. Ich würde für das Gesetz gestern gesprochen haben; denn die Polen sollen deutsch lernen, das ist nicht eine nationale Frage, sondern ein wirtschaftliches Bedürfnis. Die Fortbildungsschulen sind mir sympathisch, man würde damit die Zunahme der nur polnisch gebildeten Erbsmannschaften verhindern. Aber die Sache wird nicht gehen. Wieviel Geldarmen wollen Sie noch anstellen, um die halbwürdige Bevölkerung zum Schulbesuch anzubahnen? Das wird gerade sein, als wenn man eine Heerde Heuschrecken hüten wollte (Heiterkeit), das ginge wohl, aber es geht nicht. (Heiterkeit.) Die Sache kostet noch dazu 200 000 Mark, also die Rente eines Capitals von 5 Millionen. Wir haben wohl ganz vergessen, wie tief wir im Deficit sitzen. Man spricht ja von noch weiteren 5 Millionen für die Schulen in Posen. Man wird abwarten müssen, bis alle Gesetze da sind, um die Geldfrage in Posen und Bogen zu behandeln. Der Commission, welche das Gesetz berathen soll, rathe ich, sich nicht zu echauffiren; laßt das Gesetz noch eine Weile liegen, bis wir das ganze Gesetz haben. (Heiterkeit.) Mit Herrn v. Körber bin ich der Ansicht, daß wir in Westpreußen mehr evangelische Pfarren brauchen, weil es an evangelischer Seelsorge fehlt. Das Geld dafür ist eher da. Wir haben von der in Aussicht gestellten Dotation der evangelischen Kirche noch nichts erhalten. Wir werden gern bereit sein, der Provinz Posen diesen Fond zum Theil abzutreten. (Beifall.)

Abg. v. Haugwitz gab dem Vorredner den Rath, doch der Aufforderung Ritters Folge zu leisten und sich der freisinnigen Partei anzuschließen; denn bei der conservativen Partei ginge es mit ihm doch nicht mehr. Es sei ein unerhörtes Vorgehen, daß Herr von Meyer die Rede des Reichskanzlers in so abfälliger Weise kritisiert hat; es sei unerhört, daß Herr von Meyer in dieser Weise über den Anstiftungsfonds gesprochen; er hätte abwarten sollen, was die Commission aus dieser Vorlage machen würde; früher hätte er sich gar nicht mit der Vorlage beschäftigen sollen. Es sei unerhört, daß Herr von Meyer von dem ganzen Glend spreche bei Vorlagen, die die wichtigsten Fragen des Staatswohles behandeln. Mit der Vorlage erklärte sich Redner im Allgemeinen einverstanden; er

meinte nur, daß auch anderen Landesheilen ähnliche Unterführungen zu Theil werden möchten. Aus der Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen werde eine Stärkung des Deutschthums sich ergeben. (Beifall rechts, Zischen im Centrum.)

Abg. v. Stabrowski lobte den Muth des Herrn v. Meyer-Arnswalde, der als edel conservativer Mann seiner eigenen Meinung, seiner echt conservativen Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Ein solcher Muth, nicht die Feigheit zieme einem Conservativen. (Vizepräsident v. Heereman ruft den Redner zur Ordnung.) Wenn man die Schule zu politischen Zwecken mißbrauche, dann mache man sie zum Spielball der Parteien. Man wolle unter falscher Flagge germanisiren. Das stehe auch mit der Verfassung in Widerspruch.

Unterstaatssecretär v. Möller wies darauf hin, daß die Verfassung von dem gemeinlichen Unterricht gar nicht spreche; nach der Gewerbeordnung sei diese ganze Sache den Landesgesetzen bezw. den Ortsstatuten überlassen. In allen anderen Bezirken könne man sich mit den Ortsstatuten begnügen, nur in den polnischen Bezirken nicht, wo sich eine Abneigung gegen den Fortbildungsunterricht gezeigt habe. Daß die Einrichtung unter dem Druck der polnischen Agitatoren zu leiden haben werde, sei selbstverständlich, aber dadurch dürfe man sich nicht abhalten lassen.

Abg. Jäckel (freiconf.) erklärt Namens seiner Partei, daß er im Princip dem Entwurf zustimme. Was die Bedenken betreffe, so hätte er allerdings eine ausgiebige Motivirung gewünscht, namentlich in Bezug auf statistisches Material über den Stand der Fortbildungsschulen in Preußen, sowie deren Kostenverhältniß, um das finanzielle Bedürfnis hier eingehend zu prüfen. — Außerdem erscheine die in § 2 vorgeschlagene Ermächtigung des Handelsministers, den Besuch der Fortbildungsschulen obligatorisch zu machen, nicht genügend klar, namentlich hinsichtlich ihrer Tragweite. Deshalb empfehle sich commissarische Vorberathung und zwar durch diejenige Commission, welcher die Schulseize übergeben worden seien.

Abg. Windthorst: Die Art und Weise, wie Herr v. Haugwitz einen alten würdigen Greis in unserer Mitte (Heiterkeit) apostrophirt hat, ist doch bisher hier nicht üblich gewesen. (Sehr gut!) So viel steht fest, daß Herr v. Meyer ohne Rücksicht stets seine wahre Ansicht hier ausgesprochen hat, auch wenn sie den höheren Instanzen entgegenstand. Aber ist es jetzt mehr Mode, sich nach Oben hin williger zu zeigen? (Heiterkeit.) Herr v. Haugwitz muß ich sagen, daß der Weg zu Herrn Ritters, den er Herr v. Meyer anrath, nicht so weit ist, wie der zu Herrn Greiß, den er selbst zurückgelegt hat. (Heiterkeit.) Was die Sache selbst betrifft, so muß ich zunächst bemerken, daß die Versprechungen der Könige gegenüber Westpreußen, Posen und Schlesien ganz verschiedene waren. Dann muß ich Herrn v. Haugwitz fragen, auf Grund welcher staatsrechtlichen Bestimmung will er denn für statthaft erklären, daß grundlegende Gesetze null und nichtig werden, wenn in einer Provinz Unbotmäßigkeiten vorkommen? Ich denke eben von den vor aller Welt gegebenen königsworten ganz anders. Zu welchen Consequenzen kommen Sie? Die Polen könnten ja dann auch sagen, wir sind nun unserer Pflichten überhoben! (Oh! rechts.) Zu solchen falschen Consequenzen kommen Sie, wenn Sie meinen, Königsworte können aufgehoben werden. Wenn das eine conservative Partei als ihre Ansicht hinstellt, dann sage ich: es ist weit gekommen im Staate Preußen! (Sehr gut! im Centrum.) Nun zu dem Gesetze: Wenn ich diese Summen für eine Schule bewilligen soll, so muß ich etwas über Organisation, Methode u. w. wissen. Hier wünsche ich eingehenden Nachweis und auch Garantien dafür, daß die Schulen nicht der Unfähigkeit Vorwurf leisten, daß sie z. B. nicht während der Gottesdienstzeit angeht oder abgehalten werden. Der Herr Unterstaatssecretär hat meiner Ansicht nach das Reichsgesetz unrichtig ausgelegt, denn es steht nichts von dem obligatorischen Charakter drin, es steht nur drin, daß die Gemeinden einen solchen beschließen können, nichts aber steht im Reichsgesetze davon, daß noch später Landesgesetze in dieser Materie erlassen werden könnten, welche den obligatorischen Charakter einführen. Diesen Gesichtspunkt wird die Commission recht fest ins Auge zu fassen haben. Das Landesgesetz macht Schablone, geht nirgendes schonend vor, der Commune kann man einen solchen Beschluß sehr wohl überlassen. Jenes, nicht dieses hat das Reich gewollt. (Sehr gut! links und im Centrum.) Eine Zwangsschule wird überhaupt nichts für junge Leute von 14 bis 18 Jahren ausrichten, nur Widerstreben hervorgerufen, das verderblich zu wirken geeignet sein wird. Den Zwang einführen, ohne die Strafen festzusetzen, das ist ja etwas ganz Unerhörtes! Wo kann und würde da der erste Eifer hinführen. Ich denke, man sollte doch etwas vorzüglicher in solchen Dingen vorgehen. Ich glaube, wir thun gut, der Regierung für die Sache Geld zu bewilligen, mit diesem wird sie ganz gut bei den alten Gesetzen auskommen. Wollen wir denn noch einen neuen Zwang einführen? Wir haben doch genug. Er ist fast überall, nur noch nicht bei dem Heirathen, aber ich habe das Vorgefühl nach den Worten des Herrn Reichskanzlers, daß auch nachstens das Ehebündniß verstaatlicht werden wird. (Große Heiterkeit.) Ich meine, auch hier haben wir es nur mit einem Anfang zu thun, das Gesetz wird dereinst auch auf die übrigen Provinzen ausgedehnt werden. (Zuruf rechts: Wollen wir nicht!) Ja Sie sagen, wollen wir nicht, aber nach Ihnen werden solche kommen, die es wollen. Es wird die Zeit schon noch einmal kommen, wo Sie einsehen werden, daß Sie den Staat zu omnipotent gemacht haben. Ich denke, wir haben auch alle Ursache, sparsam zu sein und nicht immer gleich Geld zugeben, wenn es sich darum handelt, augenblicklichen Launen eines Staatsmannes gerecht zu werden. (Heiterkeit und Beifall links und im Centrum. Widerspruch rechts.)

Abg. v. Schenkendorf: Die Frage, wie die landesgesetzliche Regelung der Fortbildungsschulen in den östlichen Landestheilen mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen im Einklang stehen, lasse ich unberührt. Ebenso die politische Seite, die schon genügend in diesen Tagen besprochen ist. Ich will nur die Ausführung des Gesetzes, die Art der Durchführung desselben berühren, da mir gerade dies von großer Bedeutung für die gedeihliche Wirksamkeit des ganzen Gesetzes zu sein scheint. Thatsächlich führt schon der Bericht des Cultus-Ministeriums vom Jahre 1883 an, daß nirgends im ganzen Lande die Fortbildungsschulen so weit im Rückstande sind, als in Westpreußen und Posen. Es ist also schon aus diesem Grunde von Wichtigkeit, daß das Fortbildungsschulwesen energisch in jenen Landestheilen gehoben wird. Ich lege den Schwerpunkt aber auf die allgemein unterrichtliche Richtung der zu gründenden obligatorischen Fortbildungsschulen. Sollen sie nur eine Fortsetzung der Volksschulbildung bezwecken, so muß ich mich gegen diese Tendenz aussprechen. Schon ein ministerieller Circularerlaß vom Jahre 1846 erkannte es als nothwendig an, bei der Fortbildungsschule vor allem das praktische Leben im Auge zu haben. In den 60er und 70er Jahren verließ man leider diese Richtung, und in diesem Sinne ist auch das kaiserliche Regulative von 1874 aufzufassen. In neuerer Zeit ist man indeß wieder erfreulicher Weise von diesem Princip abgekommen und zu dem der Vorbildung eines gemeinlichen Lebens übergegangen. Ich habe das für durchaus richtig, und um deswillen begrüße ich auch im Jahre 1884 schon den betreffenden ministeriellen Erlaß vom 14. Januar desselben Jahres. Ich wünsche daher, daß diese Tendenz auch in der Commissionsberathung verfolgt werde. Geschieht dies, so wird nicht nur das Deutschthum in Osten gefördert werden, sondern es wird darin auch ein Mittel liegen, das Fortkommen des Einzelnen im Leben zu fördern. Damit kommt diese Einrichtung aber auch der materiellen Wohlfahrt jener Landestheile zu statten.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Des Herrn v. Haugwitz Mißfallen scheint ich im allerhöchsten Grade erregt zu haben. „Unerhört“ war noch der mildeste Ausbruch, den er auf meine Worte hatte. (Heiterkeit.) Ich bin sehr friedlich, ich will also verzeihen, er war sehr erregt; darum keine Feindschaft nicht, sagt der Berliner. Er warf mir vor, ich hätte zur Colonisationsvorlage ungeeignet gesprochen, das Gesetz wäre ja noch nicht heraus aus der Commission, und ich müßte dies erst abwarten. Wenn ich aber von dem Gesetze spreche, kann ich doch nur über den Entwurf sprechen, nicht über die mögliche Form. Vor allen Dingen aber muß ich ihm auf den Vorwurf antworten, ich ginge nach links und würde nachstens in die Arme des Abg. Ritters sinken. (Heiterkeit.) Wenn man jemandem sagen will, er gehe nach links, so muß man zunächst feststellen, was ist denn eigentlich „rechts“? (Sehr richtig!) Da möchte ich doch mal den Unterschied zwischen uns beiden klarstellen. Ich will dabei zurückgreifen auf die technischen Ausdrücke, die wir Ende der siebziger Jahre hatten. Da gab es eine Fraction der Altconservativen von 9 Mann — ich hatte auch die Ehre, dazu zu gehören — und eine Fraction der Neconservativen. Ich möchte nun glauben, daß wir Beide uns so unterscheiden: ich bin altconservativ mit einer etwas oder recht reactionären Färbung, aber niemals ministeriell; er dagegen ist neconservativ mit ministerieller Färbung. (Heiterkeit.) Wenn er mich da noch für links rufend hält, so muß ich das ihm überlassen. (Lebhafter Beifall im Centrum und links. Große Heiterkeit.)

Abg. Ritters: Hier hätte doch wahrlich kein Grund vorgelegen, die Polenfrage heranzuziehen, und ich bebauere, daß der Herr Regierungsvertreter dies gethan hat. Wir betrachten die Vorlage als eine solche der Verkömmerung, denn Bildung ist allen gleiches Bedürfnis. Ich stehe also der Vorlage sympathisch gegenüber, allerdings nicht, wie sie liegt. In-

dessen bin ich beruhigt, da im Wesentlichen aus jener Seite (rechts) dieselben Anschauungen zum Ausdruck gekommen sind. Darum bringt uns aber die Regierung ein Gesetz? Ein Gesetz, in welchem die jährliche Herabgabe von Geld bestimmt wird? Der Etat ist ja noch nicht abgeschlossen! Möge die Regierung diesen Weg beschreiten. Ich glaube gar nicht, daß im Jahre 1886/87 gleich 200 000 Mark werden nöthig sein; die Regierung glaubt es vielleicht auch nicht, aber es ist eben die Folge des Verjüchtes gesetzlicher Fixirung an Stelle der etatsmäßigen. Die Bedenken des Abg. Windthorst hinsichtlich der Reichsgesetzgebung theile ich nicht, man kann nur dann zu jener Ansicht kommen, wenn man sich allzu eng an den Wortlaut klammert. Eine zukünftige landesgesetzliche Regelung sollte damals gar nicht ausgeschlossen werden, wie ich aus eigener Erfahrung constatiren kann. Anders liegt die Sache, wenn man fragt, ist die landesgesetzliche Regelung zweckentsprechend? Je weniger der Begriff der Fortbildungsschule noch feststeht, je mehr er noch der Entwicklung bedarf, je mehr dieselben unsere Sympathie besitzen, desto mehr sind wir darauf hingewiesen, den Zwang fernzuhalten. Ich halte es für am besten, einfach das Geld im Etat zu bewilligen. Die Besorgniß, daß die Gemeinden widerwillig sein möchten, kann doch kein Grund sein für den Osten, die Fortbildungsschulen obligatorisch zu machen. Versuchen Sie es doch erst; geht es nicht, dann ist doch auch noch Zeit. Wir werden mit Freuden jedes derartige Entgegenkommen begrüßen. Ich wünsche dringend, daß dieses Gesetz sich fern fällt von Motiven, wie die, welche den vorher berathenen zu Grunde liegen. (Beifall.)

Unterstaatssecretär v. Möller: Diese Ausführungen athmeten doch nichts weniger als Sympathie für das Gesetz, allerdings für die Fortbildungsschulen. Ich wiederhole, der § 1 ist nöthig, um die Bewilligung der Summe über jede später mögliche parlamentarische Configuration hinweg sicher zu haben; ebenso bedarf die Regierung des § 2 gerade und nur für den Osten. Der Zwang ist aber nöthig, um jedem etwaigen Widerwillen zu begegnen und die jungen Leute bis zum 18. Jahre unter dem Einflusse deutscher Bildung zu erhalten. Gerade dieser Zwang ist der Hinderungsgrund, weshalb das Gesetz nicht im Allgemeinen erlassen werden kann. Das Gesetz ist ein politisches und soll — darauf legt die Regierung Werth — als solches bestehen bleiben. Gegen die commissarische Vorberathung hat die Staatsregierung nichts einzumenden.

Die Discussion wird geschlossen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. von Rauchhaupt: Herr Windthorst sprach anlässlich einer Bemerkung des Herrn v. Haugwitz gegen Herrn v. Meyer von einer nicht zu billigen Differenz innerhalb der conservativen Fraction, welche an die Öffentlichkeit getreten. Er befand sich dabei im Irrthum. Herr von Meyer war, als er die Rede hielt, nicht Mitglied der conservativen Fraction. (Hört! links und im Centrum.)

Abg. v. Haugwitz: Herr v. Meyer gegenüber bekenne ich offen, daß er mich durch seine Liebenswürdigkeit gerührt hat. Ich habe auch keinerlei persönliche Abneigung gegen ihn, sondern nummehr Veranlassung genommen, das Wort „unerhört“ zweimal im Stenogramm zu streichen. Wenn er meint, ich hätte ministerielle Neigung, so bemerke ich, daß auch ich bereits seit einiger Zeit aus dem Staatsdienst getreten bin, und daß wir daher wohl gleich weit vom Ministerstempel entfernt sind. (Heiterkeit.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich will zunächst Herrn v. Rauchhaupt dahin ergänzen, daß ich gestern meinerseits den Austritt aus der conservativen Fraction angemeldet habe. (Lebhafter Beifall links und im Centrum. Gelächter rechts.) Herrn v. Haugwitz erwidere ich, daß man, um abhängig von unabhängig zu sein, nicht in oder außer Dienst zu sein braucht. (Sehr gut! links und im Centrum.) Er ist jünger, er kann also noch Minister werden; ich schon um deswillen nicht, weil ich, wie Herr Windthorst meint, ein Greis bin. (Große Heiterkeit.)

Das Haus verweist die Vorlage an die für die Schulgesetze gewählte Commission.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die anderweite Feststellung des Geschäftsbereiches mehrerer communalständischer Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau. Die Vorlage, eine Consequenz der in Hessen-Nassau eingeführten Kreis- und Provinzialordnung, wird nach unwesentlicher Discussion unverändert in zweiter Lesung angenommen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr; Secundärbahnvorlage.

Herrenhaus. 5. Sitzung vom 26. Februar. 11 Uhr.

In der Berathung der Kreisordnung für Westfalen wird fortgefahren. Nach lebhafter, fast zweistündiger Debatte wurde ein Commissionsbeschluß, welcher den ehemals Reichsumittelbaren die Wahlberechtigungen auf den Kreistagen erhalten wollte, in namentlicher Abstimmung mit 95 gegen 53 Stimmen verworfen. Nach dieser Abstimmung fand die Vereidigung der drei neu eingetretenen Mitglieder Bischof Dr. Kopp, Fürst zu Bentheim-Tecklenburg und Niesel Frhr. zu Eickenbach statt. Bischof Dr. Kopp, der die violette Soutane angelegt hatte, leistete mit den beiden anderen Herren den Eid auf die Verfassung in den vorgeschriebenen Formen.

Der Rest der Paragraphen der Kreisordnung rief eine erhebliche Debatte nicht mehr hervor.

Die Kreisordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Provinzialordnung wurden gleichfalls die Commissionsbeschlüsse abgelehnt und die Vorlage wiederhergestellt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr; Polenanträge Dernburg und Rabjwill.

Nei ch s t a g.

Berlin, 26. Febr. Die heute fortgesetzte Discussion über die Novelle zum Viehschuldengesetz, die noch volle drei Stunden in Anspruch nahm, endigte, wie vorauszusehen, mit der Verwerfung der Regierungsvorlage und aller dazu gestellten Anträge; das einzige Resultat der langen Commissions- und Plenarverhandlungen ist die bekannte Resolution, in welcher die Regierungen aufgefordert werden, schärfere Controle und dergleichen Maßregeln zum Zwecke der Verhütung und Einschränkung der Seuchengefahr zu ergreifen. Der Zusatz zum Weltpostvertrage und die Vorlage über die Bürgschaft für die Zinsen einer ägyptischen Anleihe verursachten keine erheblichere Debatte und wurden definitiv genehmigt. Schließlich begann das Haus die zweite Berathung des Antrages Reichensperger über die Berufung nach den Commissionsbeschlüssen. Es kamen indeß nur drei Bundesbevollmächtigte, Baierns, Württembergs und Preußens, zum Wort, die auf Grund von Berichten der Staatsanwälte und Gerichte die Bedürfnisfrage verneinten. Die Weiterberathung erfolgt morgen.

55. Sitzung vom 26. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Lucius, v. Stephan. Die zweite Berathung der Novelle zum Viehschuldengesetz mit den Amendements von Behr und von Altmann wird fortgesetzt. Beide Anträge, sowie die Vorlage werden abgelehnt, die von der Commission beantragte Resolution angenommen.

Das Zusatzabkommen zum Weltpostvertrage von 1878 wird in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bürgschaft des Reichs für die Zinsen einer ägyptischen Staatsanleihe, welchem die Commission die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen beauftragt. (Referent: Abg. Witte.)

Abg. Rake (Centrum) wünscht eine Erklärung des Bundesraths, daß es sich hierbei wirklich um hohe politische Interessen handle, oder doch, daß die deutschen Steuerzahler in keiner Weise materiell durch die Vorlage geschädigt werden könnten; sonst muß er gegen die Vorlage stimmen, die darauf, ohne daß vom Tische des Bundesraths eine Aeußerung erfolgt, mit großer Mehrheit angenommen wird. Einige Centrumsmitglieder stimmen dagegen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern, auf Grund der Vorschläge der Commission, welcher seinerzeit der Antrag Reichensperger über denselben Gegenstand überwiesen war. Nachdem der Referent Abg. Spahn die Beschlüsse der Commission empfohlen, erhält das Wort der

Bayerische Bundesbevollmächtigte v. Kastner: Der Bundesrath hat, wie Ihr Bericht ausweist, die Wiedereinführung der Berufung abgelehnt, weil nicht dargelegt sei, daß die Berufung das geeignete Mittel sei, um den beim Strafverfahren hervorgetretenen Uebelständen abzuhelfen. Das war nicht der einzige Grund. Es kam hinzu, daß die Berufung mit dem

Grundlag der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens vereinbar sei. Die überwiegende Mehrzahl der von den Gerichten und Staatsanwaltschaften abgegebenen Gutachten hat den Nachweis geliefert, daß auch die in der Praxis gemachten Erfahrungen diese Meinung nicht rechtfertigen. Die bayerische Regierung hat sich in dieser Frage lediglich auf einen praktischen Standpunkt gestellt. Die von ihr von den größeren Landgerichten und von den Oberstaatsanwälten in München und Zweibrücken eingelegten Gutachten sprechen sich im Einklang mit der Meinung der bayerischen Regierung aus. Die Commission ist über diese Gutachten etwas summarisch hinweggegangen. Dieselben sind sehr eingehend gehalten und sehr gut motiviert; sie behandeln alle Detailfragen; sie führen insbesondere aus, daß die zum Ersatz der Berufung geschaffenen Garantien sich nach jeder Richtung hin bewährt haben. Außerdem sei die seit der Abschaffung der Berufung verstrichene Zeit viel zu kurz, als daß die inzwischen erlassenen neuen Vorschriften sich in die Rechtsanschauungen und Gewohnheiten des Volkes eingelebt hätten. Ich kann sagen, hätten sich in anderen Staaten wirklich Uebelstände nach dieser Richtung hin gezeigt, so würde die bayerische Regierung trotz ihrer Bedenken der Berufung zustimmen. Allein auch die Gerichte und Staatsanwälte anderer deutscher Staaten haben sich dagegen ausgesprochen. Die öffentliche Meinung, auf welche die bayerische Regierung großen Werth legt, hat ebenfalls zu einer Veränderung des bisherigen Zustandes keinen Anlaß gegeben. Der Kostenpunkt ist für die bayerische Regierung nicht ausschlaggebend, ja überhaupt nicht von Gewicht, denn sie steht auf Seite derjenigen, welche als Instanz nicht die Strafkammer bei den Landgerichten, sondern bei den Oberlandesgerichten will, eine Construction, die unter allen Umständen theurer zu stehen kommt, als die Berufungsinstanz bei den Landgerichten.

Königlich württembergische Bundesbevollmächtigter von Schmid erklärt, daß er sich im Wesentlichen den Ausführungen des Vorredners anschließen kann. Man hat auf die Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte hingewiesen. Aber bei der Unvollkommenheit der Befugnis dieser Instanz und bei dem Ausschluß einer Voruntersuchung wird die Berufungsinstanz hier zu einer Nothwendigkeit. Auch war es für die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte von Bedeutung, daß die Construction der Berufungsinstanz hier nicht zu Schwierigkeiten führte. In Württemberg war die Berufung schon mit der Strafproceßordnung vom 1. Februar 1869 eingeführt. Welche Wahrnehmungen haben wir nun in dem Decennium bis zum 1. October 1879 gemacht? Es sind keinerlei Mängelstände hervorgetreten, keine namhaften Klagen sind in der Presse laut geworden. Dagegen ist durch eine Erfahrung constatirt, daß sämmtliche Vorkommnisse der Strafkammern sich dahin aussprechen, es habe der Ausschluß der Berufung in keiner Weise zu Bedenken Veranlassung gegeben. Auch ein hervorragender Rechtsanwalt habe sich dahin ausgesprochen, daß die Wiedereinführung kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt sei. Das ist die Erfahrung eines vollen Decenniums mit einer Strafproceßordnung, welche auf derselben Grundlage aufgebaut ist, wie unsere jetzige deutsche Strafproceßordnung. Auch die Erfahrung, die wir seit dem 1. October 1879 in Württemberg mit derselben gemacht haben, ist durchaus günstig gewesen. Im Jahre 1884 hat der württembergische Justizminister indessen auf vereinzelt laut gewordene Klagen neue Erhebungen anstellen lassen. Auch bei dieser Erhebung hat sich eine überwiegende Mehrheit dahin ausgesprochen, daß man mit dem bestehenden Zustande zufrieden sei, die Strafkammern allerdings nicht, doch ist auch hier eine beträchtliche Minorität für die Erhaltung des jetzigen Zustandes eingetreten. Die Wünsche nach Wiedereinführung der Berufung werden zurückgeführt auf die Unvollkommenheit der Handhabung der Proceßführung; allerdings ist das Ermittlungsverfahren nicht genügend. Auch wird eine zu große Sparamkeit beobachtet in der Anordnung der Voruntersuchung und Vertheidigung. Wenn hier Remedur geschaffen wird, so werden die Klagen über die Befestigung der Berufung bald verschwinden.

Geh. Regierungsrath v. Lenthe: Im Reiche sind im Jahre 1881 1621 Anträge auf Voruntersuchung gestellt, abgelehnt 1308, 1882 wurden 1339 Anträge gestellt, 1105 abgelehnt, 1883 wurden 1032 Anträge gestellt, 848 abgelehnt, 1884 wurden 1157 Anträge gestellt, 1125 abgelehnt. Es ist nichts, was zu Ungunsten Preussens spricht. Eine große Anzahl von Anträgen auf Einleitung der Voruntersuchung wurde abgelehnt, weil der Antrag gestellt war aus § 199 der Strafproceßordnung, und weil nicht erhebliche Gründe für die Einleitung der Voruntersuchung sprachen. Daraus ergibt sich, daß der Antrag erst gestellt werden kann, wenn das Gericht die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens bereits getroffen hat, eine Voruntersuchung also nicht mehr für nöthig hält, weil im Vorverfahren alles geschehen ist, was die Unschuld des Angeklagten beweisen könnte.

Um 4½ Uhr wird die weitere Berathung vertagt bis Sonnabend, 12 Uhr.

Berlin, 26. Februar. Der officielle Bericht über die gestrige Bundesrathssitzung bestätigt unsere Mittheilungen darüber. Der Handelsvertrag mit Zanzibar wurde bereits den Ausschüssen überwiesen.

Berlin, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung der Reichstags-Commission zur Vorberatung der Novelle zur Civilproceßordnung (Arrest gegen im Auslande befindliche Schuldner) wurde ein Antrag Hintelten angenommen, dem § 809 der Civilproceßordnung als dritten Absatz hinzuzufügen: „Ist der Arrestbefehl durch Ersuchen anderer Behörden oder Beamten oder öffentlich zustellen (§§ 181 bis 184, 185), so darf die Vollziehung des Arrests beginnen, sobald das Ersuchungsschreiben erlassen bzw. die öffentliche Zustellung bewilligt ist (§§ 185—187). Auch darf die Vollziehung des Arrestes beginnen, falls der Arrestbefehl durch die Post zuzustellen ist, sobald die Post um Bewirkung der Zustellung ersucht ist.“ Damit war die Regierungsvorlage abgelehnt.

Berlin, 26. Febr. Die Petitions-Commission des Reichstages beschloß heute, eine Eingabe von Brauern dem Reichstage zur Erwägung zu überweisen, in welcher verlangt wird, daß bei nachweislich zu hoher Veranlagung der Biersteuer eine Rückzahlung der zu viel gezahlten Beträge eintreten solle.

Berlin, 26. Febr. Die Commission für den Befähigungsnachweis begann heute die zweite Lesung ihrer Beschlüsse. § 14, welcher die Anzeige des selbstständigen Betriebes eines stehenden Gewerbes vorschreibt, wurde unverändert angenommen. Demnach wird die Reihe der Gewerbe, für welche der Befähigungsnachweis vorgeschrieben ist, in etwas veränderter Fassung festgesetzt. Gestrichen wurden gegen den Beschluß erster Lesung Graveure, Tuchmacher und Tuchscherer, hinzugefügt Kupferschmiede. Abg. Ackermann beantragte, die in erster Lesung beschlossene Definition des Handwerks wieder zu streichen. Dann wurde die Berathung vertagt.

Berlin, 26. Febr. Die Commission des Reichstags für die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten hat heute den Gesetzentwurf in folgender Form angenommen: § 1. Die Schutzgewalt in den Schutzgebieten übt der Kaiser im Namen des Reiches aus. Die Subcommission der Commission für den Gesetzentwurf, betreffend die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten, hat folgende Anträge der Commission unterbreitet: § 2. Das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichtsverfassung, bestimmen sich für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879, welches, soweit nicht nachstehend ein anderes vorgeschrieben ist, mit der Maßgabe Anwendung findet, daß an Stelle des Consuls der vom Reichskanzler zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte und an Stelle des Consulargerichts das nach Maßgabe der Bestimmungen über das letztere zusammengeordnete Gericht des Schutzgebietes tritt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch kaiserliche Verordnung festgesetzt. § 3. Durch kaiserliche Verordnung kann 1) bestimmt werden, daß in den Schutzgebieten auch andere als die im § 1, Absatz 2 des Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit bezeichneten Personen der Gerichtsbarkeit unterliegen; 2) dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten die Befugnis ertheilt werden, bei Erlaß polizeilicher Vorschriften nach § 4 des

Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit gegen die Nichtbefolgung derselben Gefängniß bis zu drei Monate Haft, Geldstrafe und Einziehung einzelner Gegenstände androhen; 3) die Gerichtsbarkeit in den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Sachen (§ 31 des Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit) den Gerichten der Schutzgebiete in der Weise übertragen werden muß, daß a. eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft stattfindet und der Staatsanwalt von dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten aus der Zahl der in den Schutzgebieten befindlichen kaiserlichen Beamten oder der zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft zugelassenen Personen oder der sonstigen adäquaten Gerichtseingekessenen zu bestellen ist, b. so weit es die Verhältnisse gestatten, eine Voruntersuchung geführt wird, deren Regelung besonderer kaiserlicher Verordnung vorbehalten bleibt, c. an der Hauptverhandlung außer dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten vier Beisitzer theilzunehmen haben, d. im Uebrigen die Vorschriften Anwendung finden, welche für die in § 28 des Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit bezeichneten Strafsachen gelten; 4) als Berufungs- und Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Contractsachen und in den zur streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehörenden Angelegenheiten das hanseatische Oberlandesgericht oder ein deutsches Consulargericht und in Rechtsachen bei welchen Eingeborene als Beklagte oder Angeklagte theilhaftig sind, ein Gerichtshof im Schutzgebiet bestimmt und in dem Verfahren vor dem Berufungs- oder Beschwerdegericht der Anwaltszwang ausgeschlossen werden; 5) für die Zustellungen, die Zwangsvollstreckung und das Kostenwesen einfachere Bestimmungen vorgeschrieben werden. § 4 Das Gesetz, betreffend die Geschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande, vom 4. Mai 1870 findet für die Schutzgebiete mit der Maßgabe Anwendung, daß dasselbe durch kaiserliche Verordnung auch für andere Personen als für Reichsangehörige ausgedehnt werden kann und an Stelle des Bundesconsuls der von dem Reichskanzler zur Geschließung und zur Beurkundung des Personenstandes ermächtigte Beamte tritt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt. § 5. Der gesetzlichen Regelung bleibt die etatsmäßige Behandlung der Einnahmen aus den Schutzgebieten vorbehalten.

Eine Reihe weiter gehender Anträge des Centrums wurde abgelehnt. Ein Commissar des auswärtigen Amtes erklärte, daß die Einnahmen aus den Colonien verläufig bei der Reichshauptkasse affectirt werden. Ueber ihre Verrechnung im Etat werde man demnächst eine Vereinbarung mit dem Reichstage suchen.

Berlin, 26. Febr. Der Austritt des Abgeordneten von Meyer-Arnswalde aus der conservativen Fraction macht in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen. Man vermuthet, daß Herr v. d. Red und Herr v. Gerlach dem Beispiele folgen werden.

Daß übrigens den Conservativen angesichts der Polenvorlagen nicht gut zu Muth ist, beweist die Kreuzzeitung, welche schreibt: „Für heute wollen wir uns darauf beschränken, zu bemerken, daß wir wünschten, die Regierung hätte die Vorlage, betr. die Impfarzte, nicht gemacht. Uns will scheinen, daß man die Polenvorlage nur unter großen und allgemeinen Gesichtspunkten in Angriff nehmen darf. Jede in das Kleinliche sich verlierende Gesetzgebung kann leicht der großen Action den Stempel der Gehässigkeit oder der Väterlichkeit aufdrücken, die wir beide vermeiden zu sehen wünschen. Die Vertheidigung des Gesetzes durch Herrn von Gopler, vorwiegend vom impfstechischen Standpunkte aus, mag für eine allgemeine Maßregel berechtigt sein, obgleich wir auch dann noch gegen die ausschließliche Function der beamteten Aerzte aus verschiedenen Gründen erste Bedenken geltend zu machen haben, als Ausnahmemaßregel aber zum Zweck der Germanisirung in den östlichen Provinzen die Vorlage zu rechtfertigen, ist dem Cultusminister in keiner Weise gelungen.“

Berlin, 26. Februar. Die Generalversammlung der Spiritusfabrikanten wird sich morgen mit dem Spiritusmonopol beschäftigen. Die zur Vorberatung niedergesetzte Commission hat sich nicht einigen können. Ein Theil schlägt eine laiche Resolution zu Gunsten des Monopols vor, ein anderer Theil macht folgende Gegenanträge: 1) Die Malzdraumsteuer wird fortgehoben. Außerdem wird von allem im Inlande verbrauchten Spiritus vom Heftoliter à 100 pSt. eine Consumsteuer von 100 Mark vom 1. August 1886 ab erhoben. 2) Der Spiritusföller wird von der Steuerbefreiung ausgeschlossen. Jeden dritten Tag wird der Spiritus in Fässer unter Aufsicht der Behörden gelassen; der Besitzer führt aus dem Keller in steuerfreie Lager der Kaufleute den Spiritus unter Begleitschein, nachdem derselbe in vorher taxirte Fässer gefüllt ist. Durch das Gewicht des vollen Fasses wird dann der Inhalt ermittelt. Aus dem Lager der Kaufleute geht er steuerfrei zum Export oder zur Denaturirung, oder, mit der obigen Steuer belastet, in den Consum über. 3) Die jetzt vorhandenen Brennereien werden nach dem letzten dreijährigen Durchschnitt ihres Betriebes, oder wenn die Brennerei erst im letzten oder vorletzten Jahre in Betrieb gesetzt ist, nach diesem contingentirt. Ergiebt sich, daß in einem Jahre mehr als 420 Millionen Liter à 100 pSt. producirt sind, so wird für nächstes Jahr im Verhältnis dieser Ueberschreitung der Betrieb aller Brennereien durch Verordnung der Reichsregierung eingeschränkt. Neue Brennereien können errichtet werden, wenn die Cultur des betreffenden Landgutes es erfordert, und wenn ein geringeres Quantum als 420 Millionen Liter bei vollem Betrieb der vorhandenen Brennereien producirt wird. Ueber die Errichtung entscheidet ein Gutachten von Sachverständigen, deren Vorsitzender ein Beamter der Reichsregierung ist. 4) Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Exportvergütung von 16 Mark bis auf 22 Mark zeitweise zu erhöhen, wenn der Bundesrath dies im Interesse des Reiches für vorthellhaft erachtet. Der Vorstand wird beauftragt, auf Grund dieser Vorschläge einen Gesetzentwurf auszuarbeiten zu lassen und denselben der Reichsregierung bei Berathung des Gesetzes, betreffend das Branntweinmonopol, zur geneigten Berücksichtigung zu unterbreiten.

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Berlin, 26. Februar. Nach einem dem Magistrat mitgetheilten Rescripte des Oberpräsidenten hat sich der Minister des Innern nach Anhören aller Oberpräsidenten gegen die Zulässigkeit des Schieferverkehrs bei den Sparsassen unter einander ausgesprochen.

Berlin, 26. Februar. In der heutigen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank wurde der Geschäftsbericht pro 1885 vorgelesen, welchem eine Dividende von 6,24 pSt. entsprechen würde, deren definitive Festsetzung durch den Reichskanzler erfolgt. Die Generalversammlung wurde auf den 17. März festgesetzt.

München, 26. Februar. Abgeordnetenkammer. In der fortgesetzten Berathung des Justizetats besprachen Dr. v. Geiger und Frankfurter den preussischen Antrag, betreffs Abänderung des § 22 des Reichspressgesetzes (jährmonatliche Verjährungsfrist bei Preßvergehen) und sprachen die Erwartung aus, daß die bayerische Regierung hierbei nicht mitwirken werde. In dem von einem preussischen Regierungskommissar im Reichstage gemachten Vorschlage werden dem Kaiser zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter Dispositionsfonds

zur Verfügung gestellt. Geiger erblickt hierin einen Angriff auf die Zuständigkeit der Einzelstaaten. Der Justizminister erklärte, daß über die Abänderung des § 22 die Verhandlungen noch im Bundesrath schwebten. Die Erklärungen des preussischen Commissars sind ohne Beschluß der verbündeten Regierungen erfolgt. Schließlich wurde der ganze Etat erledigt.

Birmingham, 26. Februar. In Smethwic, unweit Birmingham, stellten heute Morgen dreitausend in der Schraubenfabrik von Nettelford beschäftigte Arbeiter in Folge einer zehnprocentigen Lohnreduction die Arbeit ein, richteten Steinwürfe gegen den Fabrikdirector und zertrümmerten die Fenster der eigenen und mehrerer anderer Schraubenfabriken. Inzwischen marschirten die auf 4000 Personen angewachsenen Strikenden in der Richtung nach Birmingham. Die hiesigen Polizeikräfte wurden verstärkt, um Ausschreitungen entgegenzutreten.

Petersburg, 26. Februar. Der Secretär des äußeren Amtes, Baggevoit, ist gestern nach Rom in einer Specialmission beim Papste abgereist.

Handels-Zeitung.

Breslau, 26. Februar.

* Die städtische Bank zu Breslau veröffentlicht jetzt ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1885 auch als Separat-Abdruck aus der „Breslauer Statistik“. Hieraus ist ersichtlich, daß die städtische Bank außer einem Verluste von 1400 Mark, durch Wechselfälschung verursacht, keinen Ausfall erlitten hat. Weiter heisst es darin: Wir erzielen nach Abzug aller Unkosten, welche sich durch die nothwendig gewordene Anfertigung neuer Banknoten aussergewöhnlich um 831,05 Mark erhöhten, einen Reingewinn von 238 538,39 Mark, das sind 7,95 pSt. des Stamm Capitals, ein Geschäftsergebnis, welches wir unter den obwaltenden Verhältnissen wohl als ein zufriedenstellendes bezeichnen dürfen. Von diesem Reingewinne liefern wir der Stadt Breslau als Ueberschuss 225 000 Mark ab, was einer Verzinsung von 7½ pSt. für die der Bank überwiesenen 3 000 000 Mark Stamm-Capital entspricht; die restirenden 13 538,39 Mark führen wir unserem Delcredere-Conto als Reserve für etwaige künftige Ausfälle zu, und bezeichnen sich dasselbe nunmehr auf 19 956,02 Mark. Der Kassenverkehr betrug einschliesslich des Vortrages aus 1884 im Eingange 59 219 116 Mark, im Ausgange 57 369 608 M., zusammen 116 588 724 M. (gegen 120 484 811 M. in 1884). Als Kassenbestand wurden in das Jahr 1886 1849 508 M. überführt. Im Discont-Geschäft wurden aus dem Jahre 1884 2148 Wechsel im Geldwerthe von 4 231 285 M. übernommen, neu erworben im Laufe des Jahres 14 983 Wechsel im Betrage von 25 665 670 Mark, so dass der Eingang von Wechseln die Summe von 29 896 955 Mark repräsentirt. Hiervon gelangten zur Einlösung oder wurden rediscoutirt 14 538 Wechsel im Betrage von 25 081 500 M., so dass ultimo 1885 im Bestande verblieben 2593 Wechsel im Betrage von 4 815 455 Mark. Der für erworbene Wechsel angelegte Geldbetrag war um 901 671 Mark niedriger als im Vorjahre. Die für discontirte Wechsel eingenommenen Zinsen beliefen sich in 1885 auf 208 177 M. gegen 197 839 Mark in 1884. Im Lombard-Geschäft betrug der ausgeliehene Betrag Anfang des Jahres 3 778 700 M., neue Darlehen wurden in 1885 22 735 500 M. gewährt, von dem ausgeliehenen Gesamtbetrage der 26 514 200 M. wurden 22 808 500 M. zurückgezahlt, so dass in das Jahr 1886 ein ausstehender Darlehensbetrag von 3 705 000 M. übernommen wurde. Im Jahre 1884 betrugen die Lombarddarlehne 23 944 300 M., sodass ein Rückgang in 1885 um 1 203 000 M. eingetreten ist. An Lombard-Zinsen wurden vereinnahmt im Jahre 1885 158 431 M., in 1884 143 674 M. Der Depositen-Verkehr zeigt einschliesslich des Uebertrags von 1884 den 2 987 860 M. einen Eingang von 11 440 190 M., einen Ausgang von 7 916 990 M., sodass ein Bestand verbleibt von 3 523 200 M. Die Zinsen für die eingezahlten Depositen-Capitalien betrugen im Jahre 1885 116 161 M., von denen 42 220 M. Anfang des Jahres 1886 noch nicht abgehoben waren. Unter Berücksichtigung der Ueberträge war die Verzinsung im Vergleich mit dem Vorjahre um circa 2000 M. höher. Notensteuer hatte die städtische Bank im Jahre 1885 nicht zu entrichten. Ausser den regelmässigen monatlichen Revisionen der Kassen- und Wechselbestände, sowie der Lombard-Unterpfänder hat auf Anordnung des Magistrats eine ausserordentliche Kassen-Revision am 8. Mai 1885 stattgefunden, Monita sind dabei nicht gezogen worden.

* Oberschlesische 1880er Prioritäten. Zu den Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn de 1880, welche vom ersten Januar d. J. ab 4 pSt. Zinsen tragen, sind neue Zinsbogen ausgegeben worden, welche zugleich mit den zu diesem Zwecke vor Wochen eingelieferten Obligationen in die Hände der Einreicher gelangten. Bei dieser von Kurzem erfolgten Ausgabe der neuen Zinsbogen ist ein eigenthümlicher und recht unliebsamer Irrthum vorgekommen; die Königliche Eisenbahn-Direction Breslau versendete an die Wechselstuben bezw. an alle diejenigen, welche neue Couponbogen empfangen haben, diebezüglich folgendes Circularschreiben: „In den bei unserer Hauptkasse noch befindlichen Beständen der neu ausgefertigten Zinscheinbogen zu den 4procentigen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn de 1880 haben sich Zinsbogen vorgefunden, welche anstatt über 1000 Mark Capital und 20 Mark halbjährige Zinsen und bezw. über 500 Mark und 10 Mark Zinsen infolge eines Versehens beim Druck irrtümlich auf 3000 Mark Capital und auf 60 Mark halbjährige Zinsen lauten. Mit Rücksicht hierauf ersuchen wir Sie ergebenst, die Ihnen übersendeten und bezw. übergebenen Zinsbogen bezüglich der Richtigkeit von Capitals- und Zinsbetrag gefälligst prüfen zu wollen, einen etwa vorgefundenen unrichtigen Zinsbogen aber an uns behufs Umtausches baldmöglichst einzusenden. Der Umtausch wird kostenfrei (einschliesslich des Porto) erfolgen. Wir machen zugleich darauf aufmerksam, dass wir hiermit jede Verantwortlichkeit für die Folgen, die aus der Benutzung eines an Sie verabfolgten unrichtigen Zinscoupons entstehen können, ablehnen. Königliche Eisenbahn-Direction.“ Unser — Correspondent schreibt uns hierzu: Die Breslauer Wechselstuben-Inhaber, von denen jeder einzelne die Besorgung neuer Couponbogen für eine grosse Anzahl seiner Kunden kostenfrei zu übernehmen pflegt, und die hier in Rede stehenden Zinsbogen schon weiter gegeben hat, werden sich jedenfalls der Mühe unterziehen, ihre Kundschaft zu den nöthigen Recherchen zu veranlassen; sie wollen sich indessen zugleich dagegen verwahren, dass ihnen die Verantwortlichkeit für die Folgen eines Versehens, das lediglich in den Bureaux der Direction gemacht worden ist, aufgebürdet wird, wie dies der Schlussatz des oben mitgetheilten Circularschreibens ausspricht. Zieht man in Erwägung, dass die Zinscoupons der Oberschlesischen Prioritäten von Hand zu Hand gehen und in der Regel ohne weitere Prüfung anstandslos wie baar Geld genommen werden, so ist die Gefahr eine grosse und die Königliche Direction, deren Beamte ein Versehen gemacht haben, wird sich der Verpflichtung füglich nicht entziehen können, durch wiederholte Bekanntmachungen in Zeitungen das Publikum auf den Fall aufmerksam zu machen, es vor der Annahme dieser Zinscoupons zu warnen, oder auf irgend welche Weise es vor Schaden zu bewahren, zumal einen solchen schliesslich doch wohl die Königliche Direction zu tragen hätte.

Ausweise.

Wien, 26. Februar. [Wochen-Ausweis der österreichisch-angarischen Bank vom 23. Februar. *)

Notenumlauf	338 400 000	Fl. Abn.	5 329 000	Fl.
Metallschatz in Silber	130 800 000	=	Abn.	21 000
do. in Gold	63 900 000	=	Abn.	7 000
In Gold zahlbare Wechsel	15 900 000	=	Zun.	221 000
Portefeuille	109 300 000	=	Abn.	2 576 000
Lombarden	22 100 000	=	Abn.	802 000
Hypotheken-Darlehen	90 200 000	=	Zun.	29 000
Pfandbriefe in Umlauf	82 800 000	=	Zun.	79 000

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. Februar.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 26. Februar. Neueste Handels-Nachrichten. Der in Königsberg tagende Landtag der Ostpreussischen Landschaft hat die Convertirung der 4proc. Pfandbriefe in 3½procentige einstimmig beschlossen. — Dem „Börsen-Courier“ zufolge hat die deutsche

Finanzgruppe, welche seiner Zeit die Emission der Aktien der Italienischen Mittelmeer-Eisenbahn-Gesellschaft an den deutschen Börsen durchgeföhrt hat, den Betrag von 100 Millionen Francs 5procentiger Obligationen der Gesellschaft übernommen, welche im Monat März oder April d. J. zur Emission gelangen sollen. — Derselben Blatte wird aus London gemeldet, dass demnächst auch die 4procentigen Egyptischen Daira-Obligationen an der Berliner und Frankfurter Börse eingeföhrt werden sollen. — Das Börsencommissariat hat den Prospect der 6procentigen Prioritätsactien der Szatmar-Nagybanya-Eisenbahn genehmigt. Die Subscription auf die Actien findet am 2. März zum Course von 88 pCt. statt. — Ferner genehmigte das Börsencommissariat den Prospect für die 6procentigen Prioritätsactien der vereinigten Arader und Csanader Eisenbahn. — In der Ultimo-Regulirung blieben im Grossen und Ganzen die gestrigen Sätze bestehen. Seitens einer hiesigen grossen Bank war Geld bis zum 2ten Juni mit 2 pCt. angeboten. Es wurden folgende Sätze bezahlt: Oesterreichische Creditactien 0,50—0,10, 0,30 M. Deport, Franzosen 0,75—0,60 M. Deport, Lombarden 0,90—0,75 M. Deport, Disconto-Commandit-Antheile glatt, Deutsche Bank 0,05 pCt. Deport, Dortmunder Union 0,375 pCt. Deport, Laurahütte 0,175—0,20 pCt. Deport, Italiener 0,25 pCt. Deport, Ungarn 0,45—0,475—0,45 pCt. Deport, gemischte Russen 0,40 bis 0,45 pCt. Deport, 1884er Russen 0,275—0,30 pCt. Deport, 1880er Russen 0,20 pCt. Deport, Orientanleihe 0,30 pCt. Deport. Alles mit Courtago. — In der heutigen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank wurde beschlossen, die Vertheilung einer Dividende von 6,24 pCt. vorzuschlagen gegen 6,25 pCt. im Vorjahre (siehe auch unter den politischen Telegrammen). Der Gesamtgewinn des Instituts beträgt in runder Zahl 10 Millionen Mark, wovon 7 Millionen auf das Disconto- und 3 Millionen auf das Lombardgeschäft entfallen. Abgeschrieben wurden ausser den 200 000 Mark, welche in Hamburg gestohlen worden sind, noch 500 000 Mark für verschiedene Verluste. Dem Reservofonds ist über eine Million Mark überwiesen worden. Dem Staate fallen als Gewinnantheil circa 2 Millionen Mark zu. — Morgen findet die Aufsichtsrathssitzung der Nationalbank für Deutschland statt, in welcher die Bilanz vorgelegt werden wird. Man nimmt an, dass die Dividende auf 4 pCt. festgesetzt werden wird. In der demnächst stattfindenden Aufsichtsrathssitzung des Schlesischen Bankvereins wird die Dividende mit 5 pCt. in Vorschlag gebracht werden, wobei die Abschreibungen sehr reichlich bemessen sein werden, ausserdem hat das Institut eine Gewinnreserve dadurch, dass seine Effectenbestände zu dem Erwerbspreise in die Bilanz eingestellt werden, während dieselben zu dem Course vom 31. December einen höheren Werth repräsentiren. — Der Nettogewinn der Dresdener Bank beträgt 3356175 M. gegen 3402548 M. im Jahre 1884. Der Aufsichtsrath bringt die Vertheilung einer Dividende von 7 1/2 pCt. in Vorschlag, ferner werden dem Reservofonds wiederum wie pro 1884 180000 Mark zugewiesen und 39878 Mark auf neue Rechnung vorge tragen. Der Gewinn setzt sich aus folgenden Posten zusammen: für Sorten 212801 Mark Zinsen, abzüglich vergüteter Zinsen 2240327 M., Provisionen incl. Wechsel Comptoir Dresden, aber abzüglich vergüteter Provisionen 1335784 M. und Effecten und Consortial-Conto 515515 M. — Die Hypothekenbank in Hamburg bringt ihre 4 1/2procentigen Pfandbriefe, Serien 6 bis 15 inclusive, zur Conversion in 4procentige. Den convertirenden Besitzern wird der 4 1/2procentige Zinsgenuss bis 1. October belassen. Die Dividende der Chemischen Fabrik, Actiengesellschaft in Leopoldshall „Ascania“, wird mit 14 pCt. in Vorschlag gebracht, gegen 12 pCt. im Vorjahre. Nach der „Vossischen Zeitung“ begannen die Kalkwerke Aschersleben am Donnerstag die Abteufung des neuen Schachtes. Das ausgepumpte Grundwasser giebt nur noch wenige Procente Kali, weshalb die Verarbeitung beschränkt ist.

Wien, 26. Febr. Der Verwaltungsrath der Oesterreichischen Creditanstalt hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, für das Jahr 1885 eine Dividende von 13 1/2 Gulden österr. Währung per Actie zur Vertheilung zu bringen, den Reservofonds mit 20 pCt. des diesjährigen Reingewinnes, d. i. mit circa 375 400 Gulden zu dotiren und den verbleibenden Rest des Gewinnes im Betrage von ca. 45 800 Gulden auf das Gewinn- und Verlust Conto des laufenden Jahres zu übertragen. Die Gewinne aus den Consortialgeschäften sind, insoweit dieselben am 31. December 1885 abgerechnet waren, in das zur Vertheilung gelangende Jahreserträgniss einbezogen. Die Bilanz verrechnet die restlichen 220 Millionen Gulden von der Ungarischen Renten-Conversion, 25 Millionen Gulden Märzrente, 45 Millionen Gulden Ungarische Papierrente, 20 Millionen Gulden Südbahnprioritäten.

Berlin, 26. Febr. **Fondsbörse.** An der heutigen Börse war von der gestrigen Beunruhigung nichts mehr zu spüren. Die serbischen Anleihen konnten ihre letzten Course nicht nur behaupten, sondern theilweise sogar wieder erhöhen, und dies allein genügte, die Stimmung zu verbessern; ausserdem hält die Börse an dem Glauben fest, dass Herr von Hansemann bei seiner Anwesenheit in Petersburg die Conversion einer russischen Staatsanleihe abgeschlossen habe, was insbesondere den Course der Disconto-Commanditantheile günstig beeinflusste. Oesterreichische Creditactien schliessen 498, und Disconto-Commandit-Antheile 203. Auf dem österreichischen Bahnmarkt hält die günstige Stimmung für Elbethalbahnen Actien an. Dieselben setzten 2 1/4 Mark über gestriger Schlussnotiz ein, und stiegen bei ungemein belebtem Geschäft bis 291 1/2 Mark, auch Franzosen, Galizische Carl-Ludwigsbahn-Actien und Dux-Bodenbacher Eisenbahn-Actien verkehrten in fester Tendenz. Von den übrigen ausländischen Bahnen waren Mittelmeerbahn-Actien bei lebhaften Umsätzen bevorzugt und ca. 1/2 bis 3/4 pCt. höher. Auch für russische Bahnwerthe zeigte sich gute Kauflust, und haben Kursk-Kiew-Eisenbahn-Actien 1/2 pCt., und Warschau-Wiener Eisenbahn-Actien 1/2 M. angezogen. Auf dem inländischen Bahnmarkte, der ebenfalls eine bessere Haltung zeigte, concentrirte sich das Hauptinteresse wieder auf Dortmund-Großauer Eisenbahnactien, welche in enormen Posten umgingen und bis 67 1/2 pCt. gehandelt wurden. Auf dem Rentenmarkte waren ausser russischen Werthen auch serbische Anleihe wesentlich erhöht. Neue Serben wurden von 78 1/2—79 1/2 pCt. gehandelt und stellten sich auf 79,70 per Cassa, neue Egypter gingen zu 93,80—94 pCt. um und bleiben per Cassa 94 Geld. Der speculative Montanmarkt war ohne besonderes Leben, aber in Folge des Anziehens der Warrantspreise und der Convention der ober-schlesischen Walzwerke in wesentlich festerer Stimmung. Auch verschiedene Cassawerthe erzielten Steigerungen: Berzelius 2 1/2 pCt., Commerer 1 pCt., desgleichen convertirte 3 pCt., König Wilhelm- und Westfälische Union-Stamm-Prioritäten 1/2 pCt. Dagegen verloren Westeregeln-Alkaliwerke 2 1/4 pCt. Unter den übrigen Industriewerthen verloren Linke 1 pCt.

Berlin, 26. Febr. **Produktenbörse.** An der Productenbörse bot das anhaltende Frostwetter den matten auswärtigen Notirungen ein Gegengewicht; es fanden wieder grössere Deckungskäufe statt. Trotzdem musste Weizen 3/4 bis 1 Mark nachgeben. Am effectiven Markt sind harte russische und inländische Sorten für Süddeutschland begehrt. — Roggen bleibt mit den Eisenbahnen reichlich zugeführt; Termine verkehrten in engen Grenzen zu behaupteten Preisen. — Gerste hat in feinen in- und ausländischen Qualitäten flotten Absatz, dagegen sind Mittel und ordinäre Sorten noch wie vor vernachlässigt. — Hafer in loco ergeht es ebenso. Termine bei kleinem Handel unverändert. — Mais hatte einigen Umsatz, per April-Mai 109, Mai-Juni 108 1/4. — Rübsöl schwach behauptet. — Petroleum unverändert. — Spiritus in loco und auf Termine bei vermehrtem Angebot etwas billiger abgegeben.

Paris, 26. Febr. **Zuckerbörse.** Rohzucker. 88 pCt. loco ruhig 34,00, weisser Zucker unentschieden, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 39,50, per März 39,60, per Mai-Juni 40,10, per Mai-August 40,80.

London, 26. Febr. **Zuckerbörse.** Havannazucker No. 14 14 nom. Rüben-Rohzucker 13. Unregelmässig Centrifugal Cuba 14 1/2.

Telegramme des Wolffschen Bureau.
Köln, 26. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 16,95, per Mai 17,35, Roggen loco —, per März 13,50, per Mai 13,70, Rübsöl loco 24, —, per Mai 24, —. Hafer loco 14,50.

Amsterdam, 26. Febr. [Schlussbericht.] Weizen loco niedriger, per März 207, —, per Mai —, —. Roggen loco fest, per März 133, —, per Mai 137, —. — Rübsöl loco 25, per März 24 1/4, per Mai 25 1/8.

Berlin, 26. Febr. [Amtliche Schluss-Course.]			Fest.		
Eisenbahn-Stamm-Actien.			Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Cours vom	26.	25.	Cours vom	26.	25.
Mainz-Ludwigshaf. . .	99 90	99 90	Posener Pfandbriefe	101 90	102 —
Galiz. Carl-Ludw.-B. .	83 10	82 70	Schles. Rentenbriefe	103 40	103 40
Gotthard-Bahn.	—	—	Goth. Prm.-Pfbr. S. I	107 60	107 60
Warschau-Wien.	243 90	243 —	do. do. S. II	105 20	105 20
Lübeck-Büchen.	158 40	158 50	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.			Breslau-Freib. 4 1/2%	—	103 60
Breslau-Warschau. . . .	68 50	68 50	Oberschl. 3 1/2% Lit. E	99 90	99 60
Ostpreuss. Südbahn	123 10	123 20	do. 4 1/2%	—	—
Bank-Actien.			do. 4 1/2% 1879	105 70	105 70
Bresl. Discontobank . .	87 70	88 40	R.-O.-U.-Bahn 4% II.	—	—
do. Wechselbank . . .	100 80	100 70	Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	61 20	61 —
Deutsche Bank	155 20	155 50	Ausländische Fonds.		
Disc.-Command. ult. .	202 70	200 60	Italienische Rente. .	98 30	98 30
Oest. Credit-Anstalt .	497 50	494 50	Oest. 4% Goldrente .	91 90	92 —
Schles. Bankverein. . .	102 70	103 90	do. 4 1/2% Papier. .	69 60	69 70
Industrie-Gesellschaften.			do. 4 1/2% Silberr. .	69 80	70 20
Brs. Bierbr. Wiesner .	90 —	90 70	Banknoten.		
do. Eisub.-Wagenb. . .	117 —	118 —	Oest. Bankn. 100 Fl.	161 65	161 90
do. verein. Oelfabr. . .	63 30	63 50	Russ. Bankn. 100SR.	201 30	200 95
Hofm. Waggonfabrik .	114 —	114 —	do. per ult.	201 —	201 20
Oppeln. Portl.-Cemt. .	93 50	93 70	Wechsel.		
Schlesischer Cement .	127 —	126 50	Amsterdam 8 T.	169 25	—
Bresl. Pferdehahn. . .	129 50	129 20	London 1 Lstrl. 8 T.	20 40	—
Erdmannsdtr. Spinn. .	—	84 —	do. 1 „ 3 M.	20 34	—
Kramts. Leinen-Ind. .	127 70	127 70	Paris 100 Fres. 8 T.	81 10	—
Schles. Feuerversich. .	1545 —	1350 —	Wien 100 Fl. 8 T.	161 60	161 65
Bismarckhütte. . . .	105 50	105 50	do. 100 Fl. 2 M.	160 75	160 80
Donnersmarkthütte .	31 40	30 70	do. 100 Fl. 3 M.	160 25	160 30
Dortm. Union-St.-Pr.	56 90	56 50	do. 100 Fl. 4 M.	159 75	159 80
Laurahütte.	84 50	84 25	do. 100 Fl. 6 M.	159 25	159 30
Oberschl. Eisb.-Bed.	33 —	32 10	do. 100 Fl. 9 M.	158 75	158 80
Schl. Zinkh. St.-Act.	116 70	115 20	do. 100 Fl. 12 M.	158 25	158 30
do. St.-Pr.-A.	118 20	118 —	do. 100 Fl. 15 M.	157 75	157 80
Inowrazl. Steinsalz.	37 20	37 70	do. 100 Fl. 18 M.	157 25	157 30
Vorwärts-Hütte. . . .	—	—	do. 100 Fl. 21 M.	156 75	156 80
Inländische Fonds.			do. 100 Fl. 24 M.	156 25	156 30
Deutsche Reichsanl.	105 20	105 30	do. 100 Fl. 27 M.	155 75	155 80
Preuss. Pr.-Anl. de 55	138 30	138 20	do. 100 Fl. 30 M.	155 25	155 30
Preuss. 4% cons. Anl.	100 70	100 60	do. 100 Fl. 33 M.	154 75	154 80
Prss. 3 1/2% cons. Anl.	100 70	100 60	do. 100 Fl. 36 M.	154 25	154 30
Ausländische Fonds.			do. 100 Fl. 39 M.	153 75	153 80
1860er Loose.	—	—	do. 100 Fl. 42 M.	153 25	153 30
1864er Loose.	—	—	do. 100 Fl. 45 M.	152 75	152 80
Credit-Actien.	298 20	297 60	do. 100 Fl. 48 M.	152 25	152 30
Ungar. do.	—	—	do. 100 Fl. 51 M.	151 75	151 80
Anglo.	—	—	do. 100 Fl. 54 M.	151 25	151 30
St.-Eis.-A.-Cert. . . .	257 30	257 50	do. 100 Fl. 57 M.	150 75	150 80
Lomb. Eisenb.	127 50	128 50	do. 100 Fl. 60 M.	150 25	150 30
Türken neue cons.	15 67	15 42	do. 100 Fl. 63 M.	149 75	149 80
Unificirte Egypter.	68 3/4	67 3/4	do. 100 Fl. 66 M.	149 25	149 30
Frankfurt a. M., 26. Februar. Italien 100 Lire k. S. 87,85 bez.			do. 100 Fl. 69 M.	148 75	148 80
Frankfurt a. M., 26. Februar. Mittags. Credit-Actien 239, 62.			do. 100 Fl. 72 M.	148 25	148 30
Staatsbahn 207, 75. Galizier 166, —. Ziemlich fest. Märzcourse.			do. 100 Fl. 75 M.	147 75	147 80
Hamburg, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 78 M.	147 25	147 30
Weizen loco fest, holsteinischer loco 158—162. — Roggen loco fest, Mecklenburger loco 138—146, Russischer fest, loco 106—110			do. 100 Fl. 81 M.	146 75	146 80
Rüböl ruhig, loco 43 1/2. Spiritus matter, per April-Mai 26 1/2, per Juli-August 26 1/2, August-September 28 1/4, September-October 29 1/4. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 84 M.	146 25	146 30
Paris, 26. Februar. Rohzucker loco 34, —.			do. 100 Fl. 87 M.	145 75	145 80
London, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 90 M.	145 25	145 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Schnee.			do. 100 Fl. 93 M.	144 75	144 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 96 M.	144 25	144 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 99 M.	143 75	143 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 102 M.	143 25	143 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 105 M.	142 75	142 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 108 M.	142 25	142 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 111 M.	141 75	141 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 114 M.	141 25	141 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 117 M.	140 75	140 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 120 M.	140 25	140 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 123 M.	139 75	139 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 126 M.	139 25	139 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 129 M.	138 75	138 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 132 M.	138 25	138 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 135 M.	137 75	137 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 138 M.	137 25	137 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 141 M.	136 75	136 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 144 M.	136 25	136 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 147 M.	135 75	135 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 150 M.	135 25	135 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 153 M.	134 75	134 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 156 M.	134 25	134 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 159 M.	133 75	133 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 162 M.	133 25	133 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 165 M.	132 75	132 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 168 M.	132 25	132 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 171 M.	131 75	131 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 174 M.	131 25	131 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 177 M.	130 75	130 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 180 M.	130 25	130 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 183 M.	129 75	129 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 186 M.	129 25	129 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 189 M.	128 75	128 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 192 M.	128 25	128 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 195 M.	127 75	127 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 198 M.	127 25	127 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 201 M.	126 75	126 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 204 M.	126 25	126 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 207 M.	125 75	125 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 210 M.	125 25	125 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 213 M.	124 75	124 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 216 M.	124 25	124 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 219 M.	123 75	123 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 222 M.	123 25	123 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 225 M.	122 75	122 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 228 M.	122 25	122 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 231 M.	121 75	121 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 234 M.	121 25	121 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100 Fl. 237 M.	120 75	120 80
Paris, 26. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)			do. 100 Fl. 240 M.	120 25	120 30
Weizen ruhig, per Februar 21, 90, per März 21, 60, per März-Juni 21, 90, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 47, —, per März 47, 30, per März-Juni 47, 90, per Mai-August 48, 90. — Rüböl behauptet, per Februar 55, —, per März 55, 50, per März-Juni 56, —, per Mai-Juni 57, —. — Spiritus ruhig, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 47, 75, per Mai-Aug. 48, —. — Wetter: Frost.			do. 100		

Breslauer Handels-Blatt.

Begründet im Jahre 1844.

Special-Organ

für die Handels- und landwirthschaftlichen Interessen in Schlesien und Posen.

finden durch das Breslauer Handels-Blatt die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung.

Probenummern gratis und franco.

[2834]

Stadt-Theater.

Sonnabend. 57. Bous-Vorstellung. (Kleine Preise.) „Ein Lustspiel.“ Lustspiel in 4 Acten von H. Venedict. Sonntag. 58. Bous-Vorstellung. „Die Meistersinger von Nürnberg.“ Oper in 3 Acten von R. Wagner. Nachmittags. (Halbe Preise.) „Die Grille.“ Ländliches Charakterbild in 5 Acten von Ch. Birch-Weiser. Montag. 59. Bous-Vorstellung. (Kleine Preise.) „Der Com-pagnon.“ Lustspiel in 4 Acten von A. Arronge.

Lobe-Theater.

Sonnabend. „Ein Tropfen Gift.“ Lustspiel in 3 Acten. Sonntag. „Die Herrin ihrer Hand.“ Schauspiel in 5 Acten von E. v. Wildenbruch. Nachmittags. Bei ermäßigten Preisen: „Die goldene Spinne.“

Thalia-Theater.

Sonntag. „Don Cesar.“ Operette in 3 Acten von Dellinger. Nachmittags. Bei ermäßigten Preisen: „Manfess Angot.“ Operette in 3 Acten von Secoca. [2983]

Saison-Theater.

Sonnabend. Zum letzten Male: „Uriel Acosta.“ [2963]

Flügel'scher Gesangsverein.

Sonntag. den 28. Februar. Vormittags 1 1/2 Uhr, im Concert-hause: **Chorprobe m. Orchester.** Ausgabe der Podiumkarten.

Verein für klass. Musik.

J. S. Bach, Sonate f. Flöte und Clav. Nr. 5, e-moll. J. Haydn, Streichquartett, op. 9, Nr. 3, g-dur. [2992] Fr. Lachner, Clavierquintett, op. 145, a-moll.

Clavier: Dr. Polko.

Gastbillets (M. 1) bei Lichtenberg.

Musiksal der Königl. Universität.

Dinstag, den 2. März, 8 Uhr (frei aus dem Gedächtnis):

Recitation von

Friedrich Eulau:

Der Rattenfänger

von Hameln

von Jul. Wolff.

Num. Pl. 1.50, nichtnum. 1 Mk. Schüler und Schülerinnen 50 Pf. Billets bei Jul. Hahnauer, Buchhandlung, sowie Abends an der Kasse. [2961]

Liebig's Etablissement.

Sonnabend, den 27. Februar. Vorlesung d. Duettschönen Geschw. Flori. Gatt. d. Solotänzerinnen Fels. Rosa und Alma Fricka. Gastspiel der Operetten-Soubrette

Frau Golch-Becker.

Zum 7. Male: [2988]

Das Pensionat.

Romische Oper in 2 Acten von Suppé. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Sonntag zum 1. Male:

Lustige Studentenfahrten.

Dinstag, den 2. März:

I. Gastspiel der

Wiener

Tanzliederfängerinnen

Gothov-Grünecke.

Zeltgarten.

Zum vorletzten Male die zusammengewachsenen **Zwillinge**

Johann u. Jacob Tocci

(2 Köpfe, 2 Füße, 4 Arme und nur einen Leib).

Auftreten

der Clodan-Mitatoren

Frères Tacchi

(zum ersten Male in Breslau).

Vorlesung des

Orig.-Morley-Trios

u. Sisters Rammy

(Clavier und Pantomimisten), der Parterre-Gymnastiker

Troupe Zaro,

des Damen-Terzett's

Alpenveilchen,

der Couplet-Sängerin Fräul. Gisella Offarelli, des Komikers Herrn Eugen Roher u. der Wiener Lieder-Sängerin Fräulein Marion. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Wanckel'sche

höhere Knabenschule,

Ring 30, Schulstraße 77.

Nona bis Ober-Quinta incl.,

halbjährige Curie. Anmeldungen für

Diern täglich von 12-1 Uhr.

[1598]

O. Schäfer.

Simmenauer

Victoria-Theater.

Täglich: Grosse

Künstler-Vorstellung.

Auftreten neuer, grossartiger

Specialitäten.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Restaurant

Eduard Scholz

vormals Labuske,

75 Ohlauerstr. 75.

Münchener Spatenbräu,

Kulmbacher, Pilsener,

Lager-Bier,

Engl. Porter und Ale.

Gewählte Speisekarte.

Speisen.

Morgen, Sonntag,

von 12 bis 6 Uhr Abends:

Crème Royal,

à 20 Pf.,

empfehlen [3705]

J. Wolff's Conditorei,

17, Schmiedebrücke 17.

Humboldt-Verein

für Volksbildung.

I. Sonntag, den 28. Febr., fällt

der Vortrag aus. [1302]

II. Mittwoch, den 3. März, Abds.

8 Uhr: Letzter cyklicher Vortrag

des Herrn Realgymnasiallehrers C.

Schmidt: „Ueber das neuere deutsche

Drama.“

III. Zu der Dinstag, den 2. März,

stattfindenden Recitation des Herrn

Eulau im Musiksaale der Universität

erhalten die Mitglieder Karten zum

halben Preise, sowohl bei Hrn. Hai-

nauer als auch an der Abendkasse.

Linoleum

(Korkteppich), [2297]

praktischer Zimbelbelag, auch

in Käufern und abgepaßten Vorlagen,

zu enorm billigen und herabge-

setzten Preisen. Ring 45,

Korte & Co., 1. St.

Pension.

In einer bestempfohlenen Familie

Gast's findet wieder ein junges

Mädchen liebevolle Aufnahme zur

gründlichen Erlernung des Haus-

haltes und weiteren Ausbildung. —

Gewissenhafte körperliche und geistige

Pflege wird zugesichert. Schöne, ge-

sunde und freigelegene Wohnung mit

Garten. Näheres durch Frau Julie

du Buisson in Cassel. [2993]

Für Hautkranke u.

Spezial. Form. 8-11, Nachm. 2-5,

Breslau, Engstr. 11. [1736]

Dr. Karl Wolsz,

in Oesterreich-Ungarn approbirt.

10000 Mark

auf Hypothek gesucht, ausgeh. 58000

Mark, Zinsfuß 93000 Mk., per April

1886. Offerten M. A. 48 Briefst. der

Breslauer Zeitung. [3722]

15 000 Mark

hinter M. 63000 Bankgeld auf einem

Gut in Schlesien, ausgehend mit

54400 Mk. Nettoertrag, zum 1. April c.

gekauft. Näheres unt. N. 21036

an Haasenfein & Vogler in

Breslau. [1307]

1 Phil. w., um f. j. Gr. v. j. f.,

1 f. Hyp.-Ant. v. 1500 M. (fällig

1. Oct. 88) g. Dam. j. v. Gest.

Off. j. v. an Serbin, Militisch

b. Gr.-Graudenz OS. [3708]

Auf ein Gut von 1050 Morg. werd.

hinter 10,000 Thaler Bankgelder,

5000 Thaler zur 2. Hypothek

gekauft. Gef. Off. unter F. W. haupt-

postlagernd Breslau. [3718]

Bekanntmachung.

Der Antrag auf Versteigerung der zum Nachlass des zu Malisch am 14. Juli 1885 gestorbenen Brauereibesizers Friedrich Wilhelm Töp-pich gehörigen Grundstücke Nr. 8, 22, 41, 131, 145, 161, 165, 172 und 178 Malisch, Nr. 65 Regnitz, sowie Nr. 85 Ober-Camöse und Nr. 96 und 177 Camöse ist zurückgenommen und werden die am 8. und 10. März anstehenden Termine aufgehoben. Neumarkt, den 25. Febr. 1886. Königlich. Amts-Gericht. gez. Wache. [2959]

Zwangsversteigerung.

Auf Antrag der Benefizialerben des Fabrikbesizers Bronislaus Fienies aus Neumarkt i. Schl. sollen die zum Nachlasse des Letzteren gehörigen, im Grundbuche von Neumarkt Band XIV Blatt Nr. 803 und Band IV Blatt Nr. 339, sowie von Pfaffendorf Band I Blatt Nr. 11 auf den Namen der Amanda, verwitweten Fabrikbesizer Fienies, geborenen Zimmer, zu Neumarkt eingetragenen, zu Neumarkt beziehungsweise zu Pfaffendorf belegenen Grundstücke Nr. 803 Neumarkt (Fabrikgebäude), Nr. 339 (Wohnhaus und Kesselhaus) und Nr. 11 Pfaffendorf (Acker) am 19. April 1886, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — im Gerichtszimmer Nr. 2, zwangsweise versteigert werden. Die Grundstücke sind, und zwar Nr. 803 Neumarkt mit 37,32 Mk., Nr. 339 Neumarkt ohne und Nr. 11 Pfaffendorf mit 7,62 Mk. Reinertrag und einer Fläche, und zwar Nr. 803 Neumarkt von 1,2050 Hektar, Nr. 339 Neumarkt von 0,1940 Hektar und Nr. 11 Pfaffendorf von 0,2400 Hektar zur Grundsteuer, mit und zwar Nr. 803 Neumarkt 600 Mk. und Nr. 339 Neumarkt 690 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abteilung II, eingesehen werden. Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 20. April 1886, Vormittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden. Neumarkt, den 22. Febr. 1886. Königlich. Amts-Gericht. gez. Wache.

Holzverkauf.

Königl. Oberförsterei Dembio

bei Oppeln.

Mittwoch, den 3. März cr.,

Vormittags von 10 Uhr ab,

kommen im Stern'schen Gasthause

zu Chronstau folgende Bauhölzer

zum Verkauf: Schuchbezirk Schwade,

Jag. 229, ca. 1 Kiefer I., 3 II., 24

III., 124 IV. und 93 Stüd V. Gl.

sowie 7 St. Fichten V. Gl. Schuch-

bezirk Tempelhof, Jag. 192, 367

St. Eisenbahnschwellen. Schuchbez.

Chronstau, Jag. 182, 130 St. Fich-

ten V. Gl., Jag. 175, 12 Kiefern

III., 63 IV. und 85 St. V. Gl. sowie

58 St. Fichten V. Gl. Schuchbezirk

Sczeczaj, Jag. 208, 19 St. Schwell-

en und 40 St. Ficht. V. Gl. Lot.

1 Kief. I., 5 II., 40 IV. und 220

St. V. Gl. Schuchbezirk Dembio-

hammer II, Jag. 100, 16 Fichten

V. Gl., Jag. 120, 7 Eichen III., 14

IV., 32 St. V. Gl. sowie 12 Kief. I.,

21 II., 86 III., 220 IV. und 95 St.

V. Gl. Schuchbez. Schodnia, Jag.

90, 12 Kief. I., 26 II., 102 III., 150

IV. und 74 St. V. Gl. Schuchbez.

Greuzthal, Jag. 50, 1 Kief. II., 6

III., 28 IV. und 8 St. V. Gl. sowie

163 St. Ficht. V. Gl., Jag. 77, 3

Kief. IV. und 20 St. V. Gl. Schuch-

bezirk Dembiohammer I, Jag. 38,

90 St. Schwellen. Schuchbez. Dani-

sch, Jag. 1, 2 Kief. III., 33 IV.

und 61 St. V. Gl., Jag. 21, 64 St.

Schwellen.

Ein Viertel der Laxe ist sofort im

Termin anzuzahlen. [2958]

Dembio, den 24. Februar 1886.

Der Oberförster.

v. Wallenberg.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Klein-Bauschwitz, Kreis Wohlau, Band I Blatt 3 auf den Namen des Landwirths Robert Dresse eingetragene, zu Klein-Bauschwitz belegene Grundstück am 31. März 1886, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden. Das Grundstück ist mit 499,98 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 23 ha 53 a 50 qm zur Grundsteuer, mit 102 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II eingesehen werden. Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten. Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt. Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 1. April 1886, Vormittags 9 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden. Witzig, den 2. Februar 1886. Königlich. Amts-Gericht.

Holzverkauf

in der Königl. Oberförsterei

Rybnik.

Donnerstag, den 4. März 1886,

von Vormittags 10 Uhr ab,

werden in der Mäuser'schen hieselbst

folgende Hölzer öffentlich meistbietend

versteigert werden: [2984]

a. Bauholz, aus den Schutzbezirken

Klofotisch, Janowicz, Lerschen-

Waldbheim, Parusichowicz,

Wielepole, Kniczentz und Dsojes

ca. 600 Stüd Kiefern und Fich-

ten und andere Nughölzer;

b. Brennholz, aus denselben Schutz-

bezirken ca. 300 rm Kiefern und

Fichten Scheite, sowie ca. 200

rm Knüppel- und diverse andere

Brennhölzer.

Parusichowicz bei Rybnik,

den 23. Februar 1886.

Der Königl. Oberförster.

Müller.

Bekanntmachung.

Die Jahresproduction der hiesigen

Gasanstalt von Steinkohlentheer,

ca. 14900 Etr., soll versteigert wer-

den. Versteigerte Angebote, auf die ganze

Production oder auf Theile derselben

gerichtet, ersuchen wir bis zum 11.

März d. J., Mittags 12 Uhr,

mit der Aufschrift „Angebot auf

Theer“ in unserm Bureau Mönchen-

straße Nr. 35/37 hier abzugeben. Die

Fuchswallach,
7 Jahre, Reitz- und Wagenpferd
weil überzählig, sofort zu verkaufen.
Cichorien-Fabrik Duben. [3691]

Zweigige Schlüssel
in Posament- u. Weißwaaren
Branche finden per 1. April c.
Stellung. [2789]
Carl Zweig,
Dess i. Schl.

C in der einfachen Buchführung
 sein muß, womöglich polnisch spricht
 findet vom 1. April dauernde Stell-
 in einer mittelgroßen **Bräuerei**.
 Off. sub R. H. O. 46 find an die
 Exp. d. Bresl. Sta. zu richt. [2986]

Ein Lehrling findet in meinen
Buz- und Weißwaarengeschäft
p. sofort Stellung. [2953]
M. Freymann.
Oppeln.

Verantwortlich: Für den politische
für das Feuilleton
für den Inseratenthail: Oscar
Druck von Grass, Barth und

n und allgemeinen Theil: J. Seckler
n: Karl Vollrath;
Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Comp. (W. Friedrich) in Breslau.